Analyse, inform and activate

LAKA

Analyseren, informeren, en activeren

Stichting Laka: Documentatie- en onderzoekscentrum kernenergie

De Laka-bibliotheek

Dit is een pdf van één van de publicaties in de bibliotheek van Stichting Laka, het in Amsterdam gevestigde documentatie- en onderzoekscentrum kernenergie.

Laka heeft een bibliotheek met ongeveer 8000 boeken (waarvan een gedeelte dus ook als pdf), duizenden kranten- en tijdschriften-artikelen, honderden tijdschriftentitels, posters, video's en ander beeldmateriaal. Laka digitaliseert (oude) tijdschriften en boeken uit de internationale antikernenergie-beweging.

De catalogus van de Laka-bibliotheek staat op onze site. De collectie bevat een grote verzameling gedigitaliseerde tijdschriften uit de Nederlandse antikernenergie-beweging en een verzameling video's.

Laka speelt met oa. haar informatie-voorziening een belangrijke rol in de Nederlandse anti-kernenergiebeweging.

The Laka-library

This is a PDF from one of the publications from the library of the Laka Foundation; the Amsterdam-based documentation and research centre on nuclear energy.

The Laka library consists of about 8,000 books (of which a part is available as PDF), thousands of newspaper clippings, hundreds of magazines, posters, video's and other material.
Laka digitizes books and magazines from the international movement against nuclear power.

The catalogue of the Laka-library can be found at our website. The collection also contains a large number of digitized magazines from the Dutch anti-nuclear power movement and a video-section.

Laka plays with, amongst others things, its information services, an important role in the Dutch anti-nuclear movement.

Appreciate our work? Feel free to make a small donation. Thank you.

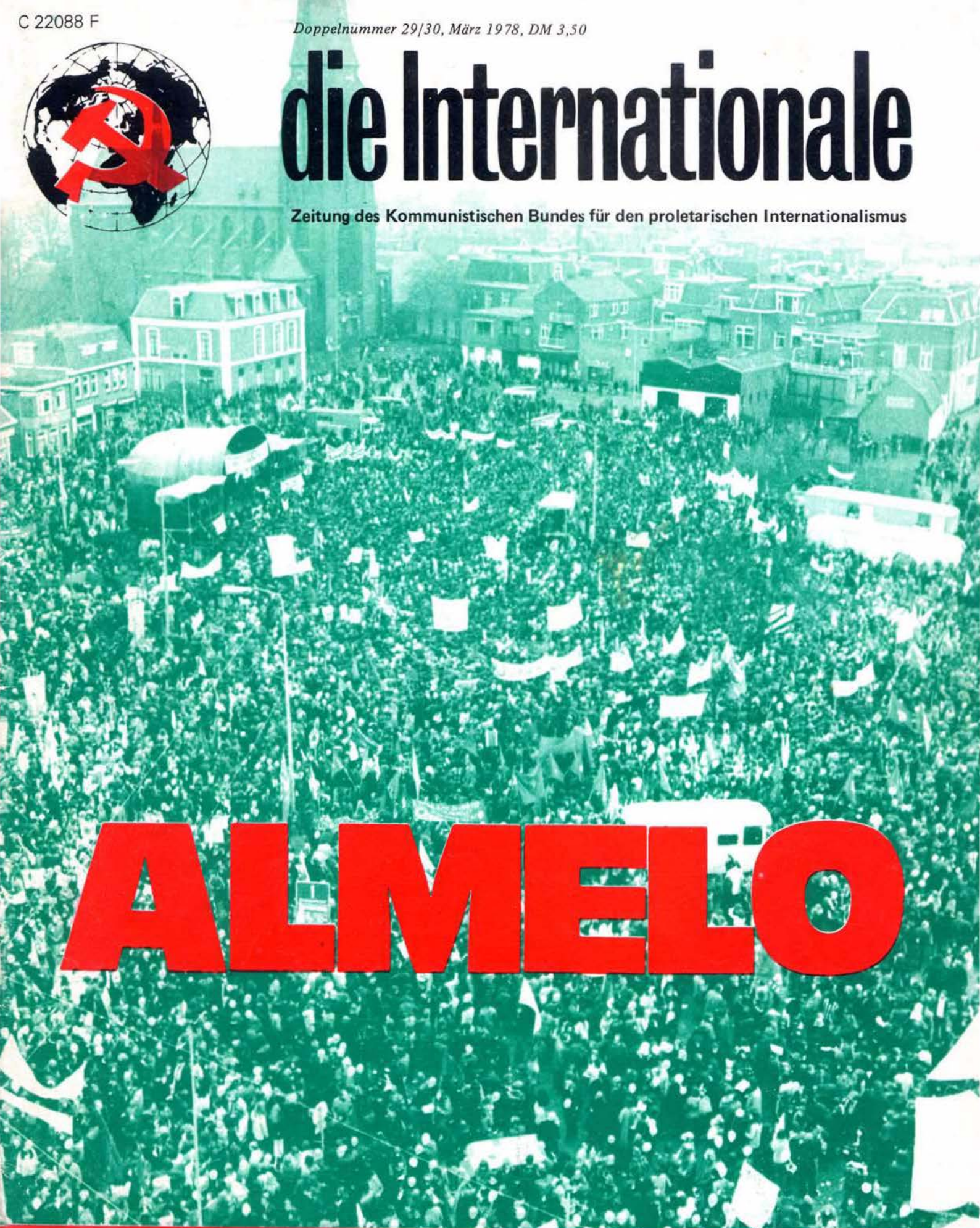
www.laka.org | info@laka.org | Ketelhuisplein 43, 1054 RD Amsterdam | 020-6168294

C 22088 F

Doppelnummer 29/30, März 1978, DM 3,50

die Internationale

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus



ALMELO

Seit den Nazis: Griff nach der A-Bombe

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019

UC ALMELO

4 MAART

MANIFESTATIE v.a. 11 UUR
DEMONSTRATIE 14 UUR
STADHUISPLEIN ALMELO

GEEN UITBREIDING ULTRACENTRIFUGE

LANDELIJK AKTIESECRETARIAAT
2e WETERINGPLANTS. 9 tel. 020-221369 GIRO 3567199 o.v.v. ALMELO

internationale DEMONSTRATIE

DEELNEMENDE ORGANISATIES:

10 energie-komitees uit heel Nederland
Alg. Chr. Jeugdbond voor Natuurstudie
Aktie Strohalm
ANJV AABN BAZ BVD BWA Brazilie Komitee Centr. voor Geweldl. Weerbaarheid
Chr. voor het Socialisme CPN Fed. v. Vormingscentra Kerk en Vrede Land. Herv. Jeugdraad
IKB LEK LIK L.V. Wereldwinkels LOG NIVON PSP PSP/g PPR PvdA
Sjaloom SP SKK SSKK Ver. Milieudefensie VVDM en West-Duitse Burgerinitiativen

die Internationale

Zeitung des Kommunistischen Bundes
für den proletarischen
Internationalismus
Herausgeber, Verlag, Vertrieb:
J. Reents, Verlag Arbeiterkampf
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Telefon 435306
Auflage: 3.000
Preis: 3.50 Doppelnummer
Abonnement
für 12 Ausgaben DM 24,–
Förderabonnement
für 12 Ausgaben DM 30,–
(Abos nur gegen Vorauskasse!)

Wir leiten Spenden an internationale
revolutionäre Organisationen
weiter.
Postscheckkonto:
Hamburg 240.595 J. Reents
(Verwendungszweck angeben!)

Die Parlamentsdebatte in Holland...

Der BRD-Staat nimmt seinen angemaßten Status als „Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches", auch was das Ausland angeht, sehr ernst. Die ersten Versuche mit dem UC-Verfahren in den Niederlanden standen in direktem Zusammenhang mit dem faschistischen Spionage-Apparat von Canaris. Schon bald nach dem Kriege wurde die Zusammenarbeit zwischen niederländischen Kollaborateuren (wie Kistemaker) und deutschen Kriegsverbrechern (wie Groth) fortgesetzt. In den heutigen Tagen ist es ein Kanzler Schmidt, der – namens der westdeutschen Konzerne – dem niederländischen Parlament vorschreibt, wann, was und worüber es zu beschließen hat. Eingangs soll jedoch ein Blick auf den Verlauf der Parlamentsdebatten um den Ausbau der UC geworfen werden, die für sich ein Musterbeispiel bürgerlich-parlamentarischer Demokratie feilbieten.

Der Vertrag von Almelo

Bis in die späten sechziger Jahre wurden die Ultrazentrifugal-Versuche sorgsam aus der öffentlichen Erörterung herausgehalten. Als durch ein Mitglied der Zweiten Kammer 1967 erstmals im Parlament nach diesen Unternehmungen gefragt wurde, zeigte sich der Wirtschaftsminister äußerst irritiert („Almelo-Bulletin" Nr. 1, Okt. 77).

1970 wurde zwischen den Niederlanden, der BRD und England ein Vertrag zur gemeinsamen Weiterentwicklung der Ultrazentrifuge (UC), der Vertrag von Almelo, geschlossen. 1971 trat der Vertrag in Kraft und läuft (vorerst) bis 1981. Die niederländische und die westdeutsche Abteilung der Anreicherungsfabrik wurden in Almelo gebaut, die englische in Capenhurst (der BRD ist aufgrund der Pariser Verträge die Urananreicherung auf eigenem Boden über 2,1% hinaus verboten, da höher angereichertes Natururan mit dem spaltbaren U-235 als essentieller Bestandteil zur Atomwaffenproduktion angesehen wird – von daher auch die Bedeutung, die das (im Sinne des BRD-Staates) reibungslose Funktionieren der Almeloer Anlage für Westdeutschland hat).

Beim niederländischen Teil der UC hält der niederländische Staat 55% der Anteile, in den Rest teilen sich diverse nationale und multinationale Konzerne.

Der westdeutsche UC-Teil wird von der KEWA (Zusammenschluß von NUKEM, RWE, Hoechst und Bayer) betrieben, die ebenfalls mit der von Frankreich betriebenen Urananreicherung, der Gasdiffusionsmethode, in Verbindung stehen. Die NUKEM (gebildet von Degussa, Metallgesellschaft, Rio Tinto/USA und RWE) ist über die Produktion von Spaltstoffelementen mit der KWU (Kalkar, westdeutsche AKW's) verbunden... die Reihe läßt sich unschwer in vielfache weitere Verästelungen fortsetzen.

Die Parlamentsdebatten über die UC: Ein Musterbeispiel bürgerlicher Demokratie

Vergrößerung der UC und Uran für Brasilien

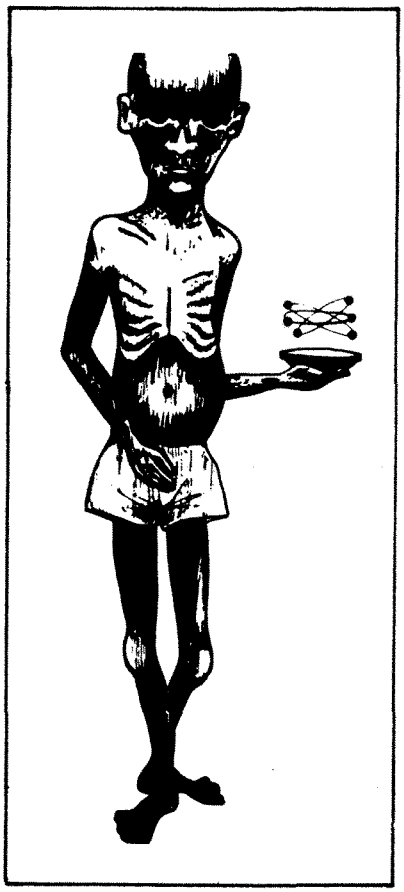
Zu größerem und seither ständig anwachsendem Protest kam es Ende 1976, als in der Zweiten Kammer die Debatte über eine Vergrößerung der UC anstand und gleichzeitig der Atompakt BRD/Brasilien bekannt wurde. Die BRD hatte mit Brasilien die Lieferung eines vollständigen Spaltstoffzyklus vereinbart, einschließlich angereicherten Urans aus Almelo und sich dafür die Option auf 20% allen in Brasilien geschürften Natur-Urans gesichert.

Bei der Parlamentsdebatte um die Vergrößerung der UC wurde offenbar, daß bereits seit 1974 Verträge über Lieferungen angereicherten Urans bestanden, die eine Vergrößerung der UC zwingend notwendig machen (laut Almelo-Vertrag müssen alle Lieferungen ausgeführt werden). Mit den bereits geschlossenen Verträgen wie mit dem BRD-Brasilien-Vertrag war das Parlament, ohne jede Einspruchsmöglichkeit, bereits vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die damaligen hauptsächlichen Betreiber einer Vergrößerung der UC auf Regierungsebene – der sozialdemokratische Außenminister Van der Stoel und der katholische Wirtschaftsminister Lubbers (KVP) führten als Argumente für eine Ausweitung der UC im wesentlichen an:

– eine Vergrößerung der UC würde rentabel sein und Gewinne abwerfen,

– 2.500 neue Arbeitsplätze würden geschaffen,



– eine von der BRD auf eigenem Boden angedrohte Anreicherungsanlage könnte verhindert werden; die Niederlande könnten gegebenenfalls gegenüber der BRD ihr im Almelo-vertrag festgelegtes Veto-Recht gegenüber nicht gewünschten Lieferungen (etwa an Länder wie Brasilien, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben haben) handhaben.

Was das Versprechen endlich zu erreichender Rentabilität der UC angeht, gaben die an dem Projekt beteiligten niederländischen Konzerne die klarste Antwort: Sie investieren keinen Cent mehr in das Projekt! Das Kapitalistenblatt „Financielle Dagblad" qualifizierte eine Vergrößerung der UC als *„Milliardenrisiko ohne deutliche Gewinnchance"* (zit. nach „De Nieuwe Linie", 10.11.76).

Die für die Vergrößerung angegebenen Kosten differieren sehr stark. Lubbers gab Kosten von 300 Mio. Gulden (gleich DM) für eine Vergrößerung auf eine jährliche Trennleistung von 2.000 t an („Volkskrant", 29.11.76). Eine Gewerkschaftsorganisation von Wissenschaftlern (VWO) kam auf Kosten von 700 Mio. Daß auch noch diese Schätzung erheblich zu tief gegriffen ist, enthüllte ein Rapport der Technischen Hochschule Twente: Unter Umgehung des Parlaments sind bereits Verträge bis 1990 abgeschlossen, die (obwohl nicht genehmigt) von einer jährlichen Trennleistung von 4.000 t ausgehen. Nachdem die Konzerne sich aus dem Projekt zurückgezogen haben, würden die hierfür erforderlichen Zahlungen des Staates rund 6 Mrd. erfordern („De Waarheid", 25. u. 27.6.75).

Die „2.500 neuen Arbeitsplätze", mit denen Wirtschaftsminister Lubbers auf Dummenfang gegangen war, enthüllen sich bei näherer Betrachtung als Arbeitsplätze, die nur während der kurzen Bauphase für die UC-Vergrößerung bestehen. Die vergrößerte UC selbst würde nur 460 neue Arbeitsplätze bieten („De Nieuwe Linie", 8.12.76).

Die gewerkschaftliche Wissenschaftlerorganisation VWO rechnet bei einer Vergrößerung auf eine jährliche Trennleistung von 2.000 t und den hierfür erforderlichen Kosten von 700 Mio. Gulden mit nur 2-300 neuen Arbeitsplätzen. Jeder neue Arbeitsplatz würde danach 2 bis 3 Mio. kosten – jede andere Verwendung der 700 Mio. würde erheblich mehr Arbeitsplätze schaffen („Vrij Nederland", 11.12.76).

Das „Veto-Recht"

Um die Opposition im Parlament und den Widerstand der Bevölkerung abzuwiegeln, greifen die Befürworter einer Vergrößerung der UC gerne zu dem Argument, daß jedem Partner des Almelo-Vertrages ein Veto-Recht zustehe und daß nach dem Vertrag kein angereichertes Uran aus Almelo zur Waffenherstellung benutzt werden dürfe („De Waarheid", 25.6.75).

Bemerkenswert ist, daß sich auch die sozialdemokratische Regierungspartei der Niederlande bemüßigt fühlt, von einem „Druckmittel" gegenüber der BRD zu sprechen, während die sozialdemokratische BRD-Regierung durch die Lieferung eines vollständigen Spaltstoffzyklus die Militärdiktatur Brasilien bedenkenlos in die Lage versetzt, Atombomben zu produzieren.

DEMONSTREER MEE OP 4 MAART TE ALMELO

Allerdings dürften sich die Niederlande mit ihrer starken wirtschaftlichen und auch zunehmend politischen Abhängigkeit vom BRD-Imperialismus sehr wohl überlegen, ob sie ein „Veto-Recht" mit letzter Konsequenz gebrauchen würden. Darüberhinaus läuft der Almelo-Vertrag – und damit das „Veto-Recht" – 1981 aus und letztlich ist auch die Wirksamkeit des Pariser Vertrages (Verbot für die BRD auf eigenem Boden Uran über 3 % hinaus anzureichern) in seiner Gültigkeit nicht unumstritten (nicht anders sind die Äußerungen von seiten niederländischer wie westdeutscher Politiker zu verstehen, daß die BRD gegebenenfalls eine Urananreicherungsanlage auf eigenem Boden errichten würde!)!

Der sozialdemokratische Außenminister Van der Stoel mag dann auch selbst nicht so recht an das „Veto-Recht" glauben: *„Auf die Frage, ob das niederländische Veto-Recht kraft des Vertrages von Almelo so effektiv sein kann, daß damit Lieferungen an Brasilien – bei unzureichenden Garantien – verhindert werden können, antwortete Minister Van der Stoel verneinend"* („NRC/Handelsblad", 11.2.77).

Hat ein Land, wie hier Brasilien, erst einmal die notwendigen Anlagen (wie sie von der BRD direkt geliefert werden) und das angereicherte Uran (aus Almelo), so steht der Herstellung von Atomwaffen nichts mehr entgegen. Prof. Boogardt, Direktor der UC: Im Prinzip kann nach der Almeloer Anreicherungsmethode Uran erhalten werden, *„das vollständig ‚aufgearbeitet' ist, um Atombomben damit herzustellen"* („De Waarheid", 4.12.76). Am Verarbeitungsprozeß selbst ist überdies nicht festzustellen, ob das Uran für „friedliche" oder für militärische Zwecke gebraucht wird. Eine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch Brasilien, woran Außenminister Van der Stoel und auch die Minister der Politieke Partij Radikalen (die erst an der Frage, ob Brasilien das Uran bekommt, die Regierung platzen lassen wollten) die Lieferung des Urans aus Almelo koppeln wollten, ist nicht viel mehr als Augenwischerei. Die mit der Unterschrift unter den Sperrver-

trag verbundenen Kontrollen können immer erst nachträglich feststellen, ob Plutonium verschwunden ist. Das „Journal do Brasil" bemerkte selbst zum Vertrag mit der BRD: *„Der Vertrag schließt die Möglichkeit nicht aus, daß Brasilien eine eigene Technologie entwickelt"* (zit. nach „De Volkskrant", 9.2.76).

Daß es – trotz Blitzreisen Van der Stoels nach Brasilien, Drohungen der BRD, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen (und damit das finanzielle Desaster noch zu vergrößern), Geheimverhandlungen zwischen den Außenministern von Großbritannien, BRD und Niederlande – während der Zeit des Kabinetts Den Uyl noch nicht zu einer parlamentarischen „Entscheidung" kam, lag 1977 nur daran, daß die Regierungszeit des Kabinetts zu Ende ging und die Bildung einer neuen Regierung sich bis Dezember 1977 hinzog, die Entscheidung ist ohnehin schon gefallen.

Beschlüsse unter Umgehung des Parlaments

Die im Dezember 1977 zustandegekommene Regierungskoalition zwischen Christreaktion (CDA) und Rechtsliberalen (VVD) hat den „Entscheidungsprozeß" noch erheblich beschleunigt. Da aus diesem Kreis, im Gegensatz zur vormaligen Koalition, woran noch Sozialdemokraten und Radikaldemokraten beteiligt waren, nur eine äußerst geringe Gegnerschaft gegenüber einer UC-Vergrößerung und den Uran-Lieferungen an Brasilien besteht, konnte der neue Ministerpräsident Van Agt auch – ohne das Parlament einbezogen zu haben – melden, die Entscheidung über Almelo bewege sich bereits in der Phase *„zwischen prinzipieller und definitiver Beschlußfassung"* („de Volkskrant", 28.12.77).

Diese Äußerung Van Agts rief jedoch den Protest fast aller im Parlament vertretenen Parteien hervor – einschließlich Van Agts eigenem Laden, der CDA. Einhellig wurde gefordert, daß das Parlament die Möglichkeit des Einspruchs gegen diese Entscheidung des Ministerrats erhalte.

Sicherheits„garantien" gegenüber Plutonium-Mißbrauch

Wirtschafts- und Außenminister hatten dem Ausbau der UC wie auch der Lieferung angereicherten Urans an Brasilien zugestimmt, nachdem Brasilien einverstanden war, in Verhandlungen (!) über die Kontrolle des in der (von der BRD gelieferten) Aufbereitungsfabrik anfallenden Plutoniums einzutreten. In der parlamentarischen Debatte wurden eine Vielzahl von Anträgen hiergegen eingereicht. Am weitestgehenden war der Antrag der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), der sich sowohl gegen den Ausbau der UC als auch gegen die Lieferung an Brasilien aussprach – dieser Antrag fand jedoch, neben der PSP, nur noch die Unterstützung der Radikaldemokraten (PPR) und der revisionistischen KP (CPN). Der weniger weit gehende Antrag der Radikaldemokraten, in dem der Ausbau der UC „unter den gegebenen Umständen" abgelehnt wurde, erhielt neben den Stimmen der vorgenannten Parteien auch die Unterstützung der Sozialdemokraten und Liberalen, somit fast die Hälfte der Stimmen aller im Parlament vertretenen Parteien!

Der Antrag der CDA-Fraktion erhielt schließlich die Mehrheit, der CDA-Regierungspartner VVD (Rechtsliberale) ging *„zähneknirschend"* konform, versäumte jedoch nicht, sogleich anzumerken, daß er sich eine eigene Auslegung des Antrages vorbehalte. Mit Zustimmung einer sehr knappen Parlamentsmehrheit ist somit der Ausbau der UC auf eine Produktionskapazität von 2000 t angereicherten Urans genehmigt. Weiter soll bis 1981, wo die Verschiffung der ersten Uranlieferung an Brasilien ansteht, eine *„wasserdichte Garantieregelung"* über den Plutonium-Verbleib getroffen werden. Die Sicherheitsgarantien, die bis dahin erzielt werden, müssen wiederum dem Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden; dem Parlament wird die sehr theoretische Möglichkeit gegeben, wenn es die Sicherheitsbestimmungen für unzureichend hält, noch direkt vor der ersten Lieferung die Exporterlaubnis für das Uran zu verweigern.

Damit hat das niederländische Parlament sowohl der Erweiterung der UC als auch der Lieferung von angereichertem Uran an Brasilien zugestimmt. Allerdings wird immer noch so getan, als könne auch später noch alles zurückgedreht werden, wenn nicht alle genügenden Sicherheitsauflagen erfüllt seien. Doch selbst die üblichen Kontrollen von seiten der Wiener Atombehörde kontrollieren nur Stichproben. Eine Verletzung ließe sich immer nur im nachhinein feststellen.

Die Niederlande – das dreizehnte Bundesland der BRD?

Parlamentsbeschluß auf Geheiß Schmidts

Die heißeste Frage in der ganzen UC-Debatte, und zwar seit dem Bekanntwerden des Brasiliengeschäftes der BRD im Herbst '76, war, wieweit seitens der BRD-Regierung oder anderer westdeutscher Kräfte auf die Regierung der Niederlande Druck ausgeübt worden ist, um bestimmte Beschlüsse zu fassen.

Während der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung zwischen Sozialdemokraten (PvdA) und Christreaktion (CDA) stand auch die UC-Frage im Mittelpunkt. Am 4.8.77 berichtete „de Volkskrant": *„Der Druck, den England und namentlich Deutschland in den letzten Monaten auf die Niederlande ausübten, sich mit dem Ausbau von Almelo zu beeilen, scheint in den letzten Wochen etwas weggefallen zu sein. Die Bundesrepublik hatte zuerst gedroht, eine eigene Fabrik in Lingen (...) zu bauen, wenn die Niederlande kein Tempo beim Ausbau der UC einlegen würden. Möglicherweise durch den zunehmenden Protest in der Bundesrepublik selbst sind die deutschen Pläne in den letzten Wochen weniger zur Sprache gekommen."*

In einem Rapport des Niederländischen Institutes für Friedensprobleme heißt es zur gleichen Frage: *„Wo selbst die Vereinigten Staaten nicht bereit oder in der Lage gewesen sind, die Bundesrepublik zu bewegen, die Lieferung deutscher Anreicherungs- und Aufbereitungstechnologien aus den brasilianisch-deutschen nuklearen Übereinkünften ... zu streichen, muß angenommen werden, daß dies auch den Niederlanden nicht gelingt. Bestünden die Niederlande weiterhin hierauf, würden sie sich wahrscheinlich innerhalb kurzer Zeit ihres Einflusses (??) benehmen."* Die BRD würde den 1981 auslaufenden Vertrag von Almelo nicht verlängern und dann *„unlimitiert Anreicherungsarbeit für Brasilien verrichten und selbst die Ultrazentrifugen-Technologie exportieren"* (zit. nach „de Volkskrant", 21.9.).

Im November wandte sich das Urenco-Konsortium (die westdeutsch-englisch-niederländische Gesellschaft für den kommerziellen Betrieb der UC in Almelo und der entsprechenden Anlage im britischen Capenhurst) an die niederländische Regierung und ließ wissen, daß der 18.11. der äußerste Termin wäre, eine Kreditgarantie für den brasilianischen Auftrag zuzusagen. Brasilien hatte nämlich für die Uranlieferung einen langfristigen Lieferkredit von Urenco gefordert. Urenco wiederum, selbst dazu nicht in der Lage, hatte hierfür die Unterstützung der Banken nötig. Für diesen Bankkredit muß der niederländische Staat gerade stehen („de Volkskrant", 18.11.). Der damals noch amtierende sozialdemokratische Finanzminister Duisenberg beeilte sich, dem Ruf seines Herren nachzukommen.

Die Bewilligung der Exportkreditversicherung reicht jedoch nicht, *„um den deutschen und britischen Partnern den good will von Den Haag zu zeigen, so wird in dem Konzern gesagt."* Westdeutsche und englische UC-Partner verlangten von der niederländischen Regierung für Anfang Dezember eine definitive Entscheidung über den Ausbau der UC in Almelo: *„Kein definitiver Beschluß über den Ausbau in Almelo wird als ‚Nein' ausgelegt. In diesem Fall gehen die Urenco-Partner aus den Niederlanden heraus, um den Lieferungsverpflichtungen ... zu genügen. Das bedeutet auch, daß Westdeutschland in kurzer Zeit eine neue Fabrik für die weitere Ausweitung der Produktionskapazität auf eigenem Grundgebiet bauen wird anstelle in Almelo. Der Vertrag ermöglicht das 1981. Der deutsche Urenco-Partner Uranit hat weitgehende Pläne dafür entworfen. Uranit-Wissenschaftler sind nach Almelo gekommen, um zu sehen, wie die eigene Fabrik am besten eingerich-*

BRD-Atomindustrie immer dabei...

tet werden kann." Der *„Druck der kommerziellen Partner der Urenco"* sei von westdeutscher und englischer Regierung noch nicht an Den Haag weitergegeben worden: *„Man rechnet jedoch damit, daß in kurzer Zeit London oder Bonn einen äußersten Termin nennen werden, zu dem Den Haag noch den Absprachen für den Ausbau genügen kann. Sonst geht man seinen eigenen Weg nach 1981, so die Drohung."* Seitens des Urenco-Konzerns wurde geäußert, aus dem Umstand, daß der Hamburger Parteitag der SPD dem Ausbau des Atomprogramms zugestimmt habe, müsse geschlossen werden, *„daß der deutsche Urenco-Partner die Regierung in Bonn stärker denn je unter Druck setzen kann, um den niederländischen Partner an seine Verpflichtung zu erinnern ..."* („de Volkskrant", 19.11.).

(Es sei zwischendurch angemerkt, daß es sich bei der benutzten Quelle „de Volkskrant" nicht etwa um das Organ einer sozialistischen Organisation handelt, sondern um eine bürgerliche Tageszeitung, die der niederländischen Sozialdemokratie mit viel Sympathie und den westdeutschen Sozialdemokraten – zumindest wenn sie wie Willy Brandt im Kostüm des Antifaschisten auftreten – nicht gerade abhold ist ... !).

Zur Vorbereitung der Kammer-Debatte über die UC legten der Außen- und der Wirtschaftsminister ihre Erwägungen dar, die sie zur Zustimmung zum Ausbau der UC wie zum Brasiliengeschäft der BRD veranlaßt haben. „de Volkskrant" schreibt über den Inhalt dieses Briefes u.a.: *„Die Regierung ließ in dem Brief merken, wie stark vor allem das vorige Kabinett unter dem Druck der UC-Partner in Bonn und London und des Anreicherugngsbetriebes Urenco gestanden hat, um schnell einen definitiven Standpunkt über den Ausbau der UC-Fabrik und die Spaltstofflieferung an Brasilien einzunehmen. Dieser Druck hielt auch unvermindert an nach dem Grundsatz-Beschluß des Kabinetts Den Uyl, worin die Übereinstimmung mit Brasilien über die Sicherheitsgarantien als Voraussetzung genannt wurde.*

Der Druck wurde noch vergrößert durch deutsche Drohungen, daß eine Fabrik auf eigenem Grundgebiet (Gronau) in fortgeschrittenem Stadium verkehre..." (17.1.78).

Um auch noch die letzten etwaigen Unklarheiten im niederländischen Parlament darüber zu beseitigen, daß die BRD entweder die Zustimmung der Niederlande zu ihren Plänen verlangt, ansonsten ihren eigenen Atom-Laden aufmacht, ließ Uranit, der westdeutsche Partner im Urenco-Konzern, wenige Tage vor Beginn der UC-Debatte wissen, daß man auch aus eigenen Vorräten den Lieferverpflichtungen für angereichertes Uran nachkommen könne. Uranit verfüge nämlich über einen Vorrat angereicherten Urans, das seinerzeit von den USA im Zusammenhang der Kompensationszahlungen der BRD für die im Land stationierten US-Truppen angekauft worden sei und in der BRD lagere. Ein Uranit-Sprecher erklärte weiter, *„daß angesichts der unsicheren Haltung der Niederlande im vorigen Jahr konkrete Vorbereitungen für den Fall getroffen worden sind, daß Den Haag den Ausbau von Almelo abweist. So wurde mit der Gemeinde von Gronau über ein Baugelände verhandelt ... Wird Almelo jedoch ausgebaut, dann wird der Bau der deutschen Einrichtung erst in den 80er Jahren nötig sein"* („de Volkskrant", 25.1.78).

Wenn Sozialdemokraten miteinander telefonieren

Die Belege für die Einflußnahme der westdeutschen Regierung und der westdeutschen „kommerziellen Urenco-Partner" auf die Entscheidung des niederländischen Parlaments ließen sich noch vielfach vermehren. Es soll jedoch hiermit sein Bewenden haben und nur noch die Posse berichtet werden, die sich am 31. Januar bei der UC-Debatte zwischen dem ehemaligen Premier Den Uyl (Sozialdemokrat) einerseits und dem Außenminister der jetzigen CDA/VVD-Regierung, Van der Klauw, abspielte. Wiederum laut „de Volkskrant" (1.2.78) war eine der zentralen Fragen der UC-Debatte: *„Mußte das Kabinett Van Agt vor dem 1. Januar unter westdeutschem Druck einen Beschluß fassen* (was geschehen war – siehe Anfang dieses Artikels – Anm. AK) *oder hatte es noch eine Frist gegeben?"*

Außenminister Van der Klauw führte aus, er habe vor dem 1. Januar über die *„geeigneten Kanäle"* Kanzler Schmidt fragen lassen, ob die Niederlande den Beschluß noch aussetzen könnten. Die Antwort sei negativ gewesen. Nach dem 1. Januar habe er von Schmidt eine weitere Botschaft gleichen Inhalts empfangen.

Daß die niederländische Regierung von ihrem sozialdemokratischen Bruder Schmidt so unverblümt zum Befehlsempfänger gestempelt worden sein soll, das mochte Joop Den Uyl nun nicht unwidersprochen lassen. Joop im Originalton: *„Der Bundeskanzler* (der westdeutsche, damit keine Irrtümer aufkommen! – Anm. AK) *hat mich ermächtigt, hier zu erklären, daß sich die niederländische Regierung nicht an ihn gewandt habe"*, das Kabinett Van Agt hätte also keinen so übereilten Beschluß fassen brauchen (!!).

Auf Den Uyls Frage, wo denn Van Der Klauw das Datum 1. Januar überhaupt hernehme, konterte dieser 1. Aus einer Notiz Den Uyls von Mitte November, als dieser noch Premier war, die sich auf ein *„vertrauliches Gespräch"* zwischen Den Uyl und Schmidt beziehe. 2. Die Äußerung Van Der Stoels, des Vorgängers von Van Der Klauw. Van Der Stoel hatte gesagt, das Datum 1. Januar könne noch etwas verschoben werden.

Den Uyl hingegen erklärte, daß Schmidt ihm am 19. November und Anfang Dezember zu verstehen gegeben habe, daß Bonn angesichts des sich hinziehenden Regierungswechsels in den Niederlanden nicht auf dem 1. Januar als Ultimatum für die UC-Beschlüsse bestehen werde. Weiter habe Schmidt ihm telefonisch mitgeteilt, daß es in der Almelo-Frage keine Kontakte zwischen Bonn und Den Haag gegeben habe, weder auf ministeriellem noch auf Regierungsniveau.

Mit dieser Information war Joop aber schon wieder reingefallen. Denn Schmidt hatte auf einem Neujahrsempfang in Bonn am 12.1. dem niederländischen Botschafter persönlich mitgeteilt: *„Ich habe zu Joop gesagt, daß die Niederlande vor dem 1. Januar beschliessen müssen, weil wir sonst mit England alleine weiter machen"* – und dies war die Kernaussage eines Kodetelegramms, das der niederländische Botschafter in Bonn daraufhin an das Außenministerium in Den Haag sandte („de Volkskrant", 1.2.78).

Es ist überaus bezeichnend, daß der Sozialdemokrat Den Uyl offensichtliche gar nicht auf die Idee kommt, gegen die unverschämten Einflußnahmen und Erpressungsmanöver gegenüber dem niederländi-

Prinz Bernhard: „ Wenn wir die Niederlande endlich mal im Ausland verkaufen können, werden wir daran gehindert" (aus: „ De Waarheid", 6.3.)

schen Staat durch die Bundesregierung zu protestieren, sondern sich sogar im Gegenteil noch beschwert, daß die derzeitige Regierung nicht bei Kanzler Schmidt zum Befehlsempfang erschienen ist.

Reisender in Sachen Sicherheits„garantien"

Außenminister Van der Klaauw wurde auf die Reise geschickt, um seine englischen und westdeutschen Amtsbrüder für die neuen Sicherheits„garantien", wie sie vom niederländischen Parlament gefordert worden waren, zu gewinnen.

Die Geschichte fing schon ziemlich düster an: Von dem ersten Gespräch, das Van der Klaauw mit dem englischen Außenminister Owen führte, wurde wegen des *„sehr schwierigen und delikaten Charakters der Materie"* nichts bekanntgegeben („de Volkskrant", 8.2.).

Am 9.2. erhielt Urenco vom Wirtschaftsministerium die Genehmigung für den Ausbau der UC, obwohl die vom Parlament gestellte Bedingung, daß nämlich die beiden anderen Urenco-Partner und Brasilien mit den zusätzlichen Sicherheits„garantien" konform gehen, noch gar nicht erfüllt war.

Das für den 16.2. anberaumte Gespräch Van der Klaauws mit Genscher in der gleichen Sache wurde – auf Ersuchen der BRD – verschoben; die Position, die Genscher einnehmen würde, war jedoch in Bonn bereits bekannt: *„Gutinformierten Kreisen zufolge hat Bonn mit Verwunderung auf die neuen niederländischen Bedingungen reagiert ... Bonn hält das Stellen neuer Bedingungen für nicht nötig und man kann in Bonn hören, daß auch in England diese Meinung geteilt wird."* Weiter bestände in Bonn Verständnis dafür, daß Brasilien keine neuen Bedingungen akzeptieren wolle („de Volkskrant", 17.2.).

So mußte Van der Klaauw, als er am 24.2. in Bonn vorgelassen worden war, abschlägig beschieden wieder in die Niederlande zurückkehren.

Anfang März war die Sache klar: Die englischen und westdeutschen Teilnehmer im Urenco-Konsortium wie auch ihre Staatsführungen haben die Entscheidung des niederländischen Parlaments, der Lieferung angereicherten Urans an Brasilien nur zuzustimmen, wenn vor der ersten Verschiffung 1981 Garantien gegen einen Mißbrauch des Plutoniums von allen Beteiligten gegeben werden, schlicht abgelehnt. (Das im Almelo-Vertrag niedergeschriebene Veto-Recht, das jedem der beteiligten Partner, also auch den Niederlanden, die Möglichkeit geben sollte, die Lieferung angereicherten Urans an „unsichere Kunden" zu verhindern, wird derzeit nicht einmal mehr von den Parlamentariern erwähnt – sie würden sich auch nur noch lächerlich machen damit). Über die Ablehnung der geforderten „Garantien" hinaus hatte der westdeutsche Urenco-Partner noch *„den Druck auf die Niederlande mit der Drohung vergrößert, daß die bestehende* (westdeutsche – Anm.AK) *Fabrik in Almelo ... nicht ausgebaut wird, solange Unsicherheit über die Zusammenarbeit besteht"* („de Volkskrant", 3.3.).

England scheint die niederländische Beteiligung an dem Brasiliengeschäft, wenn nicht an dem Urenco-Konsortium überhaupt, bereits für beendet zu halten. Der englische UC-Partner hat bei dem staatlichen Finanzierungsinstitut ECGO eine Exportkreditgarantie für die Lieferung von 1.234 Tonnen angereichertem Uran an Brasilien beantragt. Sperren sich die Niederlande endgültig gegen eine Lieferung an Brasilien wegen unzureichender Sicherheits„garantien" *„wird das angereicherte Uran ohne weiteres durch die englische UC-Fabrik Capenhurst geliefert"* („de Volkskrant", 4.3.).

Auch Van der Klaauws letzte Hoffnung, den brasilianischen Aussenminister Da Silveira (der zusammen mit Geisel die BRD besuchte) für die vom niederländischen Parlament zusätzlich verlangten „Garantien" zu gewinnen, zerbrach. Da Silveira empfing zwar gerade noch Van der Klaauw, aber auch nur, weil – wie er sich vor Journalisten ausließ – Van der Klaauw Repräsentant eines befreundeten Landes sei. Ansonsten hätte Brasilien *„mit den Niederlanden nichts zu tun. Wir haben einen Vertrag mit Urenco abgeschlossen"* („de Volkskrant", 9.3.).

Spannend wird die ganze Sache am 1.April – das nämlich ist das Datum, an dem alle Urenco-Partner ihre Unterschrift unter den brasilianischen Liefervertrag setzen müssen. Geht es nach den Mehrheitsbeschlüssen des niederländischen Parlaments, darf von niederländischer Seite der Vertrag nicht gezeichnet werden, da sich sämtliche Beteiligten gegen die Annahme der geforderten zusätzlichen Sicherheits„garantien" ausgesprochen haben. Andererseits verlautet jedoch, daß sich die Niederlande **„juristisch ... schon soweit festgelegt haben (bei vorherigen Zusagen – Anm.AK), daß wegen Beschwerden politischer Art nun kein ‚Entkommen' mehr möglich ist"** („de Volkskrant", 8.3.).

Wenn ein Diktator lacht...

Die UC in Gronau wird gebaut!

Beim Besuch des brasiliansischen Staatspräsidenten Geisel in Bonn versicherte Genscher dem mitreisenden Außenminister Da Silveira, daß Brasilien auf jeden Fall das zugesicherte angereicherte Uran erhalten werde, auch wenn es nicht zum Ausbau der UC in Almelo kommen würde. Die Baupläne für die Fabrik in Gronau lägen schon bereit („de Volkskrant", 6.3.).

Am 10.3. wurde von Uranit, dem westdeutschen Urenco-Partner, beim Düsseldorfer Arbeitsministerium die Bauerlaubnis für eine Ultrazentrifuge mit dem Standort Gronau beantragt („Welt", 11.3.); schon 1982 soll die Anlage acht AKWs mit angereichertem Uran versorgen können (NDR I, 10.3.).

Niederlande-Kommission

Das Almelo — Bündnis

Zwei Dinge vor allem unterscheiden die Almelo-Demonstration von den bisherigen Aktionen der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung: Dies ist zum einen die Breite des Bündnisses, das die Demonstration getragen hat; dies ist zum anderen die politische Stoßrichtung der Aktion. Neben diesen beiden Aspekten gehen wir im folgenden ausführlich auf die Entwicklung des Almelo-Bündnisses und besonders die Differenzen im Bündnis ein. Daß hierbei größtenteils Kritik geführt wird, darf keinesfalls so verstanden werden, daß wir sowohl die Vorbereitungsarbeiten wie auch die Demonstration selbst nicht als einen überaus beachtlichen Erfolg einschätzen würden.

Das Almelo-Bündnis

Das Almelo-Manifest, Minimal-Plattform für das Bündnis, war von 42 Organisationen und Parteien, die an Vorbereitung und Durchführung der Demonstration aktiv teilnahmen, unterzeichnet worden; hinzu kamen noch 25 Unterzeichner, die mit ihrer Unterschrift ihre Solidarität mit den Forderungen des Manifests bezeugten, ohne in der Vorbereitenden Versammlung vertreten zu sein.

Nicht vertreten im Bündnis waren eigentlich nur ausgesprochen rechte Organisationen oder Parteien. Das Bündnis umfaßte sämtliche „Stroomgroepen" (Anti-AKW-Gruppen) des Landes, zahlreiche regionale Energiekomitees, Anti-Imperialismus-Gruppen, Soldatenorganisationen, parlamentarische Parteien, revolutionäre Gruppierungen und Parteien, Gruppen mit ausdrücklich christlicher und pazifistischer Ausrichtung, Jugendgruppen usw. usf. — dazu von westdeutscher Seite die BUU, die NRW-Landeskonferenz, die BIs aus Westmünsterland und den Kommunistischen Bund (der als einzige Organisation der westdeutschen Linken das Manifest unterzeichnete und die Demonstration mittrug).

Zu den Unterzeichnern des Manifests, die nicht an der Vorbereitenden Versammlung teilnahmen, gehören u.a. ARJOS, die Jugendorganisation der ARP, die Bestandteil des christreaktionären Parteienbündnisses CDA (derzeit in der Regierung) ist und der Industriebund der sozialdemokratischen Gewerkschaft NVV, die auch einen Redner für die Kundgebung selbst stellte.

Mit zu den erstaunlichsten Erscheinungen im Almelo-Bündnis dürfte für den westdeutschen Linken und darüber hinaus jeden Atomgegner gehören, daß auch die revisionistische KP der Niederlande, die CPN, und die Sozialdemokratische Partei (PvdA) an dem Bündnis teilnahmen. Die Teilnahme der Sozialdemokraten ist einerseits Ausdruck der Stärke des Protestes ihrer Mitglieder gegen den Ausbau der UC und das Brasiliengeschäft, ist andererseits — wie sich nur zu deutlich im Verlauf der Vorbereitungen gezeigt hat — von den Sozialdemokraten benutzt worden, um ihr im Verlauf der Debatte um den Ausbau der UC arg angekratztes Image wieder aufzumöbeln.

Bei der CPN gibt es zwar nicht die unbedingte Gegnerschaft gegenüber der Teilnahme an Aktionen und Demonstrationen neben Gruppierungen der revolutionären Linken wie bei der DKP, trotzdem versucht auch die CPN nur zu gerne den Bewegungen, an denen sie teilnimmt, ihre politischen Vorstellungen aufzuzwingen; wo ihr dies nicht gelingt, macht sie halt ihren eigenen Laden auf (wie z.B. in der Organisierung der Solidarität mit dem südlichen Afrika). Zwar versuchte die CPN (als Partei wie über die verschiedenen Gruppen, die sie repräsentierte) auch im Almelo-Bündnis — nicht immer erfolglos — ihre Vorstellungen durchzudrücken. Das Bündnis war aber schon zu breit, die Bewegung zu stark, als daß die CPN eine Spaltung hätte durchsetzen können (wir werden weiter unten auf Sozialdemokraten wie Revisionisten noch ausführlicher eingehen).

Widerstand gegen Atomenergie und Atombewaffnung

Der Protest der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung insgesamt gesehen ist bisher im wesentlichen gegen die von den AKW's ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt gerichtet. Die niederländische Bewegung wendet sich im Gegensatz hierzu seit einiger Zeit auch gegen die atomare Bewaffnung. Wesentlicher Inhalt des "Almelo-Manifests" ist der Aufruf zum Widerstand gegen die Verbreitung von Atomwaffen und die Entwicklung Brasiliens und der BRD zu Staaten, die über die Atombomben verfügen.

Der Kampf gegen die Atombewaffnung und im besonderen Maße gegen die Gefahr, daß die BRD die Verfügungsgewalt über Atombomben bekommt, wurzelt in der antifaschistischen Tradition, dem Erleiden des Krieges und den hieraus entstandenen Protesten der CPN seit Mitte der 50er Jahre gegen „westdeutschen Re-

ALMELO INFORMATIE BULLETIN

Jaargang 1 Nummer 1
27 Oktober 1977 Oplage: 1000

vanchismus" und Wiederbewaffnung.

Über die Reihen der CPN hinaus kam dieser politische Inhalt erneut zum Tragen in den ersten Protesten gegen die Beteiligung des niederländischen Staates am Bau des Schnellen Brüters in Kalkar. Die Finanzierung des niederländischen Anteils sollte u.a. dadurch sichergestellt werden, daß auf die Stromrechnungen ein dreiprozentiger Aufschlag („Kalkarheffing") erhoben wurde.

Mitglieder der Umweltschutzverbände „Vereniging Milieudefensie" und „Aktie Strohalm" gründeten die „Stroomgroep Stop Kalkar" (SSK) mit dem ersten Aktionsziel: Verweigerung der Mitfinanzierung des Schnellen Brüters über die Stromrechnungen.

Daneben wurde das „Anti-Kalkar-Komitee" gegründet, das ausschließlich von parlamentarischen Parteien – Sozialdemokraten, Pazifisten–Sozialisten, Radikaldemokraten und revisionistischer KP – getragen wurde und wo die CPN einen beherrschenden politischen und organisatorischen Einfluß hatte. Das AKK wandte sich gegen die Teilnahme am Kalkar-Projekt und unterstützte den Boykott der Kalkarsteuer nur gering. 1974 führte das Komitee mehrere nationale Kongresse unter dem Motto: *„Für die Sicherheit von Mensch und Milieu! Gegen europäische Kernmacht und Kernbewaffnung!"* durch. Höhepunkt der Aktivitäten des AKK war die Organisierung der Demonstration in Kalkar im September 1974, woran auch zehntausend Niederländer teilnahmen (vgl. auch DIE INTERNATIONALE, Nr. 28).

Ein plötzlicher Kurswechsel der CPN gegenüber den Sozialdemokraten in der Regierung und der damit einhergehende Rückzug der CPNer aus dem AKK brachte das Komitee zum Zusammenbruch, da die praktische Arbeit im AKK im wesentlichen von der CPN getragen worden war. Ungeachtet dieser Unterordnung des Widerstandes gegen das Kalkar-Projekt unter politische Opportunitätserwägungen und der – zumindest – zwiespältigen Haltung der CPN gegenüber der Verwendung der Atomtechnologie hatten die Betonung des militärischen Aspektes und der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung durch die CPN eine nachhaltige Wirkung: *„Die Auffassung des Anti-Kalkar-Komitees zwang die Stromgruppen* (Anti-AKW- und Milieu-Gruppen - Anm. AK) *zum Nachdenken über die politische Bedeutung der nuklearen Energie-Erzeugung und brachte den Widerstand dagegen in eine neue Phase, ohne daß dies vorerst mit einem Wachstum der Anti-Kernenergie-Bewegung einherging"* ("De Nieuwe Linie", 25.1.78).

Die Verbindung des Widerstandes gegen Atomenergie und gegen die

Aufruf zur Almelo- Demonstration am 4.3.78

"STOPPT DIE ERWEITERUNG DER ULTRAZENTRIFUGE"

In Almelo steht eine Fabrik, wo Uran angereichert wird. Dies Uran dient als Brennstoff für Atomkraftwerke; auch noch für die 3 in den Niderlanden zu bauenden Atomkraftwerke. Mit derselben Technologie können Atombomben hergestellt werden. Die UC-Fabrik wird zusammen mit der BRD und England gebaut (sog. Urenco). Vor kurzem wurde die Vergrößerung der UC-Fabrik beschlossen. Wir leisten Widerstand gegen die Urananreicherung in Almelo aus folgenden Gründen:

"GEFAHREN FÜR MENSCH UND UMWELT"

1. Urananreicherung ist nötig für die Erzeugung von Atomernergie. Gegen den Gebrauch von Atomernergie sind große Bedenken vorzubringen. Atomkraftwerke produzieren große Gefahren für Mensch und Umwelt (Strahlen- und Explosionsgefahr). Die Wissenschaft steht vor einer Reihe unlösbarer Probleme (z.B. die Wiederaufbereitung und Lagerung von radioaktivem Abfall aus Atomanlagen). Die starken Sicherheitsmaßnahmen (z.B. gegen Sabotage) bedrohen die demokratischen Errungenschaften. Trotzdem wird das Atomprogramm durchgesetzt.

"GEWINNDENKEN STEHT AN ZENTRALER STELLE"

2. Das Atomprogramm (ang. notwendig wegen einer drohenden "Energiekrise") ist größtenteils in den Händen der Betreiber (Philips, RSV, VMF in Zusammenarbeit mit dem deutschen Siemens-Konzern). Dies sind Betreiber, die selber Energie und Rohstoffe verschwenden. Gewinndenken steht dabei bei ihnen zentral, die Sicherheit der Arbeiter und der Bevölkerung wird diesem Ziel untergeordnet. Shell, DSM, VMF, RSV und Philips sind an der UCN beteiligt. Sie bezahlen aber nicht für die Erweiterung, weil sie es zu riskant finden.

"ARBEIT FÜR TWENTE: JA!! UCN: NEIN!!"

3. Die Befürworter des Ausbaus der UCN behaupten, daß dadurch in einem "Problemgebiet" wie Twente Arbeitsplätze geschaffen werden. Jeder der festen Arbeitsplätze kostet bei UCN 1 Mio. Gulden. Außerdem werden bereits jetzt schon größtenteils Spezialisten beschäftigt, die von außerhalb Twente eingestellt werden. Für weniger Geld können mehr Menschen an der Herstellung von sinnvolleren und weniger gefährlichen Produkten in Twente arbeiten.

"ATOMTECHNOLOGIE UND ATOMWAFFEN: SIAMESISCHE ZWILLINGE"

4. Die Atomtechnologie kann sowohl "friedlich" als auch militärisch angewendet werden. Über die Urenco arbeiten die Niederlande an der Entwicklung eines gigantischen Atomprogramms der BRD mit. Die BRD entwickelt sich dadurch zu einem wichtigen Atomstaat und kann selber einfacher Atomwaffen herstellen. Vor allem spielt die Erweiterung der UCN eine zentrale Rolle bei den enormen Exportaufträgen von Brasilien und der BRD. Diese Aufträge umfassen die Lieferung einer kompletten Atomtechnologie an Brasilien. Hierdurch kann eine Diktatur wie Brasilien die Atombombe herstellen.

"EINE NEUE FORM VON AUSBEUTUNG"

5. Die Atomtechnologie macht die Länder der "3. Welt" weiter abhängig vom Westen, eine neue Form von Ausbeutung. Kapitalintensive Atomwirtschaft kommt allein der großen Industrie zugute und dient nicht den Interessen der Bevölkerung. Langfristige Energiequellen wie Wasserkraft und Sonnenenergie sind ausreichend vorhanden.

"KONTROLLE: VERGISS ES!!"

6. Auch das Argument, daß die Beteiligung der Niederlande an der UCN eine Kontrolle ermöglicht über den Verbleib des angereicherten Urans, auch dies Argument stimmt nicht. Jede Kontrolle (z.B. über den Atomwaffensperrvertrag oder über einen speziellen Vertrag mit Brasilien) bedeutet nur, daß festgestellt wird, daß spaltbare Stoffe verschwunden sind. Wirksame Bestrafungen dagegen gibt es nicht.

Atombewaffnung fand erst zwei Jahre später, 1977, in der auf Initiative des LEK gegründeten „Beweging Stop Atoomplanen" (BSA) ihren öffentlichen Ausdruck. Wie schon im Namen der Bewegung programmatisch ausgedrückt, stellte die BSA während des Wahlkampfes im Frühjahr 1977 die Atompläne insgesamt zur Debatte. Auf der Großkundgebung der BSA im April 77 wurde, neben Referaten zur Alternativ-Energie, Beiträge zur Frage der Atombewaffnung, dem Atomwaffen-Sperrvertrag und die Gefahren eines westdeutschen Atomstaates gehalten (s.a. AK 105, S. 37).

Seinen bisher am weitesten entwickelten Ausdruck fand die Verbindung des Widerstandes gegen die Atomenergie mit dem Kampf gegen das gesamte Atomprogramm in der Demonstration in Almelo am 4. März.

Die Initiative

Während einer der ersten Versammlungen des Nationalen Energiekomitees (LEK) nach der Kalkar-Demonstration letzten Jahres wurde vorgeschlagen *„eine ganze Serie von Aktivitäten zu entwickeln, die allmählich zu einer grandiosen Apotheose* (wirkungsvoller Abschluß – Anm. dl) *führen: der Demonstration in Al-* „OS", Aktionszeitung d. SKK, Nr.9).

Erste Einschränkungen

LIK (ein vornehmlich aus CPN-Mitgliedern bestehendes Komitee) wie Almelo-Beratungsgruppe waren nur gegen einen Ausbau der UC mobilisierbar, sowohl hinsichtlich der Haltung z.B. der CPN gegenüber der Atomenergie als auch hinsichtlich der Art und Zielsetzung der teilnehmenden Komitees; so ist das Brasilienkomitee nicht gegen Atomenergie, weil die linke Opposition in Brasilien auch nicht dagegen ist. Dadurch entstand schon in diesem Moment die Situation, daß eine breite und schnell wachsende Anti-Atom-Bewegung durch eine Anzahl von Gruppen überflügelt wurde, die keinen klaren Anti-Atomkraft-Standpunkt haben oder einfach für Kernenergie sind und nur gegen die UC wegen der Gefahren eines brasilianischen oder westdeutschen Atomstaates protestieren. Diese beschränkte Reichweite der Hauptstoßrichtung („Kein Ausbau...") fiel hinter die Forderungen der rasch anwachsenden Anti-Atom-Bewegung zurück, die sich für

- die Beendigung jeden Atomprogramms,
- gegen den Export von Atomtechnologien und
- für die Vernichtung aller Atomwaffen ausspricht

und daneben für eine, auf den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht des großen Kapitals basierende alternative Energieplanung kämpft.

Manifest und Aufruf

Das Almelo-Manifest, die Minimalplattform des angestrebten Bündnisses, wurde recht schnell und ohne daß es in den verschiedenen Organisationen ausreichend diskutiert werden konnte, an die meisten politischen Parteien, Organisationen und Aktionsgruppen versandt. Die Kritik am Manifest *„betraf einerseits den Platz, den die Gefahren der Kernenergie in dem Manifest hatten und andererseits das Fehlen einer ausreichenden Antwort auf die Frage, warum Kernenergie, ungeachtet ihres menschen- und milieufeindlichen Charakters doch weiterentwickelt wird. Derlei Kritik wurde mit dem Argument vom Tisch gewischt, daß eine breitest mögliche Bewegung entstehen solle"* („OS") und man sich daher auf vorsichtige Formulierungen beschränken müsse. Die „Breite des Bündnisses" bedeutete, daß zwar auch die Christreaktion (CDA), die Rechtsliberalen (VVD) und reaktionäre Kleinstparteien aus dem Parlament zur Teilnahme an dem Bündnis aufgefordert waren, nicht aber sozialistische Organisationen wie der Internationale Kommunistenbond (IKB) oder die Bewegung für Arbeiterselbstbestimmung (BAZ).

Eine der die Almelo-Demonstration vorbereitenden Aktionen. Die Demonstranten bilden auf dem Boden des Parlamentsvorhofes liegend die Buchstaben UCN (Ultracentrifuge Nederland).

Die Vorbereitung der Demonstration in Almelo wurde durch die sog. Almelo-Vorbereitungs-Versammlung (AVV) übernommen, woran alle regionalen und nationalen Gruppen (Parteien, usw.), die das Manifest unterzeichnet haben, teilnehmen konnten. Neben dieser Versammlung wurden eine Anzahl von Kommissionen eingerichtet, die im Auftrage der AVV bestimmte Aufgaben ausführten (u.a. Verkehr, Kultur, Kontakte mit der BRD, Verbindungen zu den Behörden, Pressekontakte).

Die Almelo-Vorbereitungs-Versammlung

Am 15. Dezember wurde die erste AVV zusammengerufen, wo alle Gruppen, die das Manifest unterschrieben hatten, Stimmrecht bekamen. In diese Regelung wurden auch die Vertreter der westdeutschen Gruppen einbezogen. Auf der Versammlung fiel auf, daß mit zweierlei Maß gemessen wurde: Einerseits waren alle politischen Parteien, ungeachtet ihres Standpunktes, eingeladen, andererseits war auf Drängen der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) die Kommunistische Einheitsbewegung/Marxisten-Leninisten (KENml) ausgeschlossen worden. Bei der Versammlung am 15.12. wurde dies widerrrufen, dafür trat aber eine neue spezielle Behandlung in Kraft: Die KENml sollte schriftlich aufgefordert werden, ihren Standpunkt bei der nächsten Versammlung deutlich zu machen, dann erst solle beschlossen werden, ob diese Partei das Manifest unterzeichnen darf. Die Christreaktion, die Rechtsliberalen, die Bauernpartei wurden hierzu nicht aufgefordert....!

So berechtigt erhebliche Skepsis gegenüber einer Zusammenarbeit mit der vaterländisch orientierten KENml (nebenbei: „Bruderpartei" der „KPD") auch ist – eine politische Begründung wurde von den Betreibern des Ausschlusses der „MLer" nicht geliefert. In Hinblick darauf, daß reaktionäre Parteien zur Teilnahme am Bündnis eingeladen wurden, deren Standpunkte um Erhebliches zweifelhafter sind als die der KENml, wird deutlich, daß es beim Ausschluß der KENml nicht um eine Ablehnung ihres vaterländischen Gebahrens ging, sondern um die Sorge um das „Renommee" des Bündnisses.

Allerdings hat sich die KENml später auch selbst noch viel Mühe gegeben, die Ablehnung ihrer Teilnahme zu rechtfertigen: In einem gemeinsamen, zweisprachigen Aufruf mit der "KPD" behauptete sie *„Einige bürgerliche Parteien vertreten die Auffassung, daß es sich bei der Urananreicherungsanlage in Almelo nicht um ein Sicherheitsproblem handelt, sondern darum, daß Brasilien oder die BRD vielleicht die Verfügung über Atomwaffen erhält und daß damit die Gefahr eines Atomkrieges sich vergrößere. Großes Aufheben von der Möglichkeit zu machen,"* so geht es in bestem "ML"-Stil weiter, *„daß andere Länder Kernwaffen entwickeln, ist nicht Ausdruck von Friedensbemühungen, sondern spielt in Wirklichkeit den Kriegsvorbereitungen der Supermächte in die Hände."*

Während der ersten Versammlung wurden auch die Kriterien festgelegt, aufgrund derer die verschiedenen Gruppen Stimmrecht erhalten konnten:

- Unterzeichnung des Manifests
- Aktive Mitarbeit an der Organisierung
- Es muß ein Mandat der Mitgliedschaft vorliegen
- Man muß von einem frühen Stadium an an den Vorbereitungen teilgenommen haben (Anwesenheit auf der AVV am 15.12.)

Rund vierzig Gruppen erhielten aufgrund dieser Kriterien Stimmrecht: Anti-Atom-Gruppen, Milieuorganisationen, Anti-Imperialismusgruppen, kirchliche Gruppierungen, politische Parteien, westdeutsche Organisationen u.a.

Die Industriegewerkschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaft NVV und 25 weitere Gruppierungen teilten mit, daß sie die Aktion unterstützen, nicht aber an der Demonstrations-Vorbereitung aktiv teilnehmen würden.

Auffallend ist, daß trotz einer relativ großen Frauenbewegung in den Niederlanden in der AVV keine einzige Frauengruppe vertreten war.

Der Ort der Demonstration: Den Haag oder Almelo?

Die parlamentarischen Parteien und Organisationen wie Sjaloom, LIK, die Jugendorganisation der CPN (ANJV) votierten für Den Haag als Demonstrationsort. Dort müsse man demonstrieren, weil dort die Beschlüsse gefaßt würden und auch, weil viel mehr Menschen nach Den Haag als nach Almelo kommen würden, denn im (dichtbesiedelten) Westen bekäme man mehr Menschen auf die Demonstration....

Die Entscheidung fiel für Almelo als Demonstrationsort. Umstritten war zunächst, ob die Demonstration in Almelo bleiben oder ob man (auch) zur UC selbst gehen solle. Gegen einen Verlauf der Demonstration an der UC wurden vor allem die eventuellen Schwierigkeiten angeführt, die mit der Polizei, der örtlichen Verwaltung etc. zu erwarten wären.

Nur **„eine aktive kämpferische Demonstration mit klaren Forderungen und Parolen sind die einzige Art der örtlichen Bevölkerung das Gefühl zu geben, wenn sie sich tatkräftig widersetzt, sie durch eine breite Massenbewegung aus den Niederlanden und dem Ausland unterstützt wird"** führte das SKK zur Begründung seiner Position, die Demonstration entlang der UC zu führen, an. **„Die Almelo-Demonstration wird Staat und Industrie deutlich machen müssen, daß, wenn der massenhafte Widerstand der Bevölkerung nicht beachtet wird, wir unseren Kampf noch intensiver fortsetzen werden, wobei andere Mittel wie die Platzbesetzung nicht ausgeschlossen sind"** („OS").

Für die westdeutschen Teilnehmer bildete die Frage des konkreten Demonstrationsverlaufs ebenfalls eine ziemlich entscheidende Frage. Man hätte den westdeutschen Demonstranten wohl schwerlich begreiflich machen können, weshalb sie zwar im Städtchen demonstrieren dürfen, sich aber vom eigentlichen Ziel ihres Protestes ferzuhalten hätten.

Die AVV entschied schließlich, auch an der UC direkt zu demonstrieren und einen entsprechenden Antrag einzureichen.

Die westdeutschen Gruppen

Obwohl ein Vertreter der NRW-BIs schon längere Zeit in der AVV vertreten war, wurde die Almelo-Frage zum ersten Mal auf der NRW-Landeskonferenz erst am 5. Februar behandelt. Hier wurde auch beschlossen, die Almelo-Demonstration aktiv zu unterstützen. Zur Diskussion standen noch

- die zentrale Parole („Kein Ausbau der UC") und damit der ganze Aufruf
- die Einschätzung des Brasilienvertrages
- das Auftreten von Sprechern namens politischer Parteien auf der Kundgebung.

Der niederländische Aufruf wurde letztendlich übernommen, aber zugleich beschlossen, auf der Rückseite der Flugblätter einen weitergehenden Aufruf der NRW-Landeskonferenz abzudrucken.

„Recht ärgerlich ist der Umstand," heißt es in „Onderstroom", *„daß es eine Anzahl von Vertretern auf der Landeskonferenz gibt (namentlich die KPD und 'Sponti'gruppen), die meinen, daß beim Demonstrieren in den Niederlanden von denselben Verhältnissen ausgegangen werden muß wie sie in der BRD bestehen.... Leute, die sich nicht die Mühe machen, die Situation innerhalb der* (niederländischen – Anm dl) *Antikernenergiebewegung genau zu untersuchen, dürfen sich nicht anmaßen, uns zu erzählen, wie der Kampf geführt werden muß...".*

Die ursprünglich aufgestellte Forderung, daß keine Sprecher namens politischer Parteien auftreten dürfen, wurde, da die AVV mehrheitlich anders entschieden hatte, nicht aufrechterhalten. Von der Landeskonferenz wurden jetzt ein westdeutscher Sprecher für die Grohndeprozesse gefordert und ein weiterer über die Erfahrungen in der BRD beim Kampf gegen AKW's, über die Ablehnung der Atomenergie in West und Ost (!) und über das Vertrauen in die eigene Kraft (gegen den Parlamentarismus) - ein Rundschlag also, der deutlich die Handschrift der "KPD" trägt. Dieser Redevorschlag konnte jedoch, so geschickt sich der "KPD"-Vertreter auch anstellte, nicht durchkommen.

Außer der NRW-Landeskonferenz waren an westdeutschen Gruppen die BIs Westmünsterland, die BUU/Hamburg und der KB mit Stimmrecht vertreten. Der BBU, vor noch nicht mal einem Jahr der einzig akzeptierte Ansprechpartner der niederländischen Anti-Atombewegung, ließ, obwohl angeschrieben, nichts von sich hören!

Die Parolen

Auf der AVV am 4.2. wurde, auch in Hinblick auf die recht starke Kritik an der bisher einzigen zentralen Parole "Kein Ausbau...." eine Reihe weiterer Parolen vorgeschlagen:

- *"Kämpft mit! UC nein!"*
- *"Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!"*
- *"Brasilien wird Atomstaat, wenn Almelo weitergebaut wird"*
- *"Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!"*

Die CPN sowie die CPN-Mitglieder, die für andere Gruppen in der AVV saßen, beharrten jedoch auf einer Parole.

Daraufhin schlug die Versammlungsleitung vor, darüber abzustimmen, ob jede einzelne Organisation Veto-Recht gegenüber den Parolen bekommen solle. Die CPN ging natürlich begeistert hierauf ein und betonte noch, nur hierdruch könne die Einheit des Bündnisses zum Ausdruck kommen. Das Veto-Recht erhielt die Mehrheit. Als dann über die Parolen einzeln abgestimmt wurde, gingen immer die selben sechs Finger - ihr "Veto" anmeldend - hoch: Die CPNer!

"Onderstroom" schreibt: **„Ein solch undemokratischer Gang der Dinge zeigt das wahre Gesicht der CPN, die, koste es was es wolle, der Aktion ihren Stempel aufdrücken will und die sich nicht scheut, undemokratische Methoden, die jeder Volksbewegung oder breitem Bündnis feindlich sind, zu gebrauchen."**

Das Verhalten der CPN hatte erstmals während der monatelangen Bündnisbesprechungen zu einer Situation geführt, wo einzelne Organisationen ihre weitere Teilnahme in Frage stellten. Schließlich wurden jedoch noch mit Zustimmung der CPN zwei weitere Parolen aufgenommen.

Das SKK sandte an alle Gruppierungen, die sich deutlich gegen die Atomenergie und Atombewaffnung aussprechen, eine Aufforderung, sich innerhalb der Demonstration zu einem Block zusammenzuschließen, der – außer den abgelehnten – auch die Parolen

- *"Weg mit dem Kernenergieprogramm"*
- *"Weg mit allen Atomwaffen" und*
- *"Stoppt die UC"*

mit sich führt.

Die Sprecher

Heftige und langwierige Debatten wurden auch von der Frage ausgelöst, ob auf der Kundgebung auch Redner namens politischer Parteien auftreten dürften. Namentlich CPN und PvdA machten sich hierfür stark. Aus CPN-Kreisen hieß es, man müsse den Demonstranten eine Perspektive (!!) geben, *„dabei darf man die Parteipolitik nicht ausschließen, so als ob man darüber keinerlei Illusionen mehr hätte. Das führt zu Defätismus* (Unglauben an den Sieg – Anm. dl)" (nach ‚OS").

Der Vorschlag, nur Sprecher zu bestimmten Themen zuzulassen, unterlag knapp zugunsten des Antrages, sowohl „Themensprecher" als auch Redner namens politischer Parteien aufzustellen.

Die wesentliche Kritik an der Aufstellung von Rednern politischer Parteien war, daß damit andere Gruppen vom Rederecht ausgeschlossen werden, darunter solche, die einen wesentlich größeren Beitrag für das Zustandekommen der Demonstration leisten als etwa die PvdA. Ebenfalls kam in dieser Debatte der Widerspruch zwischen den Teilen des Bündnisses; die auf den parlamentarischen Weg orientieren und jenen, die bereits eingesehen haben, daß das Parlament nur ausführendes Organ des großen Kapitals ist, zum Ausdruck.

Die Teilnahme der PvdA an der Almelo-Vorbereitung wurde von Teilen des Bündnisses ohnehin als sehr fragwürdig eingeschätzt. So mußte die PvdA, deren Parlamentsfraktion sich erst kürzlich mit einem „ja, aber" f ü r den Ausbau der UC und das Brasiliengeschäft ausgesprochen hatte, von der AVV extra schriftlich aufgefordert werden, ihren Pflichten im Bündnis nachzukommen. Die vergleichsweise kleine CPN hatte sich bereit erklärt, bei einem eventuellen Defizit mit 5.000 Gulden einzuspringen, während die PvdA dafür gerade 1.000 Gulden hergeben wollte. Wieweit die PvdA überhaupt im nennenswerten Maße eine Mobilisierungsarbeit geleistet hat, liegt sehr im Dunklen. – Nachdem der PvdA der Brief der AVV zugegangen war, daß sie sich entsprechend den für alle Teilnehmer des Almelo-Bündnisses gültigen Regeln an der Arbeit beteiligen möge, besaß die PvdA-Vertreterin im Bündnis die bemerkenswerte Frechheit, der Versammlung vorzuwerfen, der PvdA sei hier ein *„Ultimatum"* gestellt worden, sie habe den Eindruck, man wolle die PvdA aus dem Bündnis drängen. Es spricht für die erreichte politische Reife der meisten im Bündnis vertretenen Gruppierungen, daß sie sich von den an Drohungen grenzenden Beiträgen der PvdA-Vertreterin nicht einschüchtern ließen und eine Delegation beauftragten, mit der PvdA-Führung auf der Grundlage des Briefes in Verhandlungen zu treten und zusätzlich noch zu fordern, daß nur ein PvdA-Sprecher auftreten dürfe, der einen deutlichen Standpunkt gegen die Atomenergie bezieht.

Auch der Mobilisierungseifer der CPN wurde in Zweifel gezogen. Es wurde aus mehreren Städten berichtet, daß die CPN den Verkauf der „Almelo-Zeitung" und die hiermit verbundene Mobilisierung erst aufgenommen hatte, nachdem sichergestellt war, daß ein Vertreter ihrer Partei auf der Kundgebung auch namens ihrer Partei sprechen durfte.

Die örtliche Bevölkerung

Twente, die Provinz, in der Almelo liegt, hat eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Tausende von Arbeitsplätzen in der Textilindustrie sind in den letzten Jahren vernichtet worden, andere Industrie ist nur in geringem Maße vorhanden. So konnte das Argument, der Ausbau der UC schaffe neue Arbeitsplätze, über lange Zeit auch besonders unter der örtlichen Bevölkerung verfangen und den Widerstand lähmen.

Diese Situation beginnt sich seit Dezember/Januar zu ändern. Die linken Parteien der Region haben den gemeinsamen Widerstand gegen die UC aufgenommen. Vom Twents Energie Komitee wurden allein in Twente 12.000 Almelo-Zeitungen – fast 10 % der Gesamtauflage – verkauft.

Das massenhafte Interesse der Almeloer Bevölkerung, die während der Demonstration, sofern sie nicht schon selbst aktiv teilnahm, stundenlang in dichten Trauben die Straßen säumte, spricht ebenfalls dafür, daß der Kampf auch in der unmittelbaren Umgebung in der UC seinen Anfang genommen hat.

Niederlande-Kommission

Die Polizei, dein Freund und Helfer

In einem Bündnis, so breit wie das der vorbereitenden Almelo-Versammlung, wo über 40 Gruppen unterschiedlichster politischer Richtung vertreten sind, können wechselseitige Kompromisse und Zugeständnisse gar nicht ausbleiben.

Ausdruck hiervon ist z.B. daß eine der – insgesamt drei – „zentralen Parolen" sich nur gegen den A u s b a u der Ultrazentrifuge (UC) richtet, nicht aber die Forderung erhebt „Weg mit der UC"! Diese Forderung wird nur von einem Teil des Bündnisses erhoben und kann von diesem auch bei der Propagierung der Aktion selbst wie bei der Demonstration benutzt werden! – es besteht die Freiheit der Agitation und Propaganda, soweit diese sich auf dem Boden des für alle verbindlichen Almelo-Manifestes bewegt.

Nicht mehr Ausdruck politischer Klugheit, um die Breite des Bündnisses zu erhalten, sondern erheblicher Opportunismus scheint indes die Haltung eines nicht unwesentlichen Teiles der vertretenen Gruppen (oder genauer: ihrer Delegierten – deren Positionen ja bekanntlich nicht immer mit der Gruppenmeinung identisch sind) gegenüber Behörden und Polizei zu sein.

Für die Kontakte zu Polizei und anderen Behörden, zur Einholung der Demonstrationsgenehmigung etc. existiert die sogenannte Formalitätenkommission.

Im Bericht der Formalitätenkommission von der ersten Verhandlung mit Almeloer Polizei und Gemeindevertretern heißt es u.a.: Wir wurden gefragt, *„ob wir wissen, ob, und wenn ja, wieviel ‚Böswillige' mitgehen werden. Wir führten aus, daß die Almelovorbereitungs-Versammlung eine sehr breite Gesellschaft ist und daß diese Versammlung davon überzeugt ist, daß von uns ausgehende Ungeregeltheiten politisch nachteilig sind, so daß wir dem, koste es was es wolle, zuvorkommen wollen. Auf die Frage, wie, antworteten wir, daß wir schon frühzeitig angeben können* (wem?! – Frage AK), *wo die Gruppen sind, die da anders drüber denken und daß wir vor allem die Taktik der Isolierung gebrauchen werden...".*

Die Kommission wurde weiter aufgefordert, die Almelo-Versammlung zu fragen, ob die Demonstrationsleitung mit einer *„Demonstrationsumleitung"* einverstanden wäre, *„wenn sichtbar wird, daß große Gruppen ‚Böswilliger' anwesend sind".*

Protest gegen diese Unterstellungen seitens der Behörden wurde nicht geäußert, anstelle dessen bekräftigten die Vertreter der Formalitätenkommission ihren Willen zum *„guten Kontakt mit der Polizei".* In der folgenden Versammlung zur Vorbereitung der Demonstration wurden diese behördlichen Unterstellungen als erster Versuch gewertet, ein Demonstrationsverbot durchzusetzen. Ein anderer Teil der Versammlung hielt es jedoch für falsch *„vom bösen Willen der Almeloer Polizei auszugehen"* (Prot. vom 21.1.).

„Die Deutschen" kommen...

Bei den nächsten Verhandlungen zwischen Almeloer Behördenvertretern und Formalitätenkommission wurde vom Bürgermeister Schneider präzisiert, was mit den „Böswilligen" gemeint war: Gegen eine Demonstrationsroute direkt an der UC spräche nämlich u.a., daß dies eine Möglichkeit der Gewaltanwendung **„u.a. durch die Teilnahme deutscher (!) Gruppen"** beinhalte.

Aus der behördlichen Demonstrationserlaubnis vom 31.1. wurde deutlich, daß das Bemühen um *„guten Kontakt"* mit der Polizei und Behörden von diesen in keiner Weise honoriert worden war. In den Auflagen wird u.a. gefordert:

– Es muß e i n *„verantwortlicher Demonstrationsleiter"* anwesend sein.

– *„Es ist den Teilnehmern verboten, andere Gegenstände mitzuführen, als sie für das Tragen der Transparente notwendig sind ... Außergewöhnliche Übertretungen dieses Gebots müssen der Polizei vor dem Abzug des Zuges gemeldet werden oder sobald wie möglich danach".*

– *„Die Transparente dürfen keine aufrührerischen und beleidigenden Texte beinhalten. Die Teilnehmer enthalten sich einer aufrührerischen und beleidigenden Sprache".*

– *„Das Abweichen von der festgelegten Route ist verboten und kann zur unmittelbaren Auflösung des Zuges durch die Polizei führen".*

– Unter den allgemeinen Voraussetzungen wird noch angeführt, daß

ALMELO BULLETIN

1e jaargang nr. 6
februari 1978

Burgemeester mr. F. J. Schneiders:

„UC-demonstranten vinden 4 maart in Almelo politie naast en niet voor zich"

AKTIE, STEEDS MEER AKTIE!!!

De telefoontjes stromen steeds harder binnen.

De mobilisatie, de informatieverspreiding, het werk. het gaat door. Steeds meer mensen

Bürgermeister Schneider: „Die UC-Demonstranten finden am 4. März in Almelo die Polizei neben und nicht vor sich"

das Organisationskomitee der Gemeinde Almelo gegenüber für „allen Schaden", der im Zusammenhang mit der Demonstration entsteht, haftbar ist und daß die Demonstrationserlaubnis *„jederzeit eingezogen werden"* kann, ohne daß die Gemeinde Almelo zu Schadensersatz verpflichtet ist.

Um diese Auflagen entwickelte sich bei der vorbereitenden Versammlung am 4.2. in Utrecht eine ungewohnt scharfe Auseinandersetzung. Das Nijmeger Stop Kernenergie Komitee (SKK – Zusammenschluß von sowohl Anti-AKW-Gruppen als auch politischen Organisationen) beantragte, die Auflagen ersatzlos zu streichen. Die bereits getroffenen drei Festlegungen – friedlicher Verlauf, eigener Ordnerdienst, feste Route – würden ausreichen. Ein Teil der Versammlung wandte sich hiergegen,

– weil es nicht ratsam sei, die jetzigen „guten Beziehungen" mit den Behörden auf diese Weise zu gefährden (so ein PSP/LEK-Vertreter z.B.);
– es sich um ganz „normale" Auflagen handelte (ein Vertreter der revisionistischen KP, CPN);
– die guten Beziehungen zur Polizei bei Abweisung der Auflagen sich nur verschlechtern würden.

Für eine ersatzlose Streichung der diskriminierenden Auflagen sprach nach Auffassung eines anderen Teils der Versammlung vor allem daß mit diesen Auflagen auf eine Kriminalisierung der Demonstranten, und hierunter besonders der Westdeutschen, gezielt wird, weil sich die Demonstration von vornherein jede Bewegungsfreiheit – etwa bei Polizeibehinderungen – verbiet. Der Antrag der SKK wurde jedoch letztlich mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt und die Auflagen einzeln zur Debatte gestellt – womit in wesentlichen Teilen der Antrag des SKK doch noch durchgesetzt werden konnte. Die oben angeführten Auflagen wurden teils stark verändert, teils ersatzlos gestrichen.

Konsequent demokratisch zeigte sich in der Diskussion um die Auflagen wieder mal die CPN: Ihre Vertreter waren die einzigen in der Versammlung, die g e g e n die Streichung von Auflagen wie, daß die Transparente *„keine aufrührerischen und beleidigenden Texte"* enthalten dürfen, stimmten...

Die Formalitätenkommission wurde von der Versammlung beauftragt, die Almeloer Behörden über die Abweisung bzw. Veränderung der Auflagen zu informieren. Aus dem Text des *„offiziellen Berichtes von Seiten der Gemeinde Almelo"* (8.2.) geht indes nur hervor, daß die Behördenvertreter die einzelnen Auflagen „näher erläutert" haben. „Näher erläutert" wurde beispielsweise die Auflage, daß *„es den Teilnehmern verboten (ist), andere Gegenstände mit sich zu führen, als für das Tragen der Transparente nötig"* dahingehend, daß mit „anderen Gegenständen" gemeint ist, *„daß keine außergewöhnlich großen Stöcke, Zaunlatten* (!!)*, Drachen, Molotow-Cocktails* (!!) *usw. mitgeführt werden dürfen"* (zit nach dem offiziellen Gesprächsbericht seitens der Gemeinde Almelo). Ebenfalls findet sich in diesem „offiziellen Bericht" der sehr bemerkenswerte Satz: *„Der Bürgermeister sagte, daß er größten Wert darauf legen würde, daß in allen deutschen* (!) *und eventuell französischen* (!!) *Bussen ein Bulletin verteilt wird, worin die friedliche Absicht und die konstruktive Zielstellung der Demonstration entsprechend dem Manifest des LEK ausgeführt werden".*

Andererseit wurde aber auch seitens der Behördenvertreter nochmals bestätigt, daß die Polizei sich außerhalb der Sichtweite der Demonstranten aufhalten und nur eingreifen werde, wenn das UC-Gelände angegriffen wird. Auch der Bürgermeister selbst gab sich viele Mühe, ein „friedliches" Gesicht zu zeigen. So äußerte er auf einer Pressekonferenz: *„Die UC-Demonstranten finden am 4. März die Polizei neben und nicht vor sich"* (dieser in Schlagzeile gebrachte Spruch mußte dann bezeichnenderweise als Titelseiten-Aufmacher des „Almelo-Bulletins" Nr. 6 herhalten!). Auch sonst gibt sich der Bürgermeister viel Mühe: Wie das Almelo-Bulletin meldet, will er *„gratis für tragbare Funksprechgeräte und fahrbare Toiletten sorgen"* ... wo hätten wir in der BRD einen Bürgermeister, der sich angesichts einer Demonstration in seinem Städtchen so um seine zeitweiligen Gäste kümmert?!

Man sollte sich aber auch noch diese Sätze auf der Zunge zergehen lassen (Autor ist diesmal nicht die Gemeinde Almelo sondern der Ordnerverantwortliche des Almelo-Bündnisses): *„Angesichts der jetzigen Entwicklungen zwischen Behörden und Organisatoren und dem Ziel der Demonstration ist das Tragen von Helmen und Gasmasken unerwünscht".* Dieser Satz findet sich in dem Papier unter der Überschrift – *„Der deutsche Ordnerdienst"* ...!!

„Bemerkenswert ist", schreibt das Stop Kernenergie Komitee hierzu, „wieweit man in der Almelo-Vorbereitungsversammlung die Kriminalisierung der deutschen Anti-Kernenergie-Demonstranten über die rechte Presse schon verinnerlicht hat."

Niederlande-Kommission

50.000 in Almelo

50.000 Menschen demonstrierten am 4. März in Almelo in einem sieben Kilometer langen Zug durch die Stadt und an der Ultrazentrifuge (UC) vorbei. Ihr Protest richtete sich gegen den Ausbau der UC und die Lieferung angereicherten Urans an die brasilianische Militärdiktatur.

Rund 8.000 AKW-Gegner aus der BRD (darunter 1.200 aus Hamburg) stellten das größte Kontingent ausländischer Teilnehmer, es war aber auch eine dänische Delegation in zwei Bussen angereist, außerdem nahmen Belgier, Franzosen und Engländer an der Demonstration teil. Parallel zu einer Kundgebung in Almelo wurden vor den niederländischen Botschaften in London und Canberra (Australien) Solidaritätsaktionen durchgeführt.

Demonstrieren nach „niederländischem Modell"

Der Weg von den einzelnen Sammelpunkten in der BRD zur niederländischen Grenze wurde ohne größere Behinderungen passiert. Da dieser glatte Verlauf jedoch nicht vorauszusehen war, waren niederländische Parlamentarier, Journalisten und Mitglieder des Almelo-Bündnisses am Vortag in die westdeutschen Abfahrtsstädte gefahren und hatten den Konvoi in die Niederlande begleitet. So fuhren von Hamburg aus Joop Vogt, Mitglied der Ersten Kammer für die Pazifistisch-Sozialistische Partei, ein Gewerkschaftsjournalist und Jan Kater von der Sozialistischen Partei (SP) mit.

Kritischer wurde die Lage an der Grenze. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Almeloer Bürgermeisters und Delegierten des Almelo-Bündnisses hatte der Bürgermeister wieder und wieder versichert, daß von Seiten der niederländischen Grenzbeamten keine Behinderungen zu erwarten seien. Nur Busse *„voll Menschen mit Knüppeln, Helmen und Gasmasken"* würden *„als eine Provokation"* („NRC Handelsblad", 25.2.) aufgefaßt. Was der Bürgermeister nun wirklich gesagt hat, darüber ist sich die Presse jedoch nicht ganz einig: In einigen anderen Blättern heißt es, Bürgermeister Schneiders hätte gegen die „Schutzkleidung" – Ölzeug, Helme, Gasmasken – nichts einzuwenden, wenn nur die Knüppel zuhause gelassen würden (so u.a. „De Stem", 25.2.). – Weiter betonte Schneiders, daß seitens der niederländischen Obrigkeit absichtlich kein Kontakt zu den BRD-Behörden gesucht worden sei, *„um jeden Schein zu vermeiden, daß wir zusammengearbeitet haben, um die Demonstration mißlingen zu lassen"* („Algemeen Dagblad", 25.2.). Die Demonstration solle nach *„niederländischem Modell"* („Het Vrije Volk", 25.2.) durchgeführt werden und *„muß ein Vorbild für Deutschland werden"* – denn: *„Es gibt in den Niederlanden ein Demonstrationsrecht, das ist ein demokratisches Recht. Dieses Recht muß zum Ausdruck kommen"* („De Stem", 25.2.); die niederländische Polizei werde nicht den *„deutschen Zugriff"* („Emmer Courant", 25.2.) anwenden.

Am Tag der Demonstration waren in der UC **„3.000 Polizisten und Militärpolizisten in Hinblick auf eventuelle Schwierigkeiten stationiert. Sie wurden verstärkt durch Panzerwagen, berittene Polizei und Hundebrigaden..."** („Het Vrije Volk", 6.3.).

Im Mittelpunkt des Interesses der Pressevertreter stand – natürlich – was „die Deutschen" bei der Demonstration tun würden. Konservative wie sozialdemokratische Zeitungen gaben recht „objektiv" die Ausführungen des westdeutschen BI-Vertreters wieder und gingen auch breiter auf die Sorge des Almelo-Bündnisses ein, daß die westdeutschen Demonstranten von BGS und anderen Polizeibehörden erhebliche Behinderungen an der Grenze erwarteten. Die Festnahme des Mitgliedes der Westdeutschland-Kommission im Almelo-Bündnis, Dries van Beusichem, auf dem Bremer Flughafen (siehe Kasten) veranlaßte die sozialdemokratische „Volkskrant" zu der Schlagzeile *„Deutsche Polizei will Protest behindern"* (25.2.).

An der Grenze

Drei sozialdemokratische Mitglieder der Zweiten Kammer hatten noch wenige Tage vor der Demonstration von ihrer Regierung gefordert, sich gegenüber den BRD-Behörden für einen ungehinderten Grenzübertritt der westdeutschen Demonstranten einzusetzen – Kalkar stand noch deutlich vor den Augen der niederländischen Demokraten.

Wie im Almelo-Bündnis angeregt, fanden sich auch eine Reihe von Parlamentariern und Journalisten bereit, den Grenzübertritt der Westdeutschen direkt zu beobachten und ein wachsames Auge auf die BRD-Grenzbehörden zu haben. Die „Wache" am Übergang Glanerbrug bei Enschede übernahmen Frau Krouwel-Vlam und H. Knol, beide Parlamentsmitglieder der PvdA. Van der Spek von PSP, Voortman und Ter Beek von der PvdA hatten sich an den anderen Übergängen postiert – insgesamt waren acht Parlamentsmitglieder an der Grenze im Einsatz. H. Knol monierte vor allem die selektiven Kontrollen der niederländischen Beamten – *„Mercedes-Wagen ließen sie ohne weiteres passieren, aber junge Leute mit alten Wagen wurden streng durchsucht"* („NRC Handelsblad", 6.3.). – und kündigte eine Anfrage in der Zweiten Kammer deswegen an. Senator Vogt von der PSP, der den Konvoi von Hamburg aus begleitet hatte, entrüstete sich noch am Abend bei der abschließenden Pressekonferenz darüber, daß einem Fahrer der Wagenheber weggenommen worden war – dies sei jedoch andererseits der einzige von ihm beobachtete Fall unkorrekten Handelns niederländischer Grenzbeamter gewesen.

Zwei Westberliner Busse, die eine Anzahl Helme mit sich führten (Helme, so hatte es eigentlich geheißen, würden nicht als „Waffen" angesehen), mußten ihre gesamten Helme etc. abliefern. In den Hamburger Bussen, wo auch so mancher auf sein liebes Demonstrations-Utensil nicht hatte verzichten wollen, wurde aufgrund dieses Vorfalles vereinbart, die Helme vor der Grenze in Gronau zu deponieren.

gemeente almelo

DEN 4. MÄRZ IN ALMELO

Praktische Punkte :

1. Ihr Demonstrationszug ist fast 7 KM lang. Die Route ist auf der andern Seite schematisch wiedergegeben. Sie werden etwa 2 Stunden gehen.
2. NOTIEREN SIE JEDENFALLS DIE NUMMER IHRES BUSSES. 37 BUS NR.
   Die Polizei sorgt dafür, dass Sie am Ende wieder bei Ihrem Bus zurückkommen.
3. Reisen Sie mit dem Auto, merken Sie sich dann Ihren Parkplatz.
4. Unterwegs gibt es Posten für Erste Hilfe und an einigen Stellen Toilettenwagen.
5. Polizei zu Pferd wird die Demonstration auf Verkehrsgründen begleiten. Diese Polizeibegleitung hat zum Zweck, das demokratische Recht der Demonstration zur Geltung zu bringen.
6. Verlieren Sie sich unterwegs aus dem Auge, gehen Sie dann ruhig weiter, Sie finden sich bei Ihrem Bus wieder.
   NOTIEREN SIE DIE NUMMER IHRES BUSSES.
7. Wenn Sie es nicht mehr wissen (und Ihr eigner Ordedienst auch nicht) :
   Anruf 22 24 4 Polizeiamt
   21 32 8 Demonstrationsleitung
   21 42 0 Information Rathaus
   05400 - 58 58 5 Information Eisenbahn
8. Der Bürgermeister hat für die Demonstration Erlaubnis erteilt. Dabei sind natürlich Bedingungen gestellt worden. Befolgen Sie darum die Anweisungen Ihrer Demonstrationsleitung.
9. Almelo ist auch an einem normalen Samstagnachmittag sehr gemütlich : Markt, Geschäfte, Gaststätten. Kommen Sie noch mal wieder, wenn es keine Demonstration gibt ?

gemeente almelo

Ansonsten „verschönten" im wesentlichen von westdeutscher Seite angezettelte Schikanen und Übergriffe den Tag:

– Obwohl die niederländischen Behörden Willens waren, wie üblich bei abgelaufenen Ausweisen Tagesvisa auszustellen, wurde dies von westdeutscher Seite vereitelt, indem sie den Besitzern der Tagesvisa bei der Rückkehr in unsere FDGO eine Anzeige androhten.

– Ein westdeutscher Zivilbulle fotografierte eine Stunde lang alle Demonstranten an der Grenze, bis er sich endlich aufgrund der energischen Intervention von Mitgliedern der Demonstrationsleitung zurückziehen mußte.

– Den frechsten Übergriff leisteten sich westdeutsche BGSler am Grenzübergang Emmerich in der Nacht zuvor (wo ihnen allerdings auch kein niederländischer Parlamentarier auf die Finger sah): Ein Wagen des ARBEITERKAMPF-Verlages wurde über drei Stunden lang festgehalten mit der Begründung, daß erst festgestellt werden müsse, ob es sich bei den mitgeführten Schriften nicht um solche handele, die auf dem Index stünden (siehe Bericht im Kasten).

Nach dem Überschreiten der Grenze erfuhren die westdeutschen Demonstranten sogleich die den ganzen Tag anhaltende Fürsorge des Almeloer Stadtvaters Schneiders: Jeder Demonstrant erhielt ein sauber gedrucktes deutschsprachiges Kärtchen der Gemeinde Almelo, wo er seine Busnummer eintragen konnte und auf der Rückseite die Demonstrations-Route eingezeichnet war.

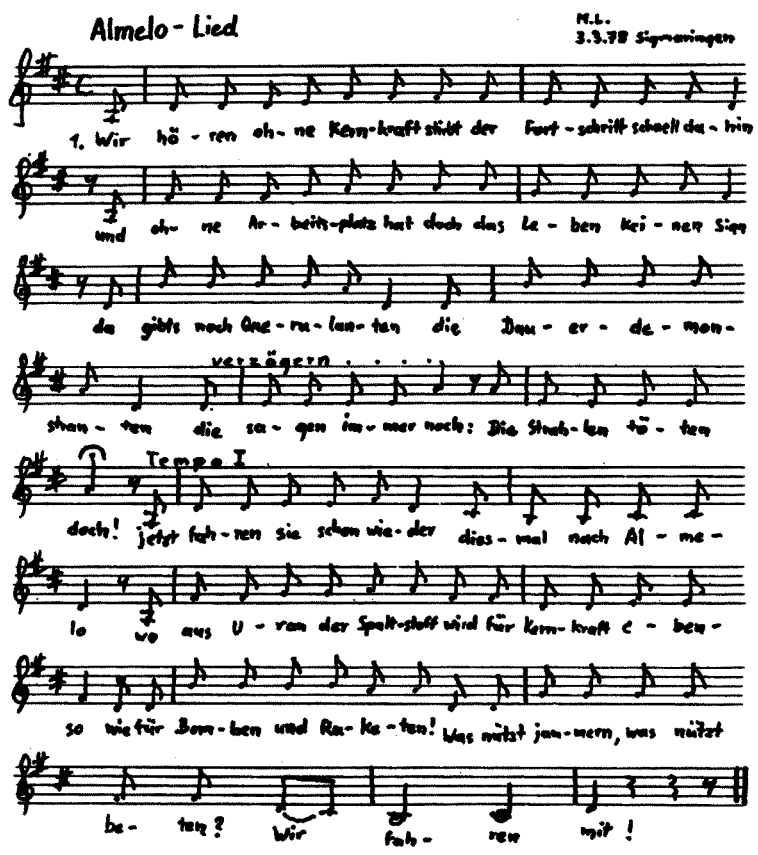
Unter den „Praktischen Punkten" erfuhr man: *„Almelo ist auch an einem normalen Samstagnachmittag sehr gemütlich: Markt, Geschäfte, Gaststätten. Kommen Sie noch mal wieder, wenn es keine Demonstration gibt?"* – zuvor war der Demonstrant schon belehrt worden: *„Polizei zu Pferd wird die Demonstration aus Verkehrsgründen begleiten. Diese Polizeibegleitung hat zum Zweck, das demokratische Recht der Demonstration zum Ausdruck zu bringen"* ... wenn das die Pferde lesen könnten!

„Woodstock in Almelo"

So nannte – nicht zu Unrecht – „Het Parool" (6.2.) das grandiose Ereignis, das mit einem Auftritt eines Frauenkabaretts aus Twente begann. Sprecher und Musikgruppen wechselten sich auf dem Podium ab, aber trotz der 10.000 Watt-Anlage war die Menschenmenge schon bald so groß geworden, daß an den Rändern des Platzes nicht mehr viel zu verstehen war. Kein so großer Verlust: Es gab in der Menge Gitarristen, kleine Musikkapellen und Akkordeonspieler zuhauf, so daß bald neben der einen großen noch viele kleine Kundgebungen auf dem ganzen Platz gehalten wurden. Die Ränder des Marktes waren mit rund 60 Informationsständen gesäumt, wo fast alle Teilnehmer des Almelo-Bündnisses ihre Zeitungen, Plakate und sonstigen Informationsmaterialien vertreiben konnten.

Der erste Beitrag einer politischen Partei, der deutlich auf wenig Gegenliebe stieß, war der der Sozialdemokraten: *„Das niederländische Parlament hätte dem Ausbau der UC widerstehen können, wenn es den politischen Willen dazu gegeben hätte. Wenn die Mehrheit wie die PvdA, D '66, CPN und PSP für den PPR-Antrag ... gestimmt hätten. Aber der politische Wille fehlte und dagegen ist unser Widerstand gerichtet"* – hiermit wollte sich der PvdA-Sprecher an dem Fakt vorbeischummeln, daß dieser hochgelobte PPR-Antrag nur den UC-Ausbau unter den „gegenwärtigen Bedingungen" ablehnte, während der Antrag der PSP, der sich prinzipiell gegen UC und Brasiliengeschäft wandte, von der PvdA nicht unterstützt wurde. Der PvdA-Redner hatte dann auch erheblich gegen die Sprechchöre der Demonstranten: *„PvdA – bla, bla, bla!"* anzukämpfen.

Für die (sozialdemokratische) „Industriegewerkschaft" (die nicht „im Bündnis vertreten war, wohl aber ihre Solidarität bekundet hatte) sprach Ab Schravemade, Mitglied der Hauptverwaltung des Industriebond NVV: *„Nein, sagte der Industriebond NVV auf die Frage, ob man Uran für Brasilien anreichern muß. Wir meinen, daß die Arbeitnehmer und ihre Vertreter nicht nur über die*



ALMELO – Lied

Wir hören: ohne Kernkraft
stirbt der Fortschritt schnell dahin
und ohne Arbeitsplatz
hat doch das Leben keinen Sinn.
Da gibt's noch Querulanten
die Dauerdemonstranten
die sagen immer noch:
Die Strahlen töten doch!
Jetzt fahren sie schon wieder,
diesmal nach Almelo!
Wo das Uran zu Spaltstoff wird,
für Kernkraft ebenso
wie für Bomben und Raketen
Was nützt jammern – was nützt beten?
Wir fahren mit!

Milliarden sind schon reingepumpt,
die haben wir gelöhnt
doch die Million der Arbeitslosen
ist man schon gewöhnt
Atomjobs unterdessen
viel andere Jobs wegfressen.
Gewerkschaftsbonzentat:
den Arsch im Aufsichtsrat!
Soll der Atomfilz siegen? Nein!
Wir fahren nach Almelo
wo das Uran...

Jetzt sagen alle ja von DGB bis CDU
Wir sollen lieber glauben
und dann läßt man uns in Ruh'
Wer nicht glaubt, der soll spüren
die Freiheit zu verlieren
wenn er sich wehrt: Im Nu
schlägt der Atomstaat zu!
Sie kriegen uns nicht unter –
wir fahren nach Almelo
wo das Uran...

Der Schmidt meint,
daß das vorbildlich für ganz Europa ist
Drum läßt er Holland tanzen
zu erweitern diesen Mist
Uranfabrik ist wichtig
Export klappt sonst nicht richtig
Brasilien ist das Ziel
da gibt's dann Bomben viel!
Kein Stück für die Faschisten!
Wir fahren nach Almelo
wo das Uran...

Fast hätten wir vergessen,
was der Strauß vor Jahren sprach
Atombewaffnung her!
Sonst liegt Potenz der „Deutschen" brach
mit „deutsch" meint er die Reichen
wir stellen dann die Leichen
Sie füllen ihren Topf
und opfern unseren Kopf
Weil wir das Leben lieben,
fahrn wir nach Almelo
wo das Uran...

Weise, in der produziert wird, Mitbestimmung haben müssen, sondern auch darüber, was produziert wird ... Es ist die außerparlamentarische Aktion in unserer Gesellschaft, die als einzige für die so notwendige Veränderung der Politik sorgen kann".

Marcio Moreira Alves, ehemals Parlamentarier in Brasilien, 1968 abgesetzt, weil er gegen die Folterung politischer Gefangener protestiert hatte – verwies auf die derzeitige Schlüsselrolle der Niederlande, zumindest was die nächsten Jahre anginge.

Bis zum Abmarsch folgten noch Beiträge eines kirchlichen Vertreters und die Rede des Sprechers der nordrhein-westfälischen BIs zum Thema „Westdeutschland – Atomstaat?", sowie der Beitrag des LEK, der Dachorganisation aller niederländischen Anti-AKW- und Umweltschutz-Gruppen.

Die größte Anti-Atom-Demonstration in den Niederlanden

Bei der Bildung des Demonstrationszuges reihten sich überall einzelne Gitarristen, Gesangsgruppen, ganze Kapellen – zu Fuß und auf Wagen – ein, eine „Atombombe" wurde mitgetragen, ein Mensch, gefangen im Spaltstoffzyklus – bunte, schwarze, rote Fahnen, viele Bildtransparente – geschminkte, kostümierte Demonstranten ... das Volksfest fing erst richtig an!

Zu den 50.000 aus den Niederlanden, der BRD, England, Dänemark (zwei Busse voll!), Belgien und Frankreich kann man mit Fug und Recht noch die mindestens 5.000 Bürger von Almelo rechnen, die in dicken Trauben die Straße säumten und dem Zug zusahen.

Dem Zug voran wurde die „vereinheitlichte" Hauptlosung: „Kein Ausbau der UC!" getragen. Das war aber dann auch der einzige Platz, wo diese Kompromißformel des Bündnisses – ohnehin nur von zwei Gruppen (CPN und PvdA) verbissen verteidigt – deutlicher hervortrat. *„UC – Neel" „UC – weg ermee"* (weg damit!) – das waren die beherrschenden Parolen. Dazu unser gutes, altes „Wehrt Euch, leistet Widerstand...", wovon es mittlerweile fünf verschiedene niederländische Übersetzungen gibt!

Nach einem Marsch von sieben Kilometern durch die Stadt, an der UC vorbei und wieder zurück in die Stadt, wurde – die „Zündhölzer" aus Hamburg hatten gerade gespielt und es wurde dazu getanzt und „geschunkelt" – bei der Abschlußkundgebung bekanntgegeben: „Soeben haben die letzten Demonstranten den Abmarschplatz verlassen".

Es war die größte Demonstration gegen Atomenergie, die die Niederlande erlebt haben; es war eine der größten, wenn nicht die größte Demonstration überhaupt in den Niederlanden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Der Zaun mußte doch noch dran glauben

Bis zum späten Nachmittag konnte man den Eindruck haben, daß die Demonstranten die „Polizei neben und nicht gegen sich" haben würde (wie es der Almeloer Bürgermeister publicity-wirksam verkündet hatte): Bei der Kundgebung sah man, wenn überhaupt, weibliche Polizei, die extra aus dem ganzen Land zusammengeholt worden war und Verkehrspolizei, bei der Demonstration in den Seitenstraßen gelegentlich berittene Polizei; an der Spitze des Zuges fünf Polizisten auf ihren Gäulen.

Am späten Nachmittag bildete sich jedoch in der Höhe des Haupttores der UC ein Stau, die fünf davor postierten Polizisten wurden ebenso beiseitegeschoben wie die Ordnerreihen. Fast gleichzeitig liefen einige Demonstranten etwas entfernt vom Tor auf eine Wiese, bis zum Zaun und zupften ein wenig daran. Daraufhin rückten Polizisten im Kampfanzug, mit großen Schildern und Helmen gegen die Demonstranten vor, von denen immer mehr, am Ende rund 400 auf die Wiese vor den Zaun geströmt waren.

Die Lage auf der Wiese konnte vergleichsweise einfach bereinigt werden: Hinweise auf die politische Schädlichkeit eines Zusammenstoßes reichten für die meisten aus, um sich dem Zug wieder einzureihen. Polizei-Übergriffe gab es dann aber doch noch, als einige Provokateure (von denen noch ungeklärt ist, ob von der Polizei eingesetzt, ob vom Werkschutz der UC oder einer rechtsextremen Organisation) auf einzelne Demonstranten einschlugen und in der Folge einige berittene Polizisten den Demonstranten auf die Hacken ritten und begannen, ernsthafter mit ihren langen Reiterstöcken zuzulangen.

Diskussion und Schwoof in Nijmegen

Für den Abend hatte das Nijmeger Stop Kernenergie Komitee (SKK) zu einer Feier eingeladen. Insgesamt versammelten sich gut 1.000 Menschen zur Diskussion, national wie international, und gewaltigem Schwoof. Die Musikgruppen Kladderadatsch, Vlooienband und Druckknöpfe waren auch noch Nijmegen mitgereist. Geschlafen wurde nachts in einem besetzten Kloster.

Es bietet sich an, bei entsprechender Gelegenheit (nach Brokdorf? oder Gorleben?) zusammen mit den ausländischen Freunden dann in Hamburg in dieser Weise den Tag fortzuführen.

Die Anti-AKW-Bewegung der Niederlande hat sich seit Kalkar mit großen Schritten weiterentwickelt. In den meisten niederländischen Städten wurden die Mobilisierungszahlen im Vergleich zu Kalkar verdoppelt und verdreifacht.

„Ist Almelo Zwischenstation oder Endpunkt?" fragte der Schlußsprecher Jan Kater vom Twents Energie Komitee. „Wo radioaktiver Abfall, Atomwaffen und die Drohung eines dritten Weltkrieges die Atomenergie zu einem gefährlichen Spielzeug in den Händen nicht zu kontrollierender Konzerne machen, da darf Almelo nur eine Zwischenstation sein. Vergeßt nicht, daß die Grohnde-Prozesse noch im Gange sind, ein Lagerplatz für radioaktiven Abfall nach Ahaus – hier dicht über die Grenze – kommt, daß man AKWs an diversen Plätzen der Niederlande bauen will, eine Aufbereitungsfabrik nach Mol in Belgien kommt ... und im übrigen auch die UC noch immer steht und ausgebaut wird! Bis dann also ... in Mol, oder Ahaus, oder auf der Maas-Vlakte, oder Gott-weiß-wo ...". Genau!

Niederlande-Kommission

Anzeige

68 Seiten, Format A4, DM 3,50

Am frühen Abend des 24. September 1977 demonstrierten 50.000 AKW-Gegner aus dem In- und Ausland gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar. Viele Tausend AKW-Gegner – insgesamt etwa 20.000 – waren aufgrund des massiven Polizeiterrors in der Nacht vom 23. zum 24. September gegen die von außerhalb Anreisenden – insbesondere die norddeutschen AKW-Gegner – nicht mehr in der Lage, an dieser Demo teilzunehmen; sie hingen fest in massiven Polizeisperren bzw. mußten inzwischen umkehren. Darüber berichtet diese Broschüre einschließlich 34-seitiger Bilddokumentation

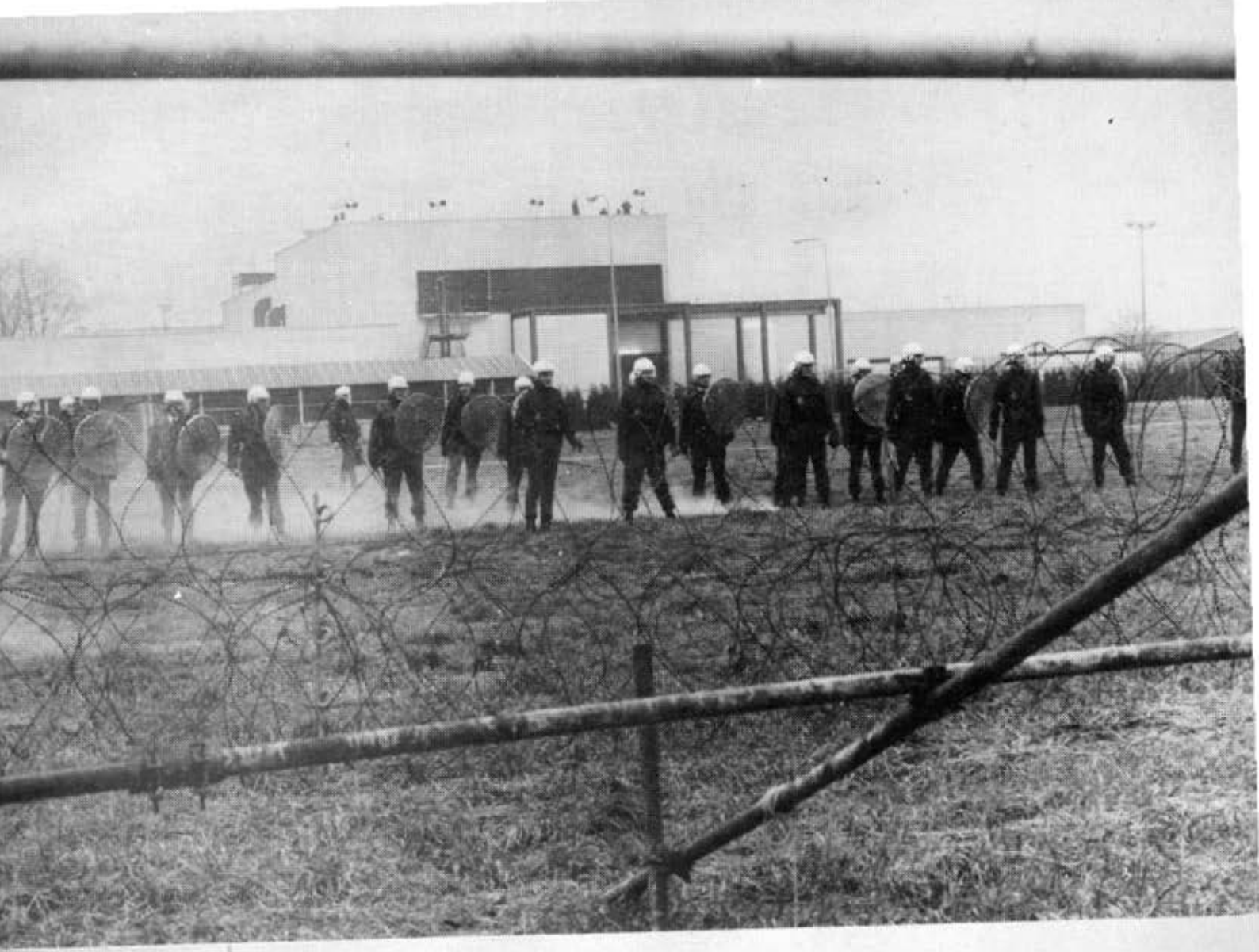
TEGEN DE INTERNATIONALE ATOOMKETEN....
SSK NIJMEGEN
....DE INTERNATIONALE SOLIDARITEIT!!!
GEEN UITBREIDING VAN HET UC PROJECT
GEEN UITBREIDING VAN HET UC PROJECT
socialistiese partij
KALKAR + ALMELO
ATOMKRAFT? NEIN DANKE
Atomanlagen nirgendwo!

EENSCHONE

GRÖBE B.V.

STERVEN
ONDER EEN
BO-OM

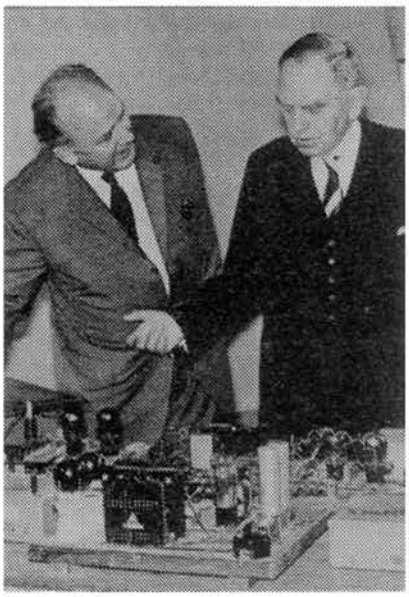
ZITTEN WY MET
VROULIEN TREK
OP NAAR BETERE



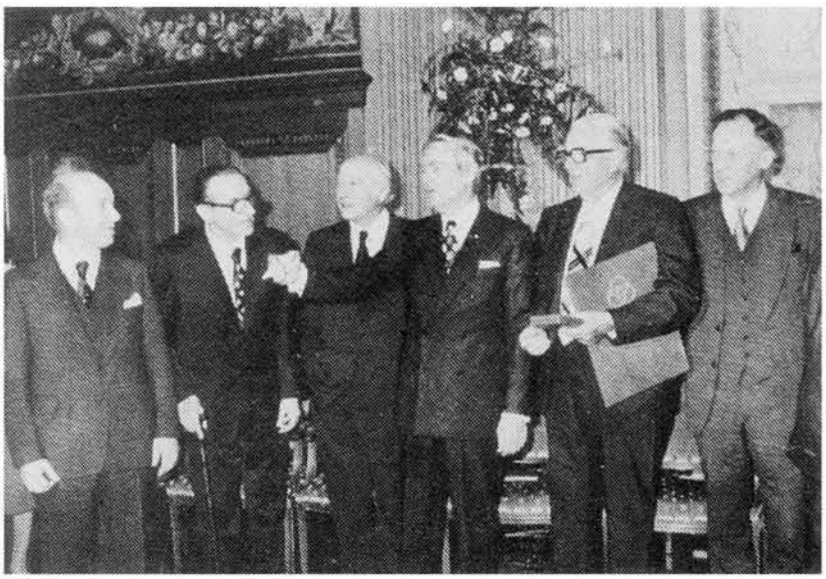
Der Traum der Nazis von der eigenen deutschen Atombombe

Schon sehr früh erkannten die Nazi-führer in der Uranspaltung die Möglichkeit, die grausamste und wirksamste Sprengwaffe zu schaffen, die die Menschheit je gekannt hat. Es entsprach ihrem Traum von der Weltherrschaft, daß sie sich besonders auf die Entwicklung von sogenannten „Wunderwaffen" stürzten, die den Vorteil der Alliierten ausgleichen und vor allem zu Ende des Zweiten Weltkrieges noch die entscheidende Wende bringen sollten.

So waren die Nazis die Ersten, die schon vor dem Kriege über eine besondere militärische Dienststelle verfügten, die sich speziell mit den militärischen Aspekten der Kernspaltung befaßte. Nazi-Deutschland lag lange im Rennen um die Entwicklung einer Atomwaffe vorn, nachdem auch in den USA und England die Bedeutung der Atomwaffe erkannt wurde, und dort eine entsprechende technische Entwicklung eingeleitet worden war. Daß es schließlich den USA als erste gelang, eine Atombombe zu bauen und zur Anwendung zu bringen, hatte mehrere Gründe: Einmal hatten die Nazis nicht genügend Rohstoffe zur Verfügung, wie Uranmetalle und Schweres Wasser, und des weiteren mit der Wendung des Krieges zugunsten der Alliierten nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung standen, um die Entwicklung der Atombombe zu bewerkstelligen, zumal gerade die Anlagen der Atomforschung und zuliefernde Industriebetriebe ein besonderes Zjel der alliierten Bombenangriffe wurden.



Prof. O. Hahn und Fritz Strassmann



Die Bombenbauer des Führers

Schon sehr bald nach der Entdekkung der Kernspaltung 1938 in Deutschland durch Hahn und Strassmann war klar, daß man mit den gewaltigen Energien, die dabei freigesetzt wurden, furchtbare Waffen würde bauen können (1). Kaum waren die Ergebnisse im Januar 1939 veröffentlicht, setzten auch schon massive Schritte zur Nutzbarmachung der Erkenntnisse für den nationalsozialistischen Staat ein. An dem Projekt einer Nazi-Atomwaffe arbeiteten schließlich alle maßgeblichen deutschen Atomphysiker mit, die auch nach 1945 wieder zur Kerntruppe der deutschen Atomforschung gehörten.

Zu dieser Gruppe gehörten: Dr. Erich Bagge, Dr. Beuthe, Prof. W. Bothe, Dr. Kurt Diebner, Prof. A. Esau, Siegfried Flügge, Prof. W. Gorlach, Dr. W. Groth, Harteck, Prof. Heisenberg (der später übrigens mit dem Friedensnobelpreis bedacht wurdel), Mattauch, Prof. G. Joos, Prof. Weizsäcker und viele andere mehr (2).

Das Atomprojekt vor dem Kriege

Einigen Quellen zufolge soll bereits im Jahre 1934, also lange vor einem erfolgreichen Experiment der Kernspaltung, von den Nazis ein besonderes Referat im Heereswaffenamt eingerichtet worden sein, das sich speziell mit der Verfolgung der Ergebnisse der Atomphysik und der Strahlungstechnik beschäftigen sollte. Dies Referat stand unter der Leitung des Atomphysikers Dr. Diebner, der während der gesamten Zeit beim faschistischen Atomprogramm eine bedeutende Rolle eingenommen hat (3). Schon im April 1939 schrieb Prof. Joos aus Göttingen einen Brief an das Reichserziehungsministerium, in dem er die Bedeutung der Uranspaltung für die Entwicklung einer „Energiespendenden Maschine" erläuterte. Das Nazi-Ministerium beauftragte daraufhin den als besonders linientreu bekannten Kernphysiker Prof. Esau mit der Einberufung einer Konferenz über die Möglichkeiten der Kernspaltung (4). Auf der Konferenz wurde u.a. die Veröffentlichung der Entdekkung O. Hahns kritisiert, da sie so auch dem Feind in die Hände falle. Beschlossen wurde ferner eine Sicher-

stellung aller Uranvorräte, die Zusammenfassung aller Atomphysiker zu einer gemeinsamen Forschungsgruppe, das Verbot des Exportes von Uranverbindungen, und das Reichswirtschaftsministerium beauftragt, Radium aus dem Abbau in Joachimsburg/CSR zu besorgen.

Parallel zu dieser Konferenz, die unter dem Zeichen der Verwertung der Uranspaltung für die Energiegewinnung stand, lief auch auf dem militärischen Bereich ein ähnliches Projekt an. Ebenfalls im April 1939 ging im Reichskriegsministerium ein Brief von den beiden Kernphysikern Harteck und Groth aus Hamburg ein, in dem auf die Möglichkeit einer Entwicklung einer Uranwaffe hingewiesen wird, deren Sprengkraft jede herkömmliche Bombe in den Schatten stellen würde. Sie verwiesen auf die angelaufene Forschung in den „Feindstaaten" USA und England und auf die Bedeutung einer solchen Waffe: *„Das Land, das als erstes Gebrauch davon macht, besitzt den anderen gegenüber eine nicht einzuholende Überlegenheit"* (5).

Dieser Brief ging weiter an den Heeresspezialisten für Kernphysik Dr. K. Diebner, der wiederum holte sich den Rat von Prof. Geiger (dem Mitentwickler des Geigerzählers). Schon kurz darauf erhielten die Kernphysiker um Diebner die ersten Mittel aus dem Kriegsministerium, um eine Uranforschung zu beginnen und die erste Versuchsstätte wurde auf dem Kummersdorfer Versuchsgelände für Raketengeschosse und Sprengstoffe in Gattow eingerichtet (6).

Dr. Diebner wird so zu einer Schlüsselfigur des Nazi-Atomprogramms, er wurde später der Bevollmächtigte für die norwegische Schwerwasserproduktion, kommissarischer Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Dahlem und stellvertretender Leiter des deutschen Atomvorhabens, das eindeutig in Richtung Atombombe zielte. All den so „wissenschaftlichen" Atomphysikern, die späterhin an dem Projekt arbeiteten, war das Anliegen der Nazis von vornherein klar.

Die Bildung des „Uranvereins"

Kurz nach Beginn des Krieges wurden die maßgeblichen deutschen Atomphysiker zu einer Geheimkonferenz nach Berlin geladen. Um den Zweck der Konferenz nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, wurden die Physiker zunächst nicht von dem Inhalt der Tagung informiert. Sie bekamen stattdessen einen förmlichen Gestellungsbefehl für den Kriegsdienst zugesandt, mit der Auflage, sich am 16.9.39 in Berlin einzufinden.

An der Konferenz nahmen folgende „Wissenschaftler" teil: Bagge, Basche, Bothe, Diebner, Flügge, Geiger, Harteck, Hoffmann und Mattauch.

Einen Monat später kamen auch die bekannten Atomphysiker Hahn, Heisenberg, von Weizsäcker, Döpel mit zur Runde. Von den Physikern wurde sowohl die grundsätzliche Möglichkeit der Verwendung der Atomenergie zur Energiegewinnung in Uranmaschinen – auch im Hinblick einer Antriebskraft für Flugzeuge, große Panzer und Raketen – als auch für eine Atombombe. Auf dem Wege dahin waren allerdings erhebliche Probleme zu lösen.

„Jeder Wissenschaftler erhielt ein Forschungsgebiet in Übereinstimmung mit dem Generalprogramm zugewiesen, das Diebner und Bagge einige Tage zuvor aufgestellt hatten. Allen wurde versichert, daß sie die notwendigen finanziellen Mittel erhalten würden" (7).

Die durch die Konferenzen eingeleitete Konzentrierung der deutschen Atomphysiker auf das Projekt einer Atombombe und des Uranmeilers blieb die gesamte Kriegszeit über erhalten. Es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis auch die Nazi-Wehrmacht über eine Atombewaffnung verfügt hätte. Daß es den Nazis schließlich doch nicht gelang, einen funktionsfähigen Atomreaktor in Betrieb zu setzen und eine Atombombe zu bauen, ist allein dem Umstand zu verdanken, daß der Krieg die Beschaffung genügender Rofstoffe etc. verhinderte und der Nazi-Staat nicht mehr in der Lage war, die gleichen Mittel in die Atomrüstung zu stecken wie die USA.

Schon sehr bald stellte sich durch die Versuche der beteiligten Atomphysiker heraus, daß zur weiteren Entwicklung „schweres Wasser" nötig war.

In Deutschland gab es keine Industriestätte, die solch schweres Wasser hätte produzieren können. Die einzige Anlage, die damals funktionstüchtig arbeitete, war die Anlage in Norwegen. Die „Norsk Hydro" in Vemok/Rjukan konnte als Abfallprodukt monatlich 10 l herstellen. Die Nazi-Behörden bemühten sich recht frühzeitig um einen Abnahmevertrag mit Hydro, was allerdings nicht gelang, da die Norweger zu Recht vermuteten, daß dies der Nazi-Rüstung zugute kommen könnte. Stattdessen lieferten sie noch kurz vor der Besetzung Norwegens durch die faschistischen Truppen im April 1940 die gesamten Schwer-Wasser-Vorräte von 185 l per Flugzeug an Frankreich. Da zu diesem Zeitpunkt die Alliierten längst die strategische Bedeutung dieser Anlage erkannt hatten, zeigt die Tatsache, daß Rjukan die letzte Stadt in Norwegen war, die von den Nazis eingenommen werden konnte. Unter dem Druck der Faschisten wurden sofort Verträge abgeschlossen; die Firma verpflichtete sich, den Wünschen der Nazis nachzukommen und die Jahresproduktion auf 1,5 t hochzutreiben.

Damit war zumindest zeitweise die eine Problematik für die Nazi-Atomwaffe gelöst. Doch schon 1943 – die neuen erweiterten Anlagen in Rjukan hatten gerade ihre Arbeit aufgenommen – zerstörte ein amerikanisches Bomberkommando die Anlage völlig, nachdem die Alliierten Kenntnis von den deutschen Atomplänen erhalten hatten. Es gelang ihnen, auch die letzte Schiffsladung, die zur Tarnung auf einem Passagierdampfer verschifft werden sollte, durch ein Sabotagekommando, das an Bord Bomben installierte und zündete, zu versenken.

Damit standen den Nazi-Stellen bis zum Kriegsende lediglich 2,5 t schweres Wasser für die Versuche zur Verfügung. Der Physiker Bagge, selbst maßgeblich am Nazi-Atomprogramm beteiligt, schätzt dies in seinem Buch „Von der Uranspaltung bis Calder Hall" als die wesentliche Ursache dafür ein, daß es den Nazis nicht gelang, ihrem Programm zu einem Erfolg zu verhelfen:

„Wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich bis zum Ende des Krieges im Jahre 1945 die Deuteriumvorräte (schweres Wasser) in Deutschland praktisch nicht weiter vermehrten und beim letzten Versuch in den Frühjahrsmonaten 1945 tatsächlich nicht mehr als etwa 2,5 t schweres Wasser zur Verfügung standen, so muß man die Auslöschung der Deuteriumproduktion in Norwegen als eine wesentliche Ursache dafür ansehen, daß Deutschland bis Kriegsende nicht zu einem selbsterregten Reaktor kam" (8). Ein Reaktor, der bald genügend Plutonium für die A-Bombe hätte liefern können.

Die auf deutschem Gebiet unternommenen Versuche, eine eigene Schwerwasserproduktion hochzuziehen, scheiterten ebenfalls. Zwar übernahm die „Linde AG" 1942 einen Auftrag, eine Versuchsanlage für 70.000 RM zu bauen, die ein Zehntel der künftigen Produktion liefern sollte. Ebenfalls wurden die Leuna-Werke beauftragt, ein solches Verfahren zu entwickeln. Die beiden Anlagen wurden später mit je ca. 1,2 Mio. RM projektiert und gebaut, aber später durch alliierte Bombenangriffe zerstört. Später lehnten die Leuna-Werke aus Angst vor weiteren Bombenangriffen die erneute Aufnahme der Schwerwasserproduktion ab.

Die Uranisotopentrennung

Die Nazi-Atomprojektoren verfügten zwar über keinen Reaktor, aber über genügend Uranmetall, das für eine Bombe ausgereicht hätte.

Die in der CSSR besetzte Mine Joachimstal liefert 1 t pro Monat. Im Jahre 1942 besaß die Degussa 7,5 t Uranmetall, die zu 99 % der Atomforschung zur Verfügung gestellt wurden, die USA zum Vergleich hatten zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt keine Uranmetall-Vorräte (9).

Eine Uranisotopen-Anlage wäre eine Möglichkeit gewesen, um ohne Reaktor auch zur Atombombe zu kommen. Auf einer Arbeitstagung im Jahre 1942 wurde deshalb ein Forschungsschwerpunkt auf die Entwicklung einer Trennanlage gelegt. Schon kurze Zeit später wurde festgestellt: „Es ist bezeichnend für die Erfindungsgabe der Deutschen, daß sie, obwohl sie zu Beginn des Jahres 1941 lediglich das Claus-Dickel-Verfahren besaßen, jetzt, als das Jahr zu Ende ging, sieben verschiedene Methoden zur Anreicherung von Uran 235 im Bau oder in der Erprobung hatten" (10). Darunter sämtliche Verfahren, die noch heute Verwendung finden. Die Entwicklung der Ultrazentrifuge begann unter der Leitung von Dr. Groth (Mitarbeiter von Harteck). Bereits 1941 gab es den ersten Probelauf. Die Ultrazentrifuge erwies sich bald als die erfolgsversprechende Methode. Im März 1943 gelang es bereits, Uran auf 7 % anzureichern (doppelt so hoch wie bei heutigen Reaktoren verwendet). Im Atometat von 1943, der 2 Mio. RM auswies, war fast ein Drittel für den Bau von 10 Zentrifugen veranschlagt (11). Im Jahre 1944 erreichte der 3. Prototyp einen Anreicherungsgrad von 70% des vorausberechneten Wertes. Die Urananreicherung bekam die militärische Dringlichkeitsstufe DE (besonderer Vorrang). Allerdings konnte bis Kriegsende keine funktionsgerechte Anlage zur Urantrennung mehr gebaut werden.

Militärischer Vorrang für das Atomprojekt

War 1939 der Startschuß für das Atomprogramm gegeben worden, wurde 1942 das Programm beschleunigt, obwohl überall bei der Rüstungsproduktion eingespart werden mußte. *„Am 2. Dezember 1941 hatte der Rüstungsminister für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt, Hitler darüber unterrichtet, daß 60 Rüstungsfachleute erklärt hätten, die Kriegswirtschaft stehe vor dem Zusammenbruch; von nun an müsse jede Ausweitung auf einem Sektor durch Einschränkungen auf einem anderen ausgeglichen werden".* (12) Daraufhin wurde die Überprüfung aller Rüstungsvorhaben angeordnet, so auch das Atomprojekt, die Atomphysiker wurden unter die Auflage gestellt, in kurzer Zeit greifbare Ergebnisse vorzulegen, die sich militärisch hätten nutzen lassen. In einem Brief Todts an den Leiter der Forschungsabteilung des Heeres, Professor Schumann, heißt es dazu: *„Die Arbeiten des von der Arbeitsgemeinschaft übernommenen Vorhabens bedingen einen Einsatz, der bei der augenblicklichen Wehrersatz - Rohstofflage nur verantwortet werden kann, wenn Gewißheit besteht, in absehbarer Zeit eine Anwendung zu erreichen."* (13) Die Atomphysiker organisierten nach diesem Schreiben eine Tagung in Berlin, um den Nazi-Größen ihre Ergebnisse vorzustellen. Besonders die Darstellung der militärischen Verwendungsmöglichkeiten begeisterten die zuhörenden Nazi-Führer, inzwischen hatte sich der Kriegsverlauf immer stärker zuungunsten der Faschisten gewandelt und sie erhofften gerade von der Entwicklung der Wunderwaffe eine Wende. In einem vom Heereswaffenamt herausgegebenen 131 Seiten starken Tagungsbericht heißt es u.a. über die militärische Verwendung: *„Auf Uran beruhende Energiequellen seien ideal für stationäre Anlagen des Heeres und der Wehrmacht im allgemeinen, wie für Schiffe, U-Boote und größere Panzer ... Die ungeheuere Bedeutung, die sich für die Energiewirtschaft im Allgemeinen und für die Wehrmacht im besonderen ergibt, rechtfertigt solche Vorausarbeiten um so mehr, als auch in den Feindstaaten, vor allem in Amerika, intensiv an dem Problem gearbeitet wird."* (14)

Laut Professor Heisenberg soll die Konferenz einen Durchbruch für die Atomprojekte gegeben haben: *„Im Frühjahr 1942 wurden zum ersten Mal große Fonds in Deutschland zur Verfügung gestellt, nachdem wir Rust bei dieser Tagung überzeugen konnten, daß wir unerschütterliche Beweise für die Durchführbarkeit der Sache hatten."* (15)

Besonders Heisenberg betätigte sich im großen Umfang für die deutsche Atombombe. Er machte schließlich auch eine entsprechende Karriere und wurde Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts. Er machte den wesentlichen Versuch, noch zu einem funktionierenden Reaktor zu kommen.

An der Unterredung 1942 nahmen neben Heisenberg auch noch Otto Hahn, Dr. Diebner, Harteck teil. Für die Industrie nahm ferner der Aufsichtsratsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke teil, für das Militär der Generaloberst Fromm u.a.. Heisenberg erläuterte die Wirkungsweise der Atombombe. Nach dem Gespräch führte Heisenberg Speer durch die Versuchsanlagen im Kaiser-Wilhelm-Institut.

Infolge des Gesprächs bewilligte Speer nach einer Unterredung mit Hitler den Bau eines speziellen Luftschutzbunkers mit Sonderausrüstung, der den ersten deutschen Uranreaktor aufnehmen sollte. Heisenberg erklärte den Reaktor zur entscheidenden Voraussetzung für den Bau der Bombe, da er keinen anderen Weg zur Beschaffung von Plutonium sah. Er erklärte, die amerikanische Bombe sei nach zwei Jahren zu erwarten. Heisenberg machte später diese Aussage zu einem reinen Friedensakt, er habe den Bau der Bombe verhindert. In einem Brief schrieb er: *„Ich war sehr glücklich darüber, daß uns jede Entscheidung abgenommen war, die damals ausgegebenen Führerbefehle*

Prof. Dr. Werner Karl Heisenberg, Nobelpreisträger, Göttingen

Nobelpreisträger Dr. Werner Heisenberg, einer der Initiatoren des Göttinger Appells der 18 Atomwissenschaftler gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik, gewährte in Göttingen dem Bonner ADN-Korrespondenten folgendes Interview:

(Auszug)

Frage: „Herr Professor, die Bonner NATO-Tagung schloß mit der Erklärung, daß alle NATO-Verbände, also auch die Bundeswehr, mit „modernsten Waffen", also auch mit Atomwaffen ausgerüstet werden müssen. Was sagen Sie zu dieser Erklärung?

Antwort: Ich hoffe, daß zwischen der NATO und der Sowjetunion eine Abrüstungsvereinbarung zustande kommt, die alle Atomwaffen aus dem Vorfeld der beiden Machtbereiche, sagen wir etwa den vordersten 1000 km, verbannt.

Frage: Die Erklärung des Ministers Strauß über die Ausbildung der Bundeswehr an atomaren Waffen is bisher in Bonn nicht dementiert worden. Sehen Sie darin einen Beweis dafür, daß die Bundesrepublik alle Voraussetzungen zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zum technisch frühesten Termin schafft?

Antwort: Ich nehme an, daß Entscheidungen von dieser Tragweite vorher vom Bundestag entschieden werden müssen.

Frage: Wie stehen Sie zu dem Aufruf der Atomphysiker der DDR und der Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, daß im Gebiet der DDR weder heute noch in Zukunft Atomwaffen erzeugt oder lagern werden?

Antwort: Ich bin mit dieser Erklärung einverstanden."

Das Interview wurde am 10. Mai 1957 vom ADN veröffentlicht.

Erst Bombenbauer für die Nazis – dann Atomwaffengegner? aus „Blaubuch"

verhinderten jeden großen Einsatz für Atombomben" (16)?!

Tatsächlich scheiterte das Bombenprojekt an den objektiven Schwierigkeiten. Allerdings ist Heisenbergs Selbstdarstellung nach dem Kriege äußerst verlogen, war er doch schließlich einer der Hauptpropagandisten der Bombe, der auf jeder Konferenz ihre militärische Bedeutung und technische Realisierung darlegte.

Das Scheitern des Bombenprojekts

Ende 1942 erteilte Speer dem Kaiser-Wilhelm-Institut die Dringlichkeitsstufe DE, die höchste Dringlichkeitsstufe, die bedeutete, daß dem Institut unbeschränkte Mittel und Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden mußten. Diese Dringlichkeitsstufe hatte nicht einmal das deutsche Raketenprojekt der V1 und V2.

Das Jahr 43 brachte mit der entscheidenden Kriegswende auch die entscheidenden Rückschläge in der Atomforschung. Die Degussa, die die Forschungsstätten mit Uranmetallen versorgte, wurde durch einen Luftangriff zerstört. Damit war die Uranversorgung bis zum Kriegsende unterbrochen. Auch die Schwer-Wasser-Zulieferung aus Norwegen wurde durch die Zerstörung des Werkes unterbrochen. Auch die Versuche mit den Uran-Meilern, die in vier Forschungsstätten geführt wurden, brachten keine brauchbaren Ergebnisse. Zwar wurde noch mit einer Finanzspritze im Hausplan 44/45, der 3,6 Mio RM vorsah, versucht, eine Wende zu erreichen (17). Dies war schließlich nicht mehr möglich. Die Anlagen mußten infolge des Kriegsverlaufes ständig verlegt werden. Uran wie auch schweres Wasser standen nicht mehr in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Als im Jahre 1945 die erste amerikanische Atombombe gezündet wurde, hatte das deutsche Atomprojekt wesentliche Grundfragen noch nicht gelöst. Weder war eine richtige Anordnung eines Atommeilers gefunden, noch das Problem der Urananreicherung gelöst.

Literaturliste

1. D Irving, „Der Traum von der deutschen Atombombe" Rororo, 1969, S. 17-22
2. Bagge, Diebner, Jay, „Von der Uranspaltung bis Calder Hall", 22 ff.
3. ebenda, S. 21
4. ebenda S. 20
5. D Irving, „Der Traum ...", S.33,34
6. ebenda, S. 36
7. ebenda, S.44
8. Bagge, „Von der Uranspaltung....", S. 35/36
9. D. Irving, „Der Traum...", S. 72
10. ebenda, S. 80
11. ebenda, S. 153
12. ebenda, S. 94
13. ebenda, S. 94
14. ebenda, S. 100
15. ebenda, S. 101
16. ebenda, S. 108
17. ebenda, S. 206

Schon unter den Nazis: Kistemaker im Dienst der deutschen Atombombe

Schon während des Krieges war der Holländer Kistemaker in das Atomprogramm der Nazis einbezogen, derselbe Kistemaker, der später Leiter für das Projekt der Ultrazentrifuge in Almelo wurde.

Die Canaris-„Abwehr" der Faschisten hatte in Amsterdam eine Scheinfirma Cellastic gegründet. Im Auftrag der Faschisten besuchte dann der Forscher Kistemaker aus Leiden Joliot Curie in Frankreich, um dessen Ergebnisse eines Baus einer Uranzentrifuge auszuforschen.

Die Versuche wurden u.a. in einem Labor der niederländischen Universitätsstadt Leiden fortgesetzt. Beteiligt war hieran u.a. J. Kistemaker, der spätere Direktor der Ultracentrifuge Nederland in Almelo. Obwohl die Niederlande seit 1941 von den Faschisten besetzt waren, konnte die Arbeit in dem Leidener Labor ungestört fortgesetzt werden; die Wissenschaftler des Labors schienen den direkten Schutz der Nazis zu genießen. Ohne Behinderung passierten sie die Landesgrenzen, u.a. reisten sie – im Auftrag von Cellastic – nach Paris, um dort Patente und Materialien für die Kernspaltung aufzukaufen. Es ist klar, was Cellastic von ihnen erwartete: Mitarbeit an der Entwicklung der deutschen Uranbombe!

Nach dem Krieg arbeitete Kistemaker, erst insgeheim, später ganz öffentlich, mit dem Entwickler des Ultrazentrifugal-Verfahrens bis 1945, Wilhelm Groth, zusammen. Beide bezogen den im Krieg als SS-Hauptsturmführer in Leiden stationierten Dr. Boettcher mit ein; Boettcher wurde später die Leitung der westdeutschen Kernforschungsanstalt in Jülich übertragen (in den Niederlanden war er wegen Kriegsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden). (Nach Hans Ramaer, De dans om het nucleaire kalf, Rotterdam 1974 und „De Nieuwe Linie", 16.2.77).

Die Versuche werden in Kistemakers Amsterdamer Labor fortgesetzt. Gegen dies Labor gab es in den 50er Jahren heftige Proteste; große Teile der Amsterdamer Bevölkerung und die Kommunistische Partei (CPN) gaben sich mit den abwiegelnden Erklärungen des Parlaments, die Versuche dienten „rein friedlichen Zwecken" nicht zufrieden, denn *„daß das ‚Kistemaker-Projekt' ... bei den erneuten Atom-Bestrebungen von Bonn eine Rolle spielt, war sonnenklar".*

In Amsterdam kam es während mehrerer Wochen zu Demonstrationen, Straßensperren und Kundgebungen unter den Forderungen: „Keine Hilfe an die westdeutschen Revanchisten" und „Für ein atomfreies Niederlande". Die Polizei prügelte die Demonstranten auseinander („De Waarheid", 4.12.76).

Hiroshima im August 1945

Nazi-Bombenbauer entwickeln BRD-Atomprogramm

Unter der Nazi-Herrschaft war es dem deutschen Imperialismus glücklicherweise nicht gelungen, eine Atombombe zu bauen. Bei Kriegsende hatten die USA sämtliches Material beschlagnahmt. Jede weitere Forschung auf dem Sektor war in Deutschland verboten. Doch schon unmittelbar nach dem Kriege versuchten dieselben Konzerne (wie Degussa, IG-Farben Nachfolger - Hoechst, Bayer, BASF-, Krupp etc.) und dieselben Personen, die auch unter dem Faschismus federführend am Atomprogramm beteiligt waren, den alten Bestand zu erhalten, bzw. eine neue Atomindustrie aufzubauen – in einer Zeit, wo die Atomforschung a u s s c h l i e ß l i c h unter militärischen Gesichtspunkten überall in der Welt betrieben wurde. Erst viel später – nämlich ab 1955 wurde überall in der Welt auf einmal die sogenannte „friedliche" Atomforschung „entdeckt". Erfahrungen – wie man im geheimen eine neue Atomindustrie aufbauen könnte – hatten die Kapitalisten schon in der Weimarer Zeit gesammelt:

„Es ist ein einmaliges Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen bösen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte ihre Wirksamkeit auch aus erklärlichen Gründen dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für des Reiches Wehrmacht bereitzustehen. (....)

Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums, aber auch aufgrund der mit dem Friedensmaterial inzwischen gewonnenen Erfahrungen, konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht und konnten dann auch die ganz neuen vielfältigen Probleme gemeistert werden." (Das Urteil von Nürnberg, München 1946, S. 23f zit. nach: „Graubuch", Berlin/DDR, April 1967). Dies ist die Einschätzung des Kriegsverbrechers Gustav Krupp von Bohlen und Halbach über die Zeit von 1919 bis 1933, die in dieser Form durchaus als Richtlinie für die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Atomindustrie zu verstehen ist.

Ein Musterprojekt ist die Ultrazentrifuge in Almelo, die als Teil des BRD-Atomprogramms in Holland steht, weil unmittelbar nach dem Kriege die Forschung weiter unter holländischer Flagge segelte und weil heute noch nach den internationalen Verträgen die BRD offiziell auf eigenen Gebiet keine solche Anreicherungsanlagen (über 2 %) bauen dürfte. Heute besitzt die BRD nicht nur ein gigantisches Atomprogramm, das Energie liefern soll, sondern mit dem jederzeit im großen Stil Atomwaffen in eigener Regie produziert werden könnte.

Will man den Verlautbarungen der Politiker Glauben schenken, so soll das Atomprogramm lediglich „Arbeitsplätze sichern", der Energieversorgung dienen, sprich den „Wohlstand" und „die Zukunft sichern", damit wir nicht eines Tages in „Bastschuhen" bzw. mit Kerzen in der Hand umherlaufen müssen. Dieses segensreiche Zukunftsprogramm wurde dann auch unmittelbar nach Kriegsende in Angriff genommen, zu einer Zeit, als überall in der Welt die Atomforschung und -industrie ausschließlich im Zeichen des Baus von Atombomben stand. Außerdem wurde dieses Programm ausgerechnet von den Wissenschaftlern und Firmen aus der Taufe gehoben, die schon während des Krieges fieberhaft den Bau einer Atombombe vorangetrieben hatten. Erst viel später, nämlich Mitte der 50er Jahre, wurde dann plötzlich die „friedliche Atomforschung" aus der Taufe gehoben.

Wir wollen hier zeigen, wie das Atomprogramm der BRD nahtlos aus dem alten Atomprogramm unter dem Faschismus, das auf die Atombombe zielte, herausentwickelt wurde.

1945 - 1955 Neuformierung der Atomindustrie

1946 wurden die ehemaligen Institute der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften", die unter dem Faschismus wesentliche Aufgaben bei der wissenschaftlichen Erforschung der Rüstungsprobleme beteiligt waren, Mitglieder der neugegründeten „Max-Planck-Gesellschaft" (MPG). Präsident wurde Max Planck, später, noch im selben Jahr nahm bezeichnenderweise Otto Hahn seine Stelle ein (weitere „Würdenträger" der MPG: Wilhelm Bötzkes wurde Vizepräsident (gleichzeitig Chef der Industrie-Kreditbank), Ernst Telschow wurde Generalsekretär und Hermann Reusch (Gutehoffnungshütte - GHH) wurde Schatzmeister der MPG).Somit war die MPG von vornherein eine Verbindung von den wissenschaftlichen Hochschulen und der Industrie. Die Benennung von Otto Hahn, dem Mitentdecker der Atomspaltung, zum Präsidenten zeigte auch nach außen hin, welche Forschungsziele vorrangig von der MPG und der Industrie gestellt wurden: die Weiterentwicklung der Nutzung der Atomenergie. So schlug die MPG dem damaligen Bundeskanzler Adenauer den Bau eines Forschungsreaktors von 0,5 MW vor, der sich diesen Wunsch zu eigen machte und ihn bei den Verhandlungen über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (1952 bis 1954, dann abgebrochen durch De Gaulle) vortrug. Der Bau und Betrieb eines eigenen „Forschungsreaktors" war naturgemäß zuerst einmal das wichtigste Anliegen der Atom-Lobby zur Erlangung der für weitere Projekte notwendigen Kenntnisse, die damals noch in allen anderen Ländern unter strenger militärischer Geheimhaltung standen. So bestanden seit 1952 drei Fachkommissionen, die den Bau eines bundeseigenen Forschungs-AKW's planen sollten:

a) Finanzierung – W. Bötzkes,
b) Urangewinnung – Franz Kirchheimer und
c) Moderatoren – Karl Wirtz, der

wie so viele andere Wissenschaftler unter den Faschisten sein Wissen bewußt und in verantwortungslosester Weise für das Atombombenprojekt zur Verfügung gestellt hatte. Auch damals war er bei der Produktion

und „Beschaffung" (in Norwegen) von Moderatoren (Schwerwasser) beteiligt. Demzufolge gründete sich dann am 8.11.1954 nach einigen Vorgesprächen die „Physikalische Studiengesellschaft", die einen ersten bundesdeutschen Forschungsreaktors realisieren sollte, der unter dem Faschismus nicht mehr realisiert werden konnte und der diesmal „Friedliche Anwendung der Atomenergie" sein sollte. Unter Vermittlung der Bundesregierung fanden die Gründungsgespräche statt zwischen H. Reusch (GHH), W. Bätzkes (Industrie-Kreditbank - IKB) und Wilhelm Alexander Menne, seines Zeichens Präsident des Kapitalistenklüngels „Chemieverband" und Vorstand von Hoechst (IG Farben-Nachfolger). Als Ergebnis der Gespräche beteiligten sich 16 namhafte Industriebetriebe mit je 100.000 DM an dem Vorhaben, einen Natururanreaktor zu bauen. Diese Entwicklung fand mit Wissen der „Alliierten" statt, denn die Realisierung des ersten Reaktors wurde durch etliche Reisen in die Länder, die damals führend in der Atomforschung waren, vorbereitet: *„Da die meisten Mitglieder* (der später gegründeten Atomkommission - Red.) *über gute internationale Beziehungen verfügten, hatte man schon nach kurzer Zeit einen Überblick über die weltweite Entwicklung. Das galt nicht nur für die Industrie, sondern erst recht für die Wissenschaftler, die schnell ihre alten Verbindungen wiederhergestellt hatten"* (nach: Winnacker/Wirtz, „Das unverstandene Wunder - Kernenergie in Deutschland", S. 94). So nahm Wirtz 1953 an einer internationalen Atomenergiekonferenz in Stockholm teil, 1955 fuhr StrauSS, Otto Haxel, Gerhard Geyer (Vorstand ESSO) in die USA, vor der Reise in die USA besuchten StrauSS und K. Wirtz Großbritannien, um die dortigen Anlagen zu besichtigen (im wesentlichen Gas-Graphit-Reaktoren für militärische Plutoniumerzeugung und alle anderen Anlagen des Brennstoff"kreislaufs"). 1956 fuhr Erich Bagge in die UdSSR usw. (E. Bagge war mit einer der Initiatoren für das faschistische Atombombenprojekt, der im Gegensatz zu den Forschern, die nach dem Kriege in englischer Internierung behaupteten, sie hätten gar nicht die Absicht gehabt, eine Atombombe zu bauen, sich ausdrücklich davon abgenzte: „diese Aussage träfe wohl nicht auf alle zu")

In diesen Jahren wurden die Grundsteine für die westdeutsche Atomindustrie gelegt, die interessierten Unternehmen und Konzerne wurden (erstmal) zu „Studiengesellschaften" zusammengefaßt und durch die Gründung der MPG sich der Mitarbeit der wichtigsten Wissenschaftler versichert, ebenso wie die forschungspolitischen Zielvorstellungen angegeben, um dann nach den erfolgreichen Verhandlungen über die volle westdeutsche Souveränität voll loslegen zu können.

Neben diesen „offiziellen" Kontaktaufnahmen wurde in dieser Zeit natürlich auch auf geheimer Ebene die ersten Vorbereitungen getroffen. Die Aktivitäten in den Niederlanden sind ein Beispiel dafür. Auf dem Gebiet der Uranerzbeschaffung wurden die Arbeiten während der Jahre – 1955 nicht eingestellt: *„Aufbauend auf den während des Krieges gesammelten Erfahrungen gelang es aber, die für die Herstellung von Uranmetall benötigten Anlagen weiterzuentwickeln und an ausländische Interessenten zu verkaufen. Aus den damit zusammenhängenden Diskussionen konnten wertvolle Erfahrungen für die unmittelbar nach Wiedererlangung der deutschen Souveränität mit Arbeiten auf diesem Gebiet begonnen werden"* („atw", 12/57 nach „Das Bonner Kernwaffenkartell"). Und auch der Kriegsverbrecher Flick streckte selbst in der Knastzeit seine Fühler für die Urangewinnung aus: *„Flick, der damals noch im US-Gefängnis Landsberg einsaß, (....) (nahm) das 'Risiko' auf sich, die Prospektionsarbeiten zu finanzieren und gegenüber dem alliierten Sicherheitsdienst abzudecken"* ("Das Bonner Kernwaffenkartell", S. 42).

Die „Pariser Verträge" - Startschuß für den hemmungslosen Ausbau der Atomindustrie

Als durch die Zündung der sowjetischen Atombombe 1949 und der britischen 1952 das amerikanische Atomwaffenmonopol gebrochen war, schaltete der US-Imperialismus von strengster Geheimhaltung der Atomforschung um auf eine gezielte Propagierung der „Friedlichen Nutzung" der Atomenergie. So wurde 1955 unter großem Getöse eine internationale Konferenz „Atoms for Peace" abgehalten, auf der Eisenhower allen teilnehmenden Staaten den Kauf von Atomkraftwerken und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomforschung wärmstens empfahl. Dahinter steckten von Seiten des US-Imperialismus die Linie, zu verhindern, daß noch weitere Staaten auf eigene Faust Atomforschung betrieben.

Durch das Anbieten von amerikanischer Atomtechnologie selbstverständlich unter amerikanischer Kontrolle, wollte sich der US-Imperialismus nach Durchbrechung seines Monopols zumindest eine möglichst weitgehende Kontrolle sichern. Zugleich sollte durch diese „Atom für den Frieden" (?!) -Kampagne internationale Kritik an der Entwicklung der Wasserstoffbombe abgeblockt werden. So wurde im Folge dieser Politik gerade direkten Verbündeten des US-Imperialismus der Zugriff zu einer eigenen atomaren Aufrüstung unter dem Deckmantel „friedlicher" Nutzung ermöglicht.

Im Rahmen dieser Politik wurden am 5.5.1955 die sogenannten Pariser Verträge abgeschlossen, die der BRD weitgehende Souveränität einräumten, auch auf dem Gebiet der Atomentwicklung: *„Mit dem 5. Mai 1955 – dem Tag, an dem die Bundesrepublik Deutschland infolge Abschluß der Pariser Verträge ihre volle Souveränität erhielt – war sie auch auf dem Gebiet der Atomenergieentwicklung zehn Jahre nach Kriegsende frei"* (Winnacker/Wirtz, S. 50). Ausdrücklich verboten war der BRD aufgrund dieser Verträge die Produktion von Waffen vielfältiger Art auf eigenem Boden: *„Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, die in dem beiliegenden Verzeichnis in den Absätzen 1, 2 und 3 aufgeführten Atomwaffen, chemischen und biologischen Waffen in ihrem Gebiet nicht herzustellen (...)"* (Protokoll Nr. III vom 23.11.54 über die Rüstungskontrolle, Teil der Pariser Verträge). Nach diesen Verträgen darf die BRD bis heute (!) auf eigenem Boden kein Plutonium oder über 2,1 % angereichertes Uran herstellen. Wurden die Verträge anfangs zumindest offiziell eingehalten, so stellte StrauSS klipp und klar fest, daß die Pariser Verträge so nur aus taktischen Gründen verabschiedet worden seien: *„Jeder Verzicht wird unter den Voraussetzungen ausgesprochen, daß von Zeit zu Zeit zu prüfen ist, ob die Voraussetzungen, unter denen dieser Schritt erfolgt ist, noch zutreffen"* („Mittag", Düsseldorf, 27.8.65 nach „Das Bonner Kernwaffenkartell", S. 26).

Unter dem Segel der „friedlichen" Atomforschung bzw. Atomindustrie wurden gleichzeitig die Atomwaffenproduktionsstätten errichtet, wo oft nur kleine Handgriffe ausreichen: So gab auch Stoltenberg (damals Atomminister) zu, daß *„gewisse Grundlagenentwicklungen, gewisse Ausgangsstoffe, etwa die Brennstoffe, ja für die zivile Nutzung und militärische Verwendung gleich oder zumindest verwandt"* sind (nach „Graubuch", Seite 138, Interview im ZDF vom 7.2.67).

Ab 1955 begannen insgesamt sechs Firmen und eine Unternehmensgruppe die Atomenergie auf ihre Fahnen zu schreiben. Es waren dies

- AEG, Frankfurt/M. (Siedewasserreaktoren unter Lizenz von General Electric);
- BBK (Brown Boveri/Krupp Reaktorbau GmbH, gemeinsames Unternehmen von Krupp und BBC – Entwicklung von gasgekühlten Hochtemperatur-Reaktoren);
- Deutsche Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke AG (Magnox-Reaktoren);

- GHH, Gutehoffnungshütte Sterkrade AG;
- Interatom, Internationale Reaktorbau GmbH, Bensberg (Tochtergesellschaft der DEMAG (gleichfalls im Flugzeugbau beteiligt) und der Atomics International, organisch moderierter und gasgekühlter Reaktor);
- MAN, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG;
- SSW (Siemens-Schuckert-Werke AG, später Siemens AG, Erlangen, Schwerwasserreaktoren nach dem Druckröhrenprinzip und Leichtwasser-Druckwasser-Reaktoren unter Lizenz von Westinghouse).

Von diesen ursprünglich eigenständigen Firmen blieben im Laufe der Monopolisierung der Atomindustrie nur noch drei Gruppen übrig:

1969 Bildung der KWU (ab 1.1.77 100 % Siemens), keine Abhängigkeit mehr von den amerikanischen Lizenzen. Die KWU baut Siedewasserreaktoren und Druckwasserreaktoren. Die Interatom wurde 100 %ige Tochter der KWU und versucht den Schnellen Brüter zu entwickeln, ebenfalls 100 %ige Tochter der KWU ist die mit dem Hochtemperaturreaktor befaßte GHT. 1972 bildet sich die BBP (Babcock Brown Boveri Reaktor GmbH, Mannheim, 74 % Babcock und Wilcox USA und 26 % die BBC, Mannheim), die ebenfalls Druckwasserreaktoren baut. Gleichfalls 1972 wird die HRB gegründet (Hochtemperatur-Reaktorbau, Köln) von BBC und Gulf General Atomics (USA).

Zu Beginn der Entwicklung waren die westdeutschen Konzerne jedoch noch weitgehend abhängig von den westlichen Atomstaaten (USA, GB). Die BRD war insbesondere durch die USA besonderen Eigentumsrechten und der Pflicht zum Austausch der Forschungsergebnisse unterworfen. So beklagte sich die „Atomwirtschaft" (6/57) 1957 darüber, *„daß das Eigentum an importierten Reaktoren und sonstigen für den Reaktorbetrieb erforderlichen Ausrüstungen und Materialien keine uneingeschränkte Sachherrschaft verschafft, sondern mit vielen Belastungen rechtlicher und tatsächlicher* (?!) *Art versehen auf den Käufer übergeht"* (zit. nach „Das Bonner Kernwaffenkartell", S. 33).

Am 22.6.55 wurde zwischen den USA und der NATO ein Abkommen über den Austausch von Informationen über die atomare Rüstung abgeschlossen. Zusätzlich fanden weitere bilaterale Abkommen von westeuropäischen Ländern mit den USA statt über die „Zusammenarbeit in der Verwendung der Atomenergie zum Zwecke gemeinsamer Verteidigung". Ein solches Abkommen wurde auch mit der BRD, allerdings erst 1959 und unter strenger Geheimhaltung des Wortlautes des Abkommens, abgeschlossen.

Die „Deutsche Atomkommission"

Am 26. Januar 1956 wurde die „Deutsche Atomkommission", deren Aufgabe es war, abgeschlossen vor der Öffentlichkeit die Interessen der Industrie und des Staates zu koordinieren. Entsprechend saßen in ihr vorwiegend Vertreter der beteiligten Industrie und des Staates:

Vorsitzender wurde zu Beginn StrauSS, Stellvertreter Otto Hahn, Leo Brandt (Staatssekretär NRW), Karl Winnacker (Hoechst AG) u.v.a. (siehe Aufstellung). Die vertretenen Unternehmen und Banken: Deutsche Bank (größte westdeutsche Monopolbank), AEG, HEW, Esso, Allianz, Bayer (IG-Farben-Nachfolger), Siemens, Hoechst (IG-Farben), Metallgesellschaft, GHH, Demag, RWE, Handwerkskammer, Mannesmann. In dieser Kommission ist ein großer Teil der ehemaligen „Wehrwirtschaftsführer" etc. vereinigt: Abs (über die Deutsche Bank entscheidenden Einfluß auf die Rüstungsbetriebe DEGUSSA, Demag, Kali-Chemie), Boden (auch damals Vorsitzender der AEG, Beauftragter der Faschisten für Wirtschaftsfragen in Ungarn), Knott (Wehrwirtschaftsführer, SSW), Reusch (GHH, MAN, u.a., Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft im besetzten Jugoslawien, für die Ausplünderung der jugoslawischen und griechischen Wirtschaft verantwortlich), Scheibe (Mitglied des Reichsforschungsrates, NSDAP, SA, Reichskolonialbund), Winkhaus (Mannesmann, Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie) und auch Winnacker nimmt seine Erfahrungen aus dem Kriegsverbrecherkonzern IG Farben (Hoechst) mit in die Kommission!

Dieser illustre Kreis, der sich „per Handschlag" der Geheimhaltung versicherte, blieb auch unter der Führung von Stoltenberg als späterer Bundesminister für wissenschaftliche Forschung insbesondere auf der Seite der Industrie nahezu unverändert, lediglich einige der beteiligten Wissenschaftler und einige sehr wenige Wirtschaftsvertreter wurden ausgewechselt (als einziger Industriebetrieb kommt noch BBC hinzu). Über mindestens 13 Jahre lang hinweg war somit dieses entscheidende „Beratungs"gremium unter leitender Regie einschlägiger „Wirtschaftsführer"!

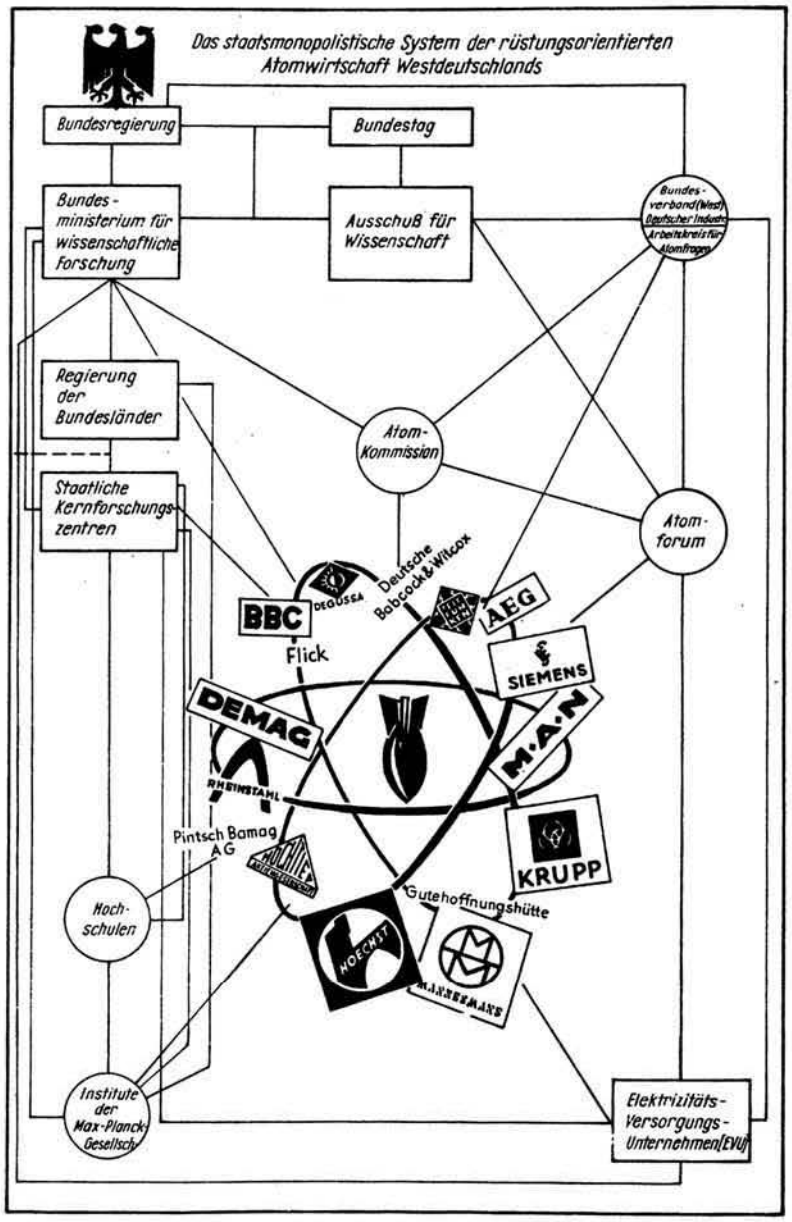
Vor dem Hintergrund der beteiligten Konzerne und Vertreter ihrer faschistischen Vergangenheit mutet es mehr als ein schlechter Witz an, wenn der einstige BMfW, Lenz, meint: *„Die Mitglieder der Gremien der Deutschen Atomkommission, die als leitende Persönlichkeiten, aus For-*

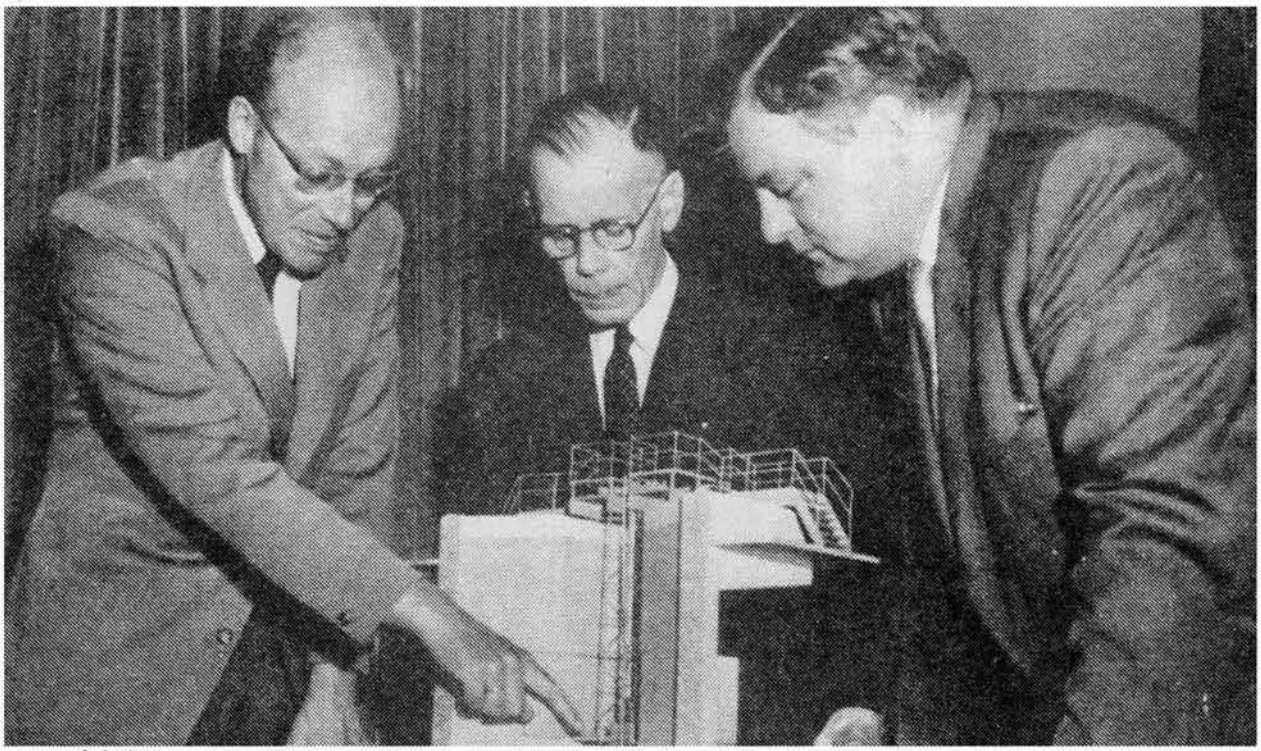
Mitglieder der Deutschen Atomkommission, gebildet am 26. Januar 1956

Bundesminister Franz Josef Strauß – Vorsitzender –
Dr. Hermann J. Abs (Deutsche Bank AG, Frankfurt)
Dr. Hans C. Boden (AEG, Frankfurt)
Prof. Dr. Leo Brandt (Staatssekretär Nordrhein-Westfalen)
Prof. Dr. Ernst von Caemmerer (Universität Freiburg/Br.)
Dr. Rupprecht Dittmar (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg)
Dr. Richard Fischer (Hamburgische Electricitäts-Werke AG, Hamburg)
Gerhard Geyer (Esso AG, Hamburg)
Dr. Hans Goudefroy (Allianz Versicherungs-AG, München)
Prof. Dr. Ulrich Haberland (Bayer AG, Leverkusen)
Prof. Dr. Otto Hahn (Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen)
Prof. Dr. Otto Haxel (Universität Heidelberg)
Prof. Dr. Werner Heisenberg (Max-Planck-Institut für Physik, Göttingen)
Prof. Dr. Gerhard Hess (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg)
Dr. Carl Knott (Siemens AG, Erlangen)
Dr. Wilhelm Alexander Menne (Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt)
Dr. Alfred Petersen (Metallgesellschaft, Frankfurt)
Dr. Hermann Reusch (Gutehoffnungshütte Sterkrade AG, Oberhausen)
Dr. Hans Reuter (Demag AG, Duisburg)
Prof. Dr. Wolfgang Riezler (Universität Bonn)
Ludwig Rosenberg (Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf)
Prof. Dr. Arnold Scheibe (Universität Göttingen)
Dipl.-Ing. Heinrich Schöller (RWE, Essen)
Prof. Dr. Gerhard Schubert (Universität Hamburg)
Dipl.-Ing. Georg Schulhoff (Handwerkskammer Düsseldorf)
Dr. Hermann Winkhaus (Mannesmann AG, Düsseldorf)
Prof. Dr. Karl Winnacker (Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt)

schung und Industrie außerordentlich stark belastet sind (es kommen einem die Tränen!), *haben sich dennoch dieser im öffentlichen Interesse liegenden Arbeit* (?!) *niemals entzogen, sondern erfüllen ihre Aufgaben der Kommission mit hohem Verantwortungsbewußtsein. Der Staat hat also offenbar die Möglichkeit, den Bürger an der Gestaltung des gemeinsamen Schicksals wesentlich stärker zu beteiligen, als es im herkömmlichen Rahmen oft der Fall zu sein scheint*"!! („10 Jahre Kerntechnik in der Bundesrepublik Deutschland", „Deutsches Atomforum", Heft 14, zit. nach „Das Bonner Kernwaffenkartell", S. 56).

Mitte der 60er Jahre hatten diese „verantwortungsbewußten" Atomtreiber ihr Ziel schon weitgehend erreicht, die BRD war zur potentiellen Atommacht aufgestiegen: *„Bader, der Berater des außenpolitischen Senatsausschusses in internationalen Angelegenheiten (gemeint der USA) ist, meint: ‚Die westdeutschen Fortschritte in nuklearer Technologie sind beeindruckend. Sie erwecken den Eindruck, daß die Deutschen das Fundament für ein Waffenprogramm legen (...), wenn die gegenwärtigen Pläne ausgeführt werden, könnte Westdeutschand in wenigen Jahren nicht nur einer der führenden Wettbewerber auf dem Gebiet der kommerziellen Nukleartechnologie werden, sondern auch eine Bombe in sehr kurzer Zeit bauen können, heißt es in einer (US-) Studie"* („SZ", 22.6.66 nach Graubuch, S. 121) und auch die Zeitschrift „Combat" (17.2. 67) berichtet, daß die BRD *„die wissenschaftlichen Probleme, wie sie eine atomare Bewaffnung stellt, gemeistert haben".*





„ ... und da kommt dann die Bombe für Sie heraus"

Atomforschungszentrum der BRD — Zentrum der A-Waffen-Forschung!

Schon früh schuf sich die BRD geeignete Forschungszentren, die die notwendige Grundlagenforschung für ein eigenständiges Atomprogramm schaffen sollten, aber auch von Anfang an bestimmte militärische Anwendungsbereiche untersuchten. Zugleich wurden von diesen Forschungszentren gezielt mit Staaten, die ebenfalls an der Entwicklung eigenständiger Atomprogramme und eigener Atomwaffenproduktion arbeiten, zusammengearbeitet.

Zudem ist die BRD durch die Größe der Atomforschungszentren jederzeit in der Lage, nicht nur Atomwaffen zu entwickeln, sondern eine regelrechte Produktion aufzunehmen! Des weiteren zeigt sich gerade an der Entwicklung der Großforschungsstätten, daß die Atomforschung nahtlos an die Rüstungsproduktion unter den Faschisten anknüpft: zum einen sind dieselben Konzerne, die damals zum Teil als Kriegsverbrecher verurteilt wurden, und ein großer Teil der Wissenschaftler, die auch schon den Faschisten gedient haben, heute wieder führend an der Entwicklung einer westdeutschen Atomindustrie beteiligt.

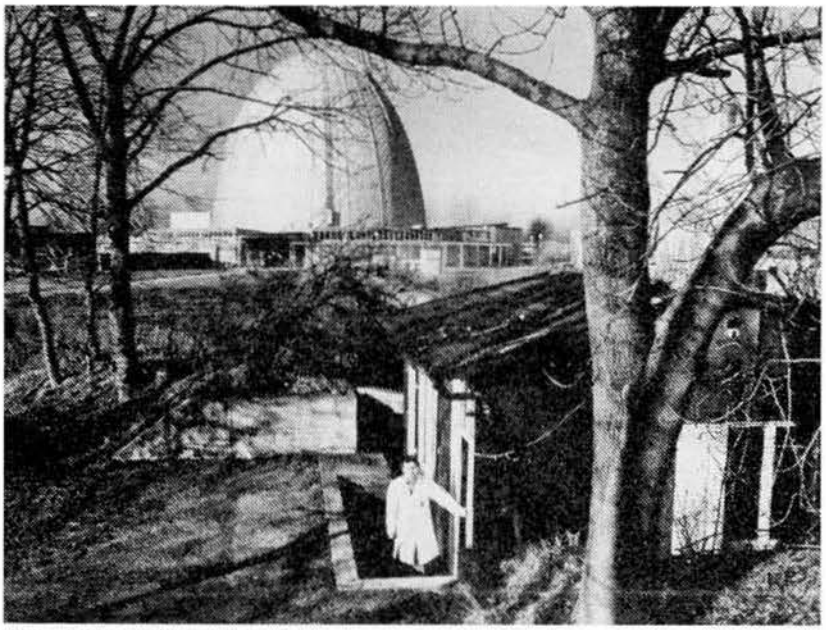
Garching

In Garching entwickelte sich das erste Kernforschungszentrum, das heute vornehmlich an der Erforschung der Kernfusion arbeitet, wobei diese Kenntnisse Grundlagen für den Bau eigener Wasserstoffbomben sind. In diesem Licht erscheint auch das „Kattara"-Projekt in Ägypten (s. AK 119, S. 46 vom 12.12.77) mit recht deutlichen Konturen: Dort soll nach einer Initiative des Siemens-Konzerns (Prof. Bassler) durch ein die Kattara-Senke vom Mittelmeer trennendes Gebirge mit 213 Wasserstoffbomben ein Graben gesprengt werden, um den Höhenunterscheid zur Energiegewinnung zu nutzen. Dieses Vorhaben, bei dem die BRD führend beteiligt ist, bietet den westdeutschen Rüstungskonzernen die einmalige Chance, nach eigenen Bedingungen eine Versuchsreihe von über 200 H-Bomben auszuwerten. So schreibt die „New York Times": *„Es gibt keine Unterscheidung einer militärischen von einer friedlichen Nuklearexplosion, (...). Und Versuchsexplosionen sind unabdingbar für die Waffenentwicklung"* (zit. nach AK 119)!

Karlsruhe

Ein weiteres Atomzentrum entstand seit 1956 in Karlsruhe. Dort wurde am 19.7.56 die „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft" (KBB) gegründet. Das Ziel der Gesellschaft war, einen eigenen Reaktor zu entwickeln, der ursprünglich 40 Mio. DM kosten sollte. Als Vorbild für Karlsruhe bezeichnete der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg das englische Atomforschungszentrum Harwell, das damals jährliche Aufwendungen von ca. 160. Mio. DM hatte! Im Aufsichtsrat der GfK saßen einflußreiche Vertreter der Industrie, wie z.B. K. Winnacker (Hoechst, DAK) und P. Bousset (Direktor der Siemens AG). Neben der Entwicklung eines eigenen Reaktors (der 1961 in Betrieb genommen wurde) wurden in der GfK schwerpunktmäßig folgende Arbeitsgebiete angegangen:

– Entwicklung Schneller Brutreaktoren (KNK I und II) zusammen mit Interatom;
– Entwicklung der Plutomiumbearbeitung und Gewinnung;
– Betrieb eines Mehrzweckforschungszentrums (MZFR, von Siemens geliefert), der sich u.a. dafür eignete, durch Verkürzung der Abbrandzeiten (er besaß eine automatische und fernsteuerbare Ladeeinrichtung für den Brennelementwechsel während des Betriebes) die Produktion von Plutonium durch den Reaktor zu untersuchen;
– Aufbau einer Versuchsanlage zur Wiederaufbereitung von bestrahlten Brennelementen (WAK) und Wiedergewinnung des Urans und Plutoniums. Diese Anlage wurde nach demselben Verfahren, wie die Anlage in MOL (Belgien), eine Anlage der Euroatom, an deren Erfahrungen auch die BRD beteiligt war, errichtet. Da die Atomindustrie sich nicht mehr auf die Aufarbeitung im Ausland verlassen wollte (Pretsch, Leiter der Abteilung für Kernforschung im BMfF nach „atw" 1/65), wurde anfangs insbesondere für die Aufarbeitung der Brennelemente des MZFR die WAK aufgebaut. Bezeichnenderweise wurde das Angebot der Eurochemic, die Brennstäbe des (plutoniumproduzierenden) MZFR aufzuarbeiten, abgelehnt,



Das „Atom-Ei" von Garching

– Entwicklung des Hochtemperaturreaktors zusammen mit AEG, der GHH und MAN.

Die GfK ist heute das zweitgrößte Institut nach der Anlage in Jülich (1977: 3.241 Mitarbeiter, 293 Mio. DM jährliche Mittel).

Karl Winnacker

Direktor des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben. Nach '45 bei Hoechst, Stellvertretender Leiter der Atomkommission, Präsident des Atomforums, Präsident des westdeutschen Verbandes der chemischen Industrie.

Walther Schnurr

seit 1934 in der faschistischen Rüstungsindustrie, IG Farben in der Abteilung beschäftigt, die sich mit der Herstellung von Giftwaffen befaßte. Nach '45 Mitglied der Geschäftsführung der GfK.

Jülich

Am 11.6.58 wurde mit dem Bau der KFA Jülich begonnen und sie blieb bis zum 31.12.67 eine Einrichtung von NRW. Die KFA wurde als e.V. gegründet. Das Trägermitglied (sprich Finanzierungsmitglied) war das Land NRW. Die weiteren Mitglieder waren neben den Hochschulen des Landes so ziemlich alle Unternehmen von Rang und Namen und der größte Teil mit Rüstungserfahrungen aus dem Faschismus:

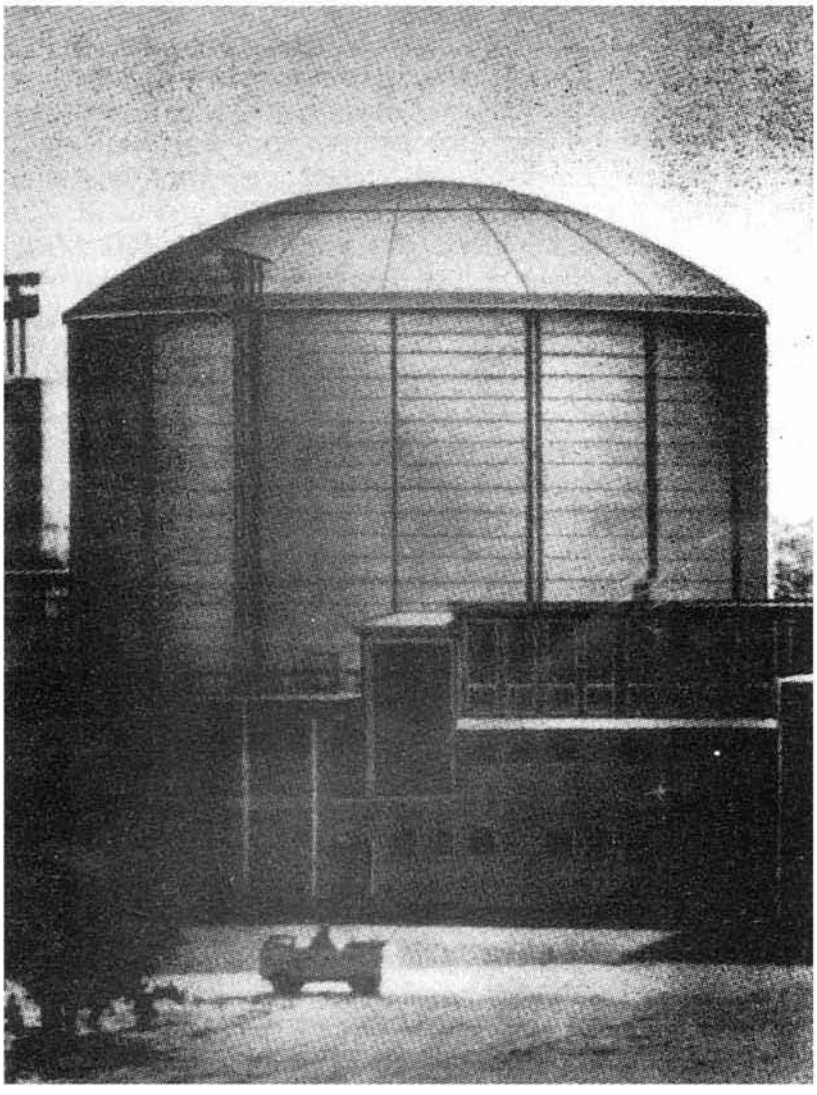
1962: AEG, BBC, DEGUSSA, DEMAG, Gelsenberg, Henschel, Krupp, Mannesmann, Siemens, Rheinstahl.

1970: AEG, Bayer, BBC, Gelsenberg, GHH, Interatom, Kali-Chemie, Krupp, Mannesmann, Nukem, RWE, Rheinstahl, Siemens, Thyssen.

1974: Rhein. Braunkohle, BASF, Mannesmann, Krupp, Interatom, KWU, VEW, Badische Stahlwerke (Korf, HSW), BBC, GHH, Schlieker, RWE im Beirat der Industrie der KFA.

Ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt der KFA ist die Entwicklung der Urananreicherung mit der Ultrazentrifuge , die wesentliche Erkenntnisse für die Anlage in Almelo geliefert hat.

Am 5.12.67 wurde die KFA von einem e.V. in eine GmbH umgewandelt, deren Kosten sich der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen je zur Hälfte teilten.



Forschungsreaktor in Jülich für bombenreines Uran

Wolfgang Cartellieri

1919 aktiv an der Niederschlagung der bayrischen Räterepublik beteiligt; Freiwilliger beim Grenzschutz Ost; Teilnahme an den Freikorpskämpfen in Oberschlesien; 1924 - 1935 Mitglied des Stahlhelm; seit 1921 Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei; seit 1936 NSDAP; Mitglied des Nazi-Juristenbundes, des Soldatenbundes und des Reichskolonialbundes. Nach '45 von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen ... seit 1959 im Bonner Atomministerium als Staatssekretär, Vertreter des Bundes bei der KFA Jülich.

Wilhelm Groth

Zusammen mit Harteck Initiator des nazideutschen Atomprogramms, dort an der Entwicklung beteiligt. Gleichfalls 1939 bis 1942 an „Sonderproblemen" bei der IG Farben beschäftigt. Seit 1937 NSDAP, seit 1939 politischer Leiter in der NSDAP. Nach 1945 in Jülich (vorher Hamburg) Mitglied des Wissenschaftlichen Rates und Leiter der Gruppe „Physikalische Chemie" in Jülich. Mitglied des Atomforums im Verwaltungsrat und Mitglied der Atomkommission.

Wilhelm Fucks

Seit 1937 NSDAP, Personal- und Pressererent im NS-Studentenbund, Mitglied der SA. Nach '45 Mitglied des wissenschaftlichen Rates in Jülich, Mitglied Atomkommission.

Konrad Beyerle

Während des Faschismus mit der technischen Erstellung der Zentrifugenanlagen betraut. Nach '45 arbeitete er an demselben Projekt in Jülich unter dem Forschungstitel: „Bau und Erprobung von (...) Motoren für den Drehzahlbereich 30.000 bis 60.000 U/min für kerntechnische Meßzwecke" – eine sehr unscheinbare Umschreibung für Ultrazentrifuge.

Alfred Boettcher

Direktor der DEGUSSA vor 1945 somit führend an der nazideutschen Produktion der Atombombe und anderer Geheimwaffen beteiligt. Nach '45 Vorstand der KFA Jülich, leitend bei DEGUSSA, später Vertreter der Gelsenberg in Jülich.

Hans Grosse

Leitender Ingenieur der Junkers-Werke, Luftwaffenrüstung; Freikorpsmitglied beim Kapp-Putsch, SA, Nach '45 Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der KFA Jülich und dortiger Leiter des Instituts für Reaktorbauelemente.

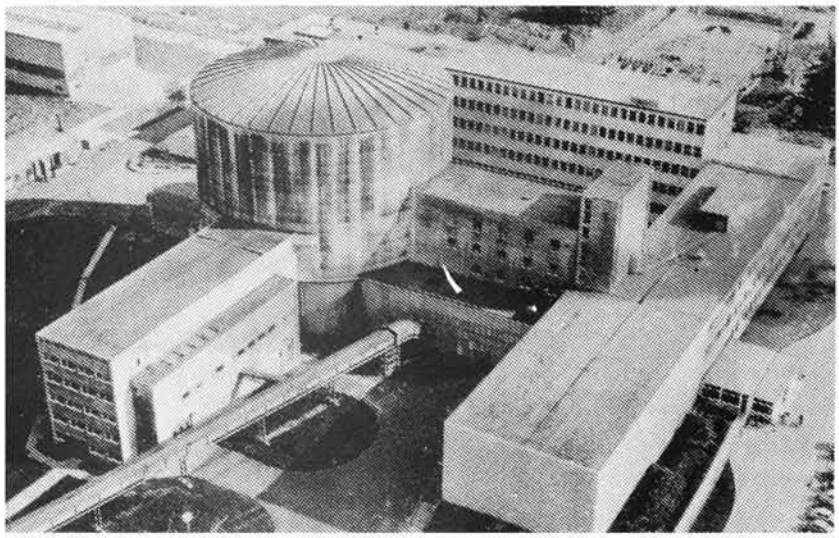
August-Wilhelm Quick

Konstruktionsleiter im Junkers -Luftrüstungskonzern, Leiter des Instituts und Versuchsanstalt für Luftfahrt (Göring). Heute Leiter des Instituts für Luftfahrt an der TH Aachen und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates in Jülich.

Ein weiteres wichtiges Institut ist die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH (GKSS) in Geesthacht, deren Leiter Erich Bagge ist, der ebenfalls einer der wesentlichen Initiatoren für die Entwicklung an der Atombombe unter den Faschisten war.

Erich Bagge

Wesentlich beteiligt an der Entwicklung des faschistischen Atomplans. Bedauerte noch während der Haftzeit bei den Engländern, daß die faschistische Atombombe nicht rechtzeitig fertiggeworden sei. Nach '45 Leiter der GKSS, dort mit der Entwicklung atomgetriebener Schiffe befaßt.



Atomforschungszentrum Karlsruhe

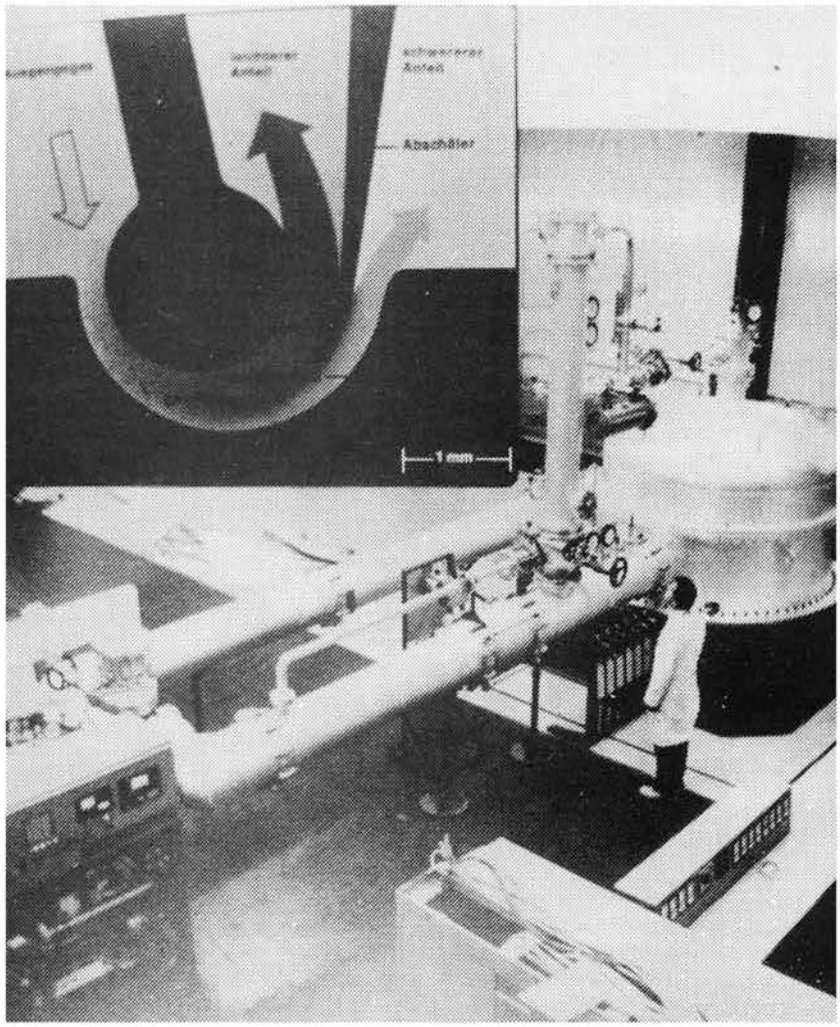
BRD liefert Bombe für Israel

An internationaler Zusammenarbeit tat sich die GHL besonders hervor. So wurde mit Unterstützung der GFK in den 60-er Jahren in Israel das Chaim-Weizmann-Institut in Rohovoth aufgebaut, unter wesentlicher finanzieller Beteiligung westdeutscher Unternehmen wie der Fritz-Thyssen-Stiftung und der Stiftung Volkswagenwerk. Die Forschungsergebnisse standen durch Vertrag auch den westdeutschen Atomforschern zur Verfügung. Schon im März 1960 wurde zwischen Adenauer und Ben Gurion ein Geheimvertrag abgeschlossen, der neben der Lieferung von diversen konventionellen Waffen für 320 Mio. DM auch die verstärkte Beteiligung der BRD an *„Israels atomarer und bakteriologischer ‚Forschung'"* vorsah (nach: „Graubuch", Seite 149). Es sind *„über 70 westdeutsche Atomwissenschaftler unmittelbar im Chaim-Weizmann-Institut tätig"* und der „Schirmherr" als Beauftragter der Thyssen-Stiftung war zynischerweise der CDU-Abgeordnete Kurt Birrenbach, der *„während des Faschismus ein berüchtigter SA-Schläger bei Judenprogromen"* („Das Bonner Kernwaffenkartell", Seite 16) war, was der Zusammenarbeit der BRD mit den Zionisten eine besonders abscheuliche Note verleiht.

Die Zusammenarbeit wurde im weiteren durch eine enge Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft erweitert. Die ausgehandelten Forschungsverträge wurden der Verschleierung halber über eine Tochtergesellschaft der MPG, der „Minverva" (eine Gesellschaft zur „Förderung ausländischer Institute") abgeschlossen. Diese Zusammenarbeit war ganz offensichtlich äußerst „fruchtbar", konnte doch die Presse schon 1967 vermelden, daß Israel innerhalb weniger Jahre eigene Atomwaffen produzieren könne und die „dpa" meldete am 28.3.67, *„daß nach amerikanischen Zeitungsberichten (...) Israel bereits Isotopentrennanlagen besäße"* (nach „Graubuch", Seite 150). Nach einer Meldung der „Times" vom 3.10.74 ist die israelische Atombombe mit Hilfe israelischer Atomphysiker im Atomforschungszentrum Karlsruhe hergestellt worden! So konnten die Zionisten in den letzten Jahren immer offener gegenüber den arabischen Staaten mit der Atombombe winken!

Bombe für Südafrika

Ein weiteres Zentrum der internationalen Zusammenarbeit mit der GfK ist die Republik Südafrika (RSA), die schon seit vielen Jahren und ähnlich „fruchtbar", wie die mit Israel läuft. Vorster verhehlt kaum noch, daß die RSA in der Lage ist

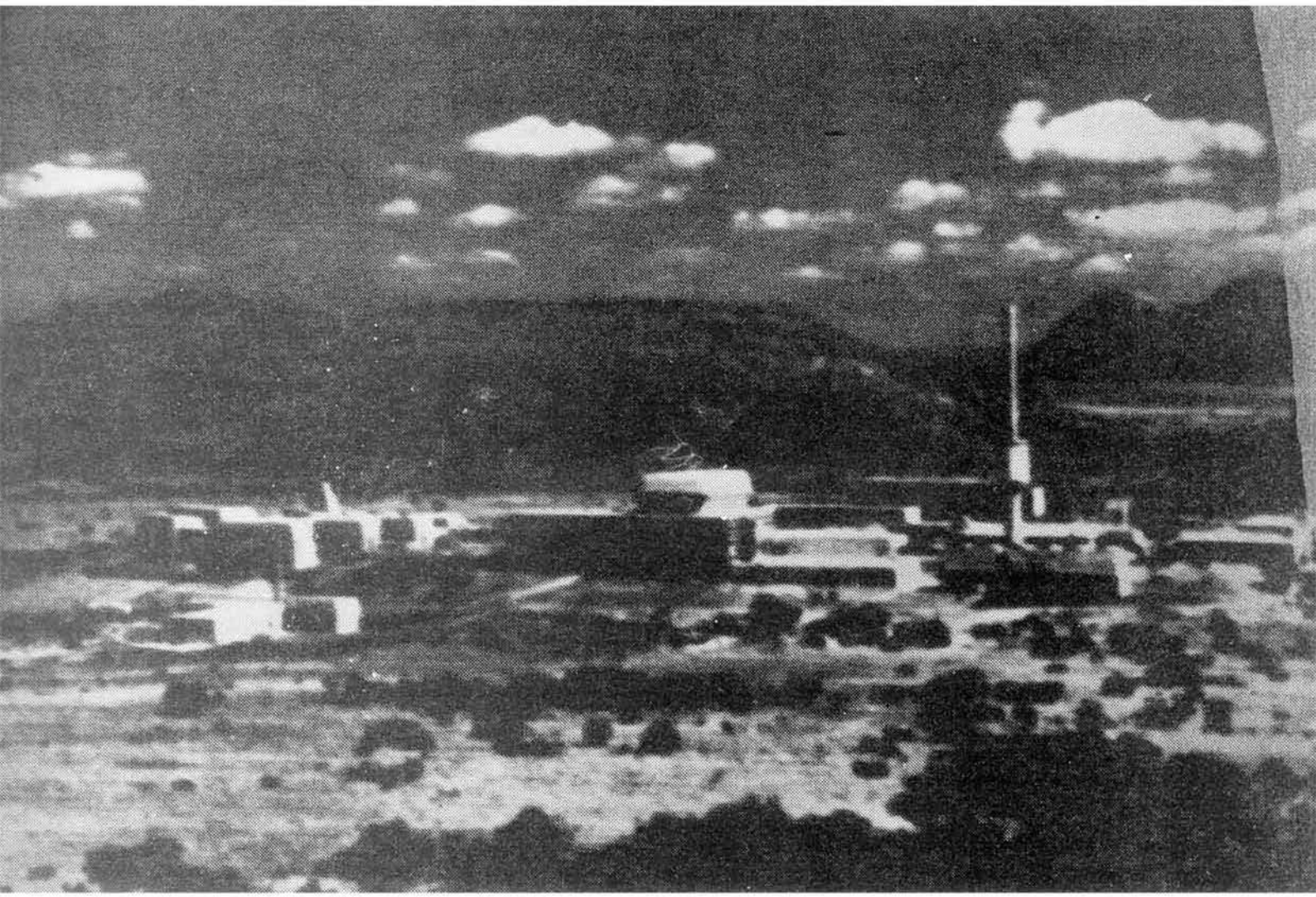


Trenndüsen in Karlsruhe

eine Atombombe zu bauen und auch einzusetzen! Die Bedeutung der RSA für die BRD liegt auch darin begründet, daß die RSA auf geschätzten 20% der Uranreserven sitzt. Die Kontakte der BRD-Spitzen bestehen schon seit vielen Jahren, die Beziehungen werden regelmäßig und intensiv gepflegt. So gehört Abs zu den regelmäßigen Besuchern der RSA, kein Wunder, wenn man bedenkt, daß der Finanzminister Diederichs früher bei der Kriegsverbrecherbank von Abs angestellt war. Über den deutschen Atomphysiker Verleger (seit 1955 an der Uni Pretoria, vor und während des Krieges an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, politischer Leiter in der NSDAP, SA), lief die Verbindung mit der südafrikanischen Atomic Energy Board zur BRD. Die Verbindungen laufen zum einen über den Konzern DEGUSSA und zum anderen über die GfK. Die DEGUSSA verhandelte mit der RSA über die langfristige Lieferung von Natururan (diese Verhandlungen führte damals im Namen der DAK Karl Kaißling – NSDAP, SA-Obersturmführer), die in der weiteren Folge dazu führten, daß die RSA der wichtigste Lieferant von Natururan für die BRD ist: In der Zeit von 1965 bis 1976 lieferte die RSA 1.900 t, was 27,2% der gesamten Einfuhren entspricht und noch vor Kanada mit 1.700 t die größten Lieferungen sind. Für die Zeit von 1977 bis 1980 sind weitere 4.000 t unter Vertrag (46,7% der geplanten Einfuhren), wobei bezeichnenderweise Namibia in diese Lieferungen eingeschlossen ist (nach „atw" 12/77, Seite 649). Ein weiterer Punkt der Zusammenarbeit mit der RSA ist die Urananreicherung, die über die GfK und DEGUSSA laufen, und dazu führten, daß die RSA in Pelindaba ihre erste Urananreicherungsanlage nach dem Trenndüsenverfahren, das in der GfK entwickelt wurde, der Öffentlichkeit vorzustellen.

Diese atomare Zusammenarbeit hat in den letzten Jahren starke Proteste aus der demokratischen Öffentlichkeit hervorgerufen (zu den Verhandlungen siehe auch „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?", Verlag ARBEITERKAMPF), so daß Hans Michaelis (Generaldirektor für Wirtschaft in der Euratom, SS, SA, NS-Studentenorganisation) in seinem Buch „Kernenergie" (dtv, März 1977, Seite 368) lediglich feststellt: *„Die schon vor vielen Jahren begonnene Zusammenarbeit zwischen der UCOR* (staatliche Urangesellschaft der RSA – Anm. Red.) *und der in dieser Technik* (gemeint ist die Urananreicherung nach dem Trenndüsenverfahren – Anm. Red.) *engagierten deutschen STEAG hat dann auch im Herbst 1975 zu den erwarteten* (!!) *politischen Auseinandersetzungen geführt".* Die algerische Nachrichtenagentur APS schrieb im März 1963 anläßlich eines Besuchs von Krupp in der RSA: *„Die atomare Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria ist ein von der westdeutschen Regierung angestrebtes Ziel. Die Hypothese stützt sich auf den Fakt, daß der Präsident der Deutschen Bank, Hermann Abs, der im Jahre 1963 die Verhandlungen mit Südafrika über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Herstellung von spaltbarem Material für Atombomben führte, gleichzeitig Präsident des Verwaltungsrates des Krupp-Konzerns ist"* (zitiert nach „Graubuch", Seite 149). Bekannt ist darüber hinaus (oder infolgedessen?) die enge militärische Zusammenarbeit der RSA mit Israel!

Südafrikanisches Atomforschungszentrum Pelindaba



Nazi-Wissenschaftler in der westdeutschen Atomforschung

Bammert, Prof. Dr.-Ing. Karl

Vor 1945:

Von 1940 bis 1945 wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellv. Abteilungsleiter in der Forschungsanstalt für Luftfahrt Braunschweig. Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

Mitglied des technisch-wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH und Leiter des Instituts für Strömungsmaschinen der TH Hannover.

Bauer, Prof. Dr. Robert

Vor 1945:

Bis zu seinem Einsatz in der Hitlerwehrmacht an den Universitäten Frankfurt (Main), Tübingen und in der Berliner Charité Leiter der Röntgenabteilung.
Seit 1933 Mitglied der NSDAP und der SS, SS-Untersturmführer, Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes und des NS-Ärztebundes.

Nach 1945:

Direktor des Medizinischen Strahleninstituts der Universität Tübingen.

Bollenrath, Prof. Dr. Franz

Vor 1945:
Leiter des Instituts für Werkstoff-Forschung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt.

Nach 1945:
Beteiligt an der Entwicklung der Kernforschungsanlage Jülich zu einem der wichtigsten Zentren für die geplante Eigenproduktion von Kernwaffen.

Cartellieri, Dr. Wolfgang

Vor 1945:

Landesgerichtspräsident; 1919 aktiv an der Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik beteiligt; danach Freiwilliger beim Grenzschutz Ost; für seine Teilnahme an den Freikorpskämpfen in Oberschlesien mit dem Schlesischen Adler II. und I. Klasse dekoriert und 1937 mit der Freikorpskämpferurkunde ausgezeichnet; von 1924 bis 1935 Mitglied des Stahlhelm beziehungsweise des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Freikorps-

Danneel, Prof. Dr. Rolf

Vor 1945:

Befaßte sich an verschiedenen Universitäten mit der experimentellen Zellforschung; bis 1933 Mitglied des Jungdeutschen Ordens, seit 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP und Scharführer in der SA-Marine-Standarte 90 in Königsberg.

Nach 1945:

Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Kernforschungsanlage Jülich, setzt die Interessen der westdeutschen Atomrüstungsexperten an den Hochschulinstituten durch; Direktor des Zoologischen und Vergleichenden Anatomischen Instituts der Universität Bonn.

Erler, Prof. Dr. Georg

Vor 1945:

Professor der Rechte an der Universität Göttingen. 1923 bis 1934 Angehöriger der Schwarzen Reichswehr, 1933 Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei, seit 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP; Gaufachredner im NS-Rechtswahrerbund Münster; Lektor für rechtswissenschaftliches Schrifttum bei der Reichsleitung der NSDAP.

Nach 1945:

Leiter des Fachausschusses VII für Atomrecht der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt e. V.

Flemes, Dr. Rolf

Vor 1945:

Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein; seit 26. März 1941 Regierungsrat. Seit 1933 Angehöriger des Stahlhelm und ab 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP.
Seit Januar 1939 kommissarischer Blockleiter der Ortsgruppe Claudius der NSDAP in Hamburg.

Nach 1945:

Tätig im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH.

Fucks, Prof. Dr.-Ing. Wilhelm

Vor 1945:

Seit 6. Januar 1941 Direktor des Physikalischen Instituts Aachen, seit 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP, Personal- und Pressereferent im NS-Studentenbund, Mitglied der SA.

Nach 1945:

Leiter des Instituts für Plasmaphysik, Mitglied des wissenschaftlichen Rates und der Kernforschungsanlage Jülich, Direktor des I. Physikalischen Instituts der TH Aachen und Mitglied der „(West)Deutschen Atomkommission".
(S. Dokument Nr. 3)

Grosse, Dr.-Ing. Hans

Vor 1945:

Leitender Ingenieur der Junkers-Werke, nazistische Luftwaffenrüstung; als Freikorps-Mitglied am Kapp-Putsch beteiligt, Mitglied der SA.

Nach 1945:

Mitglied des wissenschaftlichen Rates und Leiter des Instituts für Reaktor-

Hansen, Prof. Dr. Johannes

Vor 1945:

Seit 1936 im Kriegmarinearsenal Kiel; seit 1939 Marinebaurat, am 7. Juni 1940 zum ordentlichen Professor ernannt. Seit 1932 Mitglied der NSDAP.
1934/35 Leiter der Ortsgruppe der NSDAP in Groß-Flottbek-Altona und ab 1. November 1938 Leiter der Ortsgruppe Blücher in Kiel.

Nach 1945:

Mitglied des technisch-wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH, Vorsitzender des Arbeitskreises III/2 (Kernenergie für Schiffe) der „(West-)Deutschen Atomkommission" und Direktor des Instituts für Schiffbau der Universität Hamburg.

Haul, Prof. Dr. Robert

Vor 1945:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem; seit 1943 Dozent an der TH Prag. Seit 1. März 1933 Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

Mitglied des Verwaltungsrates und stellv. Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates der Kernforschungsanlage Jülich. Von 1949 bis 1956 im Principal Research Officer National Chemical Research Laboratory, Pretoria (Südafrika). Ab 1957 Professor an der Universität Bonn.

Hug, Prof. Dr. Otto

Vor 1945:

Assistenzarzt am Pathologischen Institut der Charité Berlin. Seit 1935 Mitglied der NSDAP und der SA.

Nach 1945:

Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Gesellschaft für Kernforschung; Direktor des Strahlenbiologischen Instituts der Universität München und Leiter des Instituts für Strahlenschutzforschung in München-Neuherberg, dessen Arbeit hinsichtlich der Wirkung radioaktiver Strahlung auf Lebewesen unmittelbare Bedeutung für die Atomkriegsvorbereitungen der Bonner Revanchearmee besitzt.

Kluge, Prof. Dr. Werner

Vor 1945:

Seit 1929, zuletzt als Stellvertreter des technischen Direktors, im AEG-Röhrenwerk tätig, Leiter der Versuchs- und Entwicklungslaboratorien, seit 1934 Professor an der Deutschen Technischen Hochschule Prag. Seit 1937 Mitglied der NSDAP, seit 1933 der SA und des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes.

Nach 1945:

An der Technischen Hochschule Stuttgart Direktor des Instituts für Hochtemperaturforschung mit der angeschlossenen Abteilung Reaktorphysik; Direktor des Instituts für Gasentladungstechnik und Photoelektrik.

Kohler, Prof. Dr. Max

Vor 1945:

Professor für Theoretische Physik an der Berliner Universität. Seit 1933 Mitglied der SS, Unterscharführer; seit 1937 Mitglied der NSDAP; Institutsobmann des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes.

Nach 1945:

Direktor des Instituts für Theoretische Physik der Technischen Hochschule Braunschweig.

Kohlschütter, Dr. Hans-Wolfgang

Vor 1945:

Arbeit an Sonderaufträgen des faschistischen Reichswirtschaftsministeriums. 1938 zum außerordentlichen und im Jahre 1942 zum ordentlichen Professor ernannt, betrieb K. chemische Forschungsarbeiten für die nazistische Rüstungswirtschaft.
Seit 1931 Angehöriger des Opferringes der NSDAP; seit 1937 Mitglied der NSDAP; Stützpunktleiter im Auslandsamt des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes.

Nach 1945:

Direktor des Eduard-Zintl-Instituts für Anorganische und Physikalische Chemie der Technischen Hochschule Darmstadt.

Müller, Dr. Hermann

Vor 1945:

Funktionen im Justizapparat des nazistischen Staates; seit 1933 Mitglied der SA, seit 1937 der NSDAP.

Nach 1945:

Finanzminister des Landes Baden-Württemberg; in dieser Funktion Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Kernforschung, unter dessen Kontrolle sich der Ausbau des Forschungszentrums Karlsruhe zu einem der wichtigsten Zentren für eine zukünftige westdeutsche Eigenproduktion von Atomwaffen vollzieht.

Quick, Prof. Dr. August Wilhelm

Vor 1945:

An der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und Flugmechanik tätig; Leiter des Instituts für Aerodynamik.

Nach 1945:

Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Kernforschungsanlage Jülich. Führender Experte auf dem Gebiet der Raketentechnik beziehungsweise -entwicklung.

Rudorf, Fritz

Vor 1945:

Leitender Mitarbeiter der Luftkontor GmbH und zuständig für die Finanzierung der Luftwaffenrüstung; seit 1939 Direktor und Vorsitzender des Vorstandes der Bank der Deutschen Luftfahrt AG.

Nach 1945:

Leiter des Fachausschusses VI für die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit

Telschow, Dr. Ernst

Vor 1945:

Im Senat und Geschäftsführenden Vorstand der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, später zum Generaldirektor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft berufen und von der Hitlerregierung zur Lösung von Sonderaufgaben in der Rüstungsforschung herangezogen.

Nach 1945:

Geschäftsführer des Instituts für Plasmaphysik GmbH und Senator der Max-Planck-Gesellschaft e. V., Göttingen, verantwortlich für die Forschungsarbeiten an der Verschmelzung schwerer Wasserstoffisotope, welche für die Herstellung von Wasserstoffbomben von Bedeutung sind.

von Kernenergie-Schiffsantrieben der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt e. V. Besonders als Vorstandsmitglied verschiedener Aufsichtsräte von Konzernen der Flugzeug- und Raketenindustrie Westdeutschlands tätig, Förderer der Raketenrüstung.

Schenck, Prof. Dr. Günter Otto

Vor 1945:

Dozent an der Universität Halle; seit 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

Am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Leiter der Abteilung Strahlenchemie; Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Kernforschungsanlage Jülich.

Schnurr, Dr. Walther

Vor 1945:

Seit 1934 in der nazistischen Rüstungsindustrie; von der IG-Farbenindustrie übernommen, wirkte Sch. als Chemiker bei der Hauptgruppe II im Hauptlabor der IG-Farben, Werk Hoechst, das während des zweiten Weltkrieges mit der Herstellung von Giftgasen befaßt war.

Nach 1945:

Mitglied der Geschäftsführung der Gesellschaft für Kernforschung; Sch. hat erheblichen Einfluß auf den Ausbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe zu einem der bedeutendsten Zentren für eine beabsichtigte westdeutsche Eigenproduktion von Atomwaffen.

Schubert, Dr. Karl

Vor 1945:

Regierungsrat im nazistischen Reichswirtschaftsministerium; 1923 bis 1930/31 Angehöriger der Freikorpsbrigade Ehrhardt. Seit 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP, Lehrgangsteilnehmer des Reichslagers in Bad Tölz, Rottenführer.

Nach 1945:

Leiter der Abteilung Seeverkehr im Bundesministerium für Verkehr, Vertreter der staatlichen Interessen im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH, Präsident des Vorstandes der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt e. V.

Organisatoren der nazistischen Rüstungswirtschaft an den Schalthebeln der Kernwaffenforschung

Boden, Dr. Hans-Constantin

Vor 1945:

Vorsitzender der AEG, Beauftragter der Hitlerregierung für Wirtschaftsfragen in Ungarn.

Nach 1945:

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der AEG, Mitglied des Aufsichtsrates der Mannesmann AG und anderer westdeutscher Großunternehmen, Mitglied der DAK.

Finkelnburg, Dr. Wolfgang

Vor 1945:

Direktor des Physikalischen Instituts der Reichtsuniversität Straßburg. Seit 1937 Mitglied der NSDAP, von 1940 bis 1942 Gaustellenleiter und Dozenten-Führer an der TH Darmstadt.

Nach 1945:

Generalbevollmächtigter der Siemens AG, Mitglied der Bayrischen Atomkommission und der DAK, Arbeitskreis III/1 – Reaktoren –

Fränz, Prof. Dr. Johannes

Vor 1945:

Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, arbeitete an dem Forschungsgebiet der Umwandlung und Zertrümmerung von Atomen; 1934 Regierungsrat.

Nach 1945:

Leitender Direktor an der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (Abteilung Atomphysik), Mitglied der DAK, Fachkommission IV – Strahlenschutz und Sicherheit –.

Rieß, Dr.-Ing. Kurt

Vor 1945:

Bis 1933 IG-Farben-Direktor des Werkes Dormagen, später technischer Direktor von Agfa Wolfen, technischer Direktor der Werke Leverkusen, Dormagen, Elberfeld und Uerdingen (Farbenfabriken Bayer AG), gleichzeitig Stellvertretender Abwehrbeauftragter und Vorstandsmitglied. Seit 1937 Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

Mitglied der DAK, Arbeitskreis II – III/1.

Röhrs, Heinrich

Vor 1945:

Oberregierungsrat; 1919 Angehöriger des Freikorps 1921 Mitglied der deutsch-völkischen Freiheitspartei, seit 1933 förderndes Mitglied der SS; 1937 Mitglied der NSDAP, Reichsverbandsredner.

Nach 1945:

Technischer Direktor und Vorstandsmitglied der Howaldtswerke Hamburg AG Mitglied der DAK, Arbeitskreis III 2 – Kernenergie für Schiffe –

Schimmelbusch, Dr. Heinz

Vor 1945:

In der Reichsgruppe Industrie, Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Leiter der Fachabteilung Härtemittel.

Nach 1945:

Als Mitglied der DAK, Arbeitskreis III/4 – Versorgung mit Brennstoffen – Interessenvertreter von DEGUSSA, die bereits während des zweiten Weltkrieges maßgeblich an der nazistischen Atomwaffenentwicklung beteiligt war.

Bismarck, Fürst Otto v.

Vor 1945:

Ab 1937 Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; ab 1940 Gesandter bei der Nazi-Botschaft in Rom; 1919 bis 1931 Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei; seit 1933 Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

Mitglied des Präsidiums des (West-) Deutschen Atomforums e. V.

Schmidt, Dr.-Ing. Ernst

Vor 1945:

Leiter des Motoreninstituts bei der Deutschen Forschungsanstalt für Luftfahrt e. V., Luftwaffenforschung. Seit 1933 förderndes Mitglied der SS.

Nach 1945:

Mitglied der DAK, Fachkommission II – Kernforschung –

Spilker, Karl-Heinz

Vor 1945:

Angehöriger der SS-Division „Deutschland", 1940 Lehrgangsteilnehmer der SS-Junkerschule Braunschweig, später mit der Ausbildung von SS-Führungsanwärtern beauftragt.

Nach 1945:

Mitglied der DAK, Fachkommission I – Kernenergierecht –, Interessenvertreter der Farbwerke Hoechst (IG-Farben).

Verleger, Dr. Heinz

Vor 1945:

An der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Regierungsrat.
Seit 1933 Mitglied der NSDAP, seit 1934 Mitglied der SA, Blockwart, politischer Leiter der Ortsgruppe Berlin-Charlottenburg, Heerstraße.

Nach 1945:

Verantwortlicher Mitarbeiter des Atomic Energy Board (Südafrika).

Gross, Dr.-Ing. Otto Hans

Vor 1945:

Abteilungsleiter in der Forschungsanstalt Berlin-Zehlendorf, die vorwiegend mit rüstungswirtschaftlichen Forschungsaufträgen befaßt war; seit 1932 Mitglied der NSDAP und seit 1933 Mitglied der SA.

Nach 1945:

Nach seiner Rückkehr aus Argentinien, dem Domizil belasteter Nazis nach 1945, leitender Beamter im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Abteilung III – Kernforschung –

Haase, Werner

Vor 1945:

Im Reichsluftfahrtministerium mitverantwortlich für die nazistischen Raketenprogramme.
Seit 1931 Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

An verantwortlicher Stelle im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Abteilung III – Kernforschung –

Holluta, Dr. Josef

Vor 1945:

Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der Deutschen Technischen Hochschule Brünn (Brno).
Seit 1912 in verschiedenen deutschvölkischen Studentenvereinigungen Österreich-Ungarns; später deutschvölkischen Organisationen in der Tschechoslowakei; seit 1938 Mitarbeiter der Kreisleitung der Sudetendeutschen Partei Brünn; seit 1939 Mitglied der NSDAP; Kreisamtsleiter für Technik der NSDAP, Kreiswalter des NS-Bundes Deutscher Techniker und Leiter der Abteilung Organisation und Personal im NS-Deutschen Dozentenbund, Gau Niederdonau.

Nach 1945:

Mitglied der DAK, Fachkommission IV – Strahlenschutz –
Mitglied verschiedener Arbeitskreise der DAK.

Junkermann, Dr.-Ing. Wolfgang

Vor 1945:

Seit 1932 Mitglied der NSDAP.

Nach 1945:

Als Leiter der Atomenergie-Abteilung der Deutschen Babcock- und Wilcox-Dampfkesselwerke AG, die bereits an der nazistischen V-Waffen-Produktion beteiligt war; Mitglied der DAK, Arbeitskreis III/1 – Reaktoren –

Kaißling, Karl

Vor 1945:

Oberreichsbahnrat bei der Generaldirektion Krakau der „Ostbahn" im okkupierten Polen; seit 1944 Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium.
Seit 1937 Mitglied der NSDAP, seit 1939 SA-Obersturmführer bei der Standarte 7 (Führungskorps z.V.), Berlin-Zehlendorf.

Nach 1945:

Leiter der Abteilung III – Kernforschung – im BMwF.
(S. Dokument Nr. 10)

Knott, Dr. Carl

Vor 1945:

Wehrwirtschaftsführer, Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke.

Nach 1945:

Mitglied der DAK und des Arbeitskreises für Atomfragen im Bundesverband der Deutschen Industrie.

Michaelis, Dr. Hans

Vor 1945:

Mitglied des Vereins für das Deutschtum im Ausland, 1932 SS-Mitglied, seit 1933 Mitglied der SA, Mitglied von NS-Studentenorganisationen.

Nach 1945:

In verantwortlicher Funktion innerhalb der Atom.

Nallinger, Dr.-Ing. Fritz

Vor 1945:

Wehrwirtschaftsführer, Vorstandsmitglied der Daimler Benz AG.

Nach 1945:

Mitglied des Verwaltungsrates des DAtF und der DAK, Fachkommission III – Kerntechnik –

Pohland, Dr. Erich

Vor 1945:

Kriegsfreiwilliger im ersten Weltkrieg, später in der Rüstungsplanung als Vertragsangestellter mit außertariflichem Sondergehalt beim Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe (Reichsamt für Wirtschaftsausbau); 1938 beteiligt an der Besetzung der Sudetengebiete (ČSSR); 1940 Kriegsverwaltungsrat bei der Militärverwaltung der Heeresgruppe A und beim Chef der Militärverwaltung Paris, seit 1942 Oberregierungsrat; Mitglied des NSDDB und zahlreicher anderer NS-Organisationen.

Nach 1945:

Vertreter Westdeutschlands bei der Eurochemic (Europäische Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe).

Prentzel, Dr. Felix-Alexander

Vor 1945:

In der Zentralfinanzverwaltung Berlin des IG-Farbenkonzerns; Militärverwaltungs-Oberrat.

Nach 1945:

Vorsitzender des Vorstandes der DEGUSSA, die bereits im faschistischen Deutschland an der Herstellung von Atombomben arbeitete, Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben, Mitglied der DAK; Mitglied des Präsidiums und des Verwaltungsrates des DAtF.

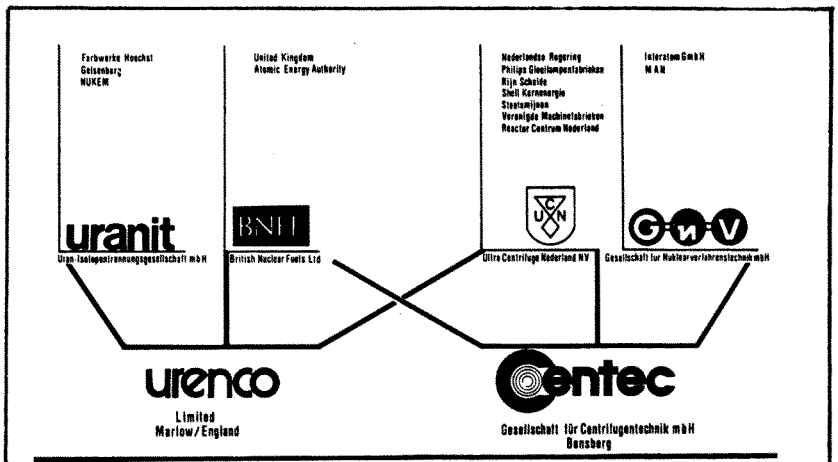
Entwicklung der Urananreicherung in der BRD

Die Pläne der BRD, eine eigene Anreicherungsanlage bzw. eine mit wesentlich westdeutscher Beteiligung zu bauen, reichen weit zurück. Direkt nach dem Kriege wurde die Entwicklung des Ultrazentrifugenverfahrens von Boettcher, Kistenmaker in den Niederlanden sowie Groth und Beyerle in Hamburg, und Martin in Kiel weitergeführt (siehe dort). Seit 1956 laufen dann auch die Planungen, eine Anreicherungsanlage auch in der BRD anzugehen. Seit 1956 ist A. Boettcher Leiter des Arbeitskreises III/2 („Brenn- und Baustoffe für Kernreaktoren"), der sich mit der Planung der Entwicklungsarbeiten für die Anreicherungsanlage beschäftigt. Ebenso in diesem Jahr kamen Zippe und Scheffel aus der UdSSR zurück und brachten ihre dort gesammelten Informationen bei der Degussa ein, die damals die Zentrifuge weiterentwickelte (nach „Die Naturwissenschaften" 60/ 73, Seite 58). Später, nach Gründung der KFA Jülich im Jahr 1958 und deren Inbetriebnahme im Jahr 1962 fanden sich dort ein Teil der Bombenbauer Hitlers wieder (Groth, Beyerle, Boettcher) und entwickelten das Ultrazentrifugenverfahren weiter: *„In der im Jahre 1964 gegründeten Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik mbH (GKT) in Jülich, deren Stammkapital der Bund besitzt, ist die Entwicklung eines Isotopentrennverfahrens mittels Gaszentrifugen voll aufgenommen worden. Die Betriebs- und Investitionskosten der Gesellschaft trägt ausschließlich der Bund"* („Deutsche Politik 1963, Tätigkeitsbericht der Bundesregierung", Seite 313, zitiert nach „Das Bonner Kernwaffenkartell", Seite 53).

Auf internationaler Ebene wurde schon 1956 eine „Studiengesellschaft" bestehend aus den Ländern der EWG, Dänemark, Schweden und der Schweiz gebidet, um über die Technologie einer geplanten westeuropäischen Anreicherungsanlage zu beraten, die ausschließlich für die Atombombenproduktion gedacht war. Von Frankreich wurde das Gasdiffusionsverfahren, von der BRD und den Niederlanden das Ultrazentrifugenverfahren und von der BRD allein das Trenndüsenverfahren vorgeschlagen (zu den einzelnen Verfahren siehe „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?", Seite 27 f., Verlag ARBEITERKAMPF). Es kam damals zu keiner Einigung, da die Realisierung dieses Vorhabens eine direkte Finanzierung der französischen Atombombe bedeutet hätte, wozu die BRD ohne eigenes Mitspracherecht verständlicherweise nicht bereit war.

Schon ein Jahr später kam es zu erneuten Vorstößen. Die BRD und Frankreich schlossen einen Vertrag ab „über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion moderner Waffen" (BI Gronau, Seite 83), der ein Kernforschungszentrum auf französischem Boden mit westdeutscher finanzieller und technischer Hilfe vorsah. Hierzu wurde dann noch Italien hinzugezogen, und der Vertrag wurde von den drei Kriegsministern der BRD (StrauSS!), Frankreichs (Chaban-Delmas) und Italiens (Turriani) im Herbst 1957 unterzeichnet. Zu diesem Vertrag vermerkte der ehemalige Nato-Generalsekretär D.U. Stikker über die Worte des italienischen Kriegsministers: *„Im Herbst wurde (...) ein Vertrag unterzeichnet, der die gemeinsame Herstellung der Atombombe vorsah. Nach den Worten Stikkers hat Strauß später noch auf die Erfüllung dieses Vertrages gedrungen. Dieser Vertrag ist übrigens streng geheim (...). Es gibt aber keine Zweifel, daß die Urananreicherung (im Vertrag) ein zentraler Punkt gewesen ist"* (BI Gronau, Seite 83)! Diese geplante militärische Zusammenarbeit zerschlug sich dann an der Haltung de Gaulles, der jede Zusammenarbeit mit der BRD auf diesem Gebiet ablehnte.

Die Produktion und Entwicklung der Ultrazentrifuge lief weiter auf vollen Touren. So erfolgte 1968 eine Ausschreibung über die Lieferung einer Ultra-Zentrifugen-Prototyp-anlage, die an das Firmenkonsortium Dornier, Interatom und ERNO vergeben wurde. Ende 1970 wurde die Prototypenanlage von Dornier-Interatom abgeliefert (aus: W. Groth „Gaszentrifugen zur Anreicherung von Uran-235", „Die Naturwissenschaften" 60/73). Und auch in den USA wurde sich mit dem Zentrifugenverfahren befaßt, dies jedoch wegen der großen Gefahr der militärischen Nutzung streng geheim gehalten: Der *„AEC-Commissioner W. E. Johnson (führte) u.a. aus, daß die industriellen Forschungen und Entwicklungen auf dem Zentrifugengebiet zur Urananreicherung schwierige Probleme hinsichtlich der Verhinderung von mißbräuchlicher Waffen-*



Die trilaterale Zusammenarbeit

herstellung aufwerfen. Die Technologie ist auch für hohe Anreicherungsgrade geeignet, wenn hohe Kosten in Kauf genommen werden. Johnson erwähnt Forschungsprojekte in Großbritannien, den Niederlanden und der BRD. Die genannten Länder haben sich verpflichtet, die gewonnenen Daten geheim zu halten" („atw", 3/67). Die den US-Firmen ursprünglich zur Verfügung gestellten Lizenzen wurden dann aber wieder eingezogen: *„Der nationalen Sicherheit werde durch diese Maßnahmen am besten gedient"* („atw", 4/67).

Bezeichnenderweise beziehen sich diese unter Geheimschutz stehenden Daten nur auf die Ultrazentrifuge und Kernwaffen (!); die Daten über die Urananreicherung durch die Diffusion sind weiter zugänglich („atw", 6/67)! (*„Nach wie vor wird vermutet, daß die AEC* (nationale amerikanische Atomenergiebehörde – Anm. Red.) *die weitere Entwicklung der Gaszentrifuge für Isotopentrennung könnte der unkontrollierten Weiterverbreitung von Kernwaffen Vorschub leisten"*, („atw" 7/67).

1969 wurde dann in der BRD die „Uranit" gegründet, deren Gegenstand das Betreiben von Zentrifugenanlagen und der Verkauf der Anreicherungskapazitäten ist. Sie wurde gegründet von der NUKEM (45% Degussa, 25% RWE, 18% Rio Tinto Zinc und 12% Metallgesellschaft) und der Gelsenberg AG (je 40%) und der Hoechst AG (20%). Gleichfalls zu dieser Zeit wurde die GnV (Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik, Bensberg), die sich die Aufgabe der Entwicklung, Planung und Fertigung der Urananreicherungsanlage stellte. Anfangs bestand diese Gesellschaft zu je einem Viertel aus der Interatom (100% KWU, Siemens), MAN, Dornier GmbH und ERNO (Entwicklungsring Nord, ein Firmenkonsortium von VFW und HFB-Hamburger Flugzeugbau, Blohm – mit der Dornier GmbH also eine 50%ige Beteiligung der Flugzeug- und Raketenindustrie!). Die direkte Beteiligung der Raketenwerke wird offensichtlich schnell aufgegeben, doch: *„MAN wird auf der Zentrifugenseite durch die Mitarbeit der Firmen Dornier und ERNO (Entwicklungsring Nord) unterstützt, die beide wesentliche Beiträge zur Entwicklung der neuen Technologie geleistet haben. Beide Firmen werden am Entwicklungs- und Fertigungsprogramm der MAN beteiligt sein"* („Handbuch der Atomwirtschaft", Fach G 4.2.1. Seite 2, Erg. 4/71). Darüber hinaus waren diese beiden Firmen auch an einer Studie im Auftrag des BMfW zusammen mit der Interatom und MAN beteiligt, die, neben einer gleich Studie der GKT, generell über die Ultrazentrifuge und über die Kosten einer 300 Jahrestonnage lief (nach: „Handbuch der Atomwirtschaft", Fach G 4.1.1., Erg. 5/70).

nale Zusammenarbeit der BRD, NL und GB in dem Vertrag von Almelo festgelegt, die ab 1971 auf zehn Jahre in Kraft ist. Folgende Regelungen wurden getroffen:

- Der Export technischer Kenntnisse wie auch des durch die Gemeinschaft produzierten Materials bedarf der Zustimmung aller drei Partner;
- es wird kein hochangereichertes Uran hergestellt, die Kontrolle hierüber ist der EURATOM unterstellt;
- nach Ablauf von zehn Jahren kann jeder Partner einseitig den Vertrag kündigen.

Der Bau und Betrieb der Anlagen in Almelo und Capenhurst wurde neuen Gesellschaften der Urenco (NL) und der Urenco (GB) übertragen. Obwohl die BRD in Almelo gleichstark wie die niederländische Industrie vertreten ist, ist eine dritte Gesellschaft nach dem selben Muster für die BRD

Atombombenbau durch UC

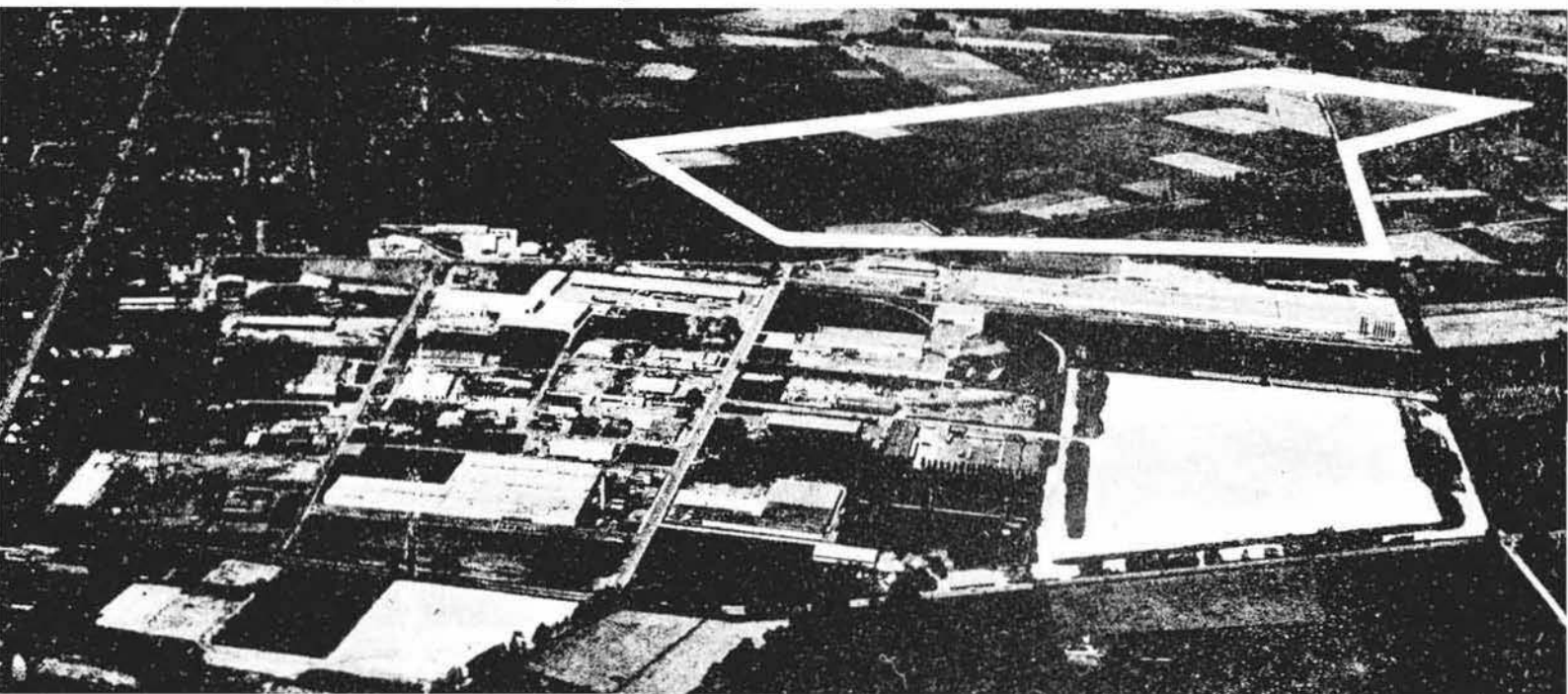
Die Ultrazentrifuge eignet sich von allen Anreicherungsverfahren am besten für den Bau von Atomwaffen. Bei den in der BRD gebauten Reaktoren muß nur so viel Uran 238 abgetrennt werden, daß das Uran 235 nicht nur zu 0,7 % wie im Natururan vorhanden, sondern über 3 % vorhanden ist.

Für Atombomben muß man das Uran 235 auf über 50 % anreichern.

Die Ultrazentrifuge bewältigt dies nicht nur entsprechend schneller, sondern braucht dabei erheblich weniger Energie. Braucht in Frankreich nach einem anderen Verfahren (dem Gasdiffusionsverfahren) die Anreicherungsanlage allein mehrere AKWs, braucht eine vergleichbare Ultrazentrifuge nur ein Zehntel der Energie.

Außerdem erschwert – so hieß es in der Presse – *„das Gaszentrifugenverfahren (das gleiche wie die Ultrazentrifuge) mehr als das Gasdiffusionsverfahren internationale Kontrollen"* (zit. nach „Bonner Kernwaffenkartell", S. 53). Außerdem soll man mit der Zentrifuge sogar Plutonium anreichern können, so der Miterfinder Max Steenbeck (jetzt DDR), der das für *„prinzipiell möglich"* hält („Welt", 24.2.67). *„Man kann daher mit dieser Methode das billigere Reaktor-Plutonium unter geringem und kaum sichtbaren Aufwand zu Bombenplutonium verarbeiten"*, da das Plutonium im Reaktor nur von ca. 70 % auf 94 % angereichert zu werden braucht und nicht wie Uran von 0,7 auf 90 % („Graubuch", S. 139).

Gelände für die geplante Anreicherungsanlage in Gronau



vorgesehen (Michaelis, „Kernenergie", Seite 364).

Der Plan des Ausbaus der Zentrifugenanlagen soll nach den Plänen der drei Länder folgendermaßen vonstatten gehen:

Bis 1975 Fertigstellung von Pilotanlagen mit je 25 t UTA/a: Seit 1972 ist in Almelo eine Anlage mit 12 t UTA/a in Betrieb, die schrittweise zu nunmehr 68 t UTA/a ausgebaut wurde (nach „Nuclear News" 12/77). Ab Ende 1973 Bau einer westdeutschen Anlage in Almelo (!, siehe Bild) mit 5 t UTA/a, die 1975 auf 25 t UTA/a erweitert wurde. In Capenhurst wurde seit 1973 8 t UTA/a produziert, ab Mitte 1975 erweitert auf 14 t UTA/a.

Die weitere Planung war anfangs nach dem erfolgreichen Aufbau der Pilotanlagen die Kapazität bis 1980 auf je 1.000 t UTA/a auszubauen. Dieses Programm wurde dann allerdings Anfang 1975 revidiert: Ab sofort Beginn des Ausbaus der Anlagen auf je 200 t UTA/a bis 1979 (beide Ausbaustufen wurden Ende 77 begonnen zu bauen) mit einem geplanten Endstadium von 660 t UTA/a in Capenhurst und 1.330 t UTA/a in Almelo bis 1982. Bis 1985/86 soll die gesamte Kapazität der Urenco auf rund 10.000 t UTA/a erweitert werden.

Der Auftragsbestand der Urenco beträgt zur Zeit rund 12.000 t UTA, d.h. lediglich ein gutes Jahr Betrieb der um 1985 fertiggestellten Anlagen.

Der Ausbau in den Niederlanden ist zur Zeit erheblich in Frage gestellt, da in den Niederlanden starke Widersprüche zu den über die Urenco zu liefernden Uranmengen an Brasilien durch den Vertrag der BRD mit Brasilien bestehen (siehe Niederlandeteil). Für die BRD ist u.a. dies der Startschuß, um eine eigene westdeutsche Anlage auf dem Boden der BRD ins Gespräch zu bringen. Denn die Konsequenz eines nicht rechtzeitigen Ausbaus der Anreicherungsanlagen wäre, daß sich Brasilien *„das angereicherte Uran an anderer Stelle beschaffen"* müßte („Handelsblatt", 1.2.77). Und dies wäre dann wohl auch der entscheidende Punkt in der ganzen Angelegenheit, beruht doch die „Attraktivität" der westdeutschen Atomexporte für viele Staaten genau darauf, daß die BRD nicht viel Federlesens um die Uranversorgung macht, so daß die Atomexporte auch Brasilien den Bau einer Atombombe ermöglichen kann.

Das holländische Parlament hat inzwischen, wenn auch mit Bedenken, der Erweiterung der UC zugestimmt. Trotzdem behält sich die BRD den Bau einer Anlage in Gronau vor. Es ist damit zu rechnen, daß auch die Anreicherungsanlage dort in nächster Zeit in Angriff genommen wird. Die Planungen dazu laufen auf Hochtour.

„Wir wollen so alt werden wie Konrad"

Atomkriegsgegnerbewegung in den fünfziger Jahren

Die Bewegung gegen die Atomkraftwerke in der BRD hat sich mit massenhaften Protesten gegen den geplanten Bau von AKWs -- wie in Wyhl oder Brokdorf – entwickelt. Immer mehr hat in dieser Bewegung das Bewußtsein zugenommen, daß der Kampf gegen die atomaren Gefahren sich auch gegen die atomare Rüstung richten müsse. Gerade die Demonstration in Almelo ist dabei als ein wesentlicher Meilenstein zu sehen. Dort wurde gegen die Ultrazentrifuge demonstriert, nicht nur weil sie die lebensbedrohenden AKWs mit Brennstoffen versorgen soll, sondern weil sie gleichzeitig als Lieferant für atomaren Sprengstoff verwendet werden kann.
Weniger bekannt in der heutigen Bewegung ist dabei, daß es bereits Ende der 50-er Jahre in der BRD eine Massenbewegung vor allem gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der BRD gab. Schon damals trat die Bewegung unter Parolen an, wie „Lieber heute aktiv – als morgen radioaktiv". Die Massenbewegung seinerzeit war bisher die größte der Nachkriegszeit in der BRD überhaupt und hatte eine Breite, die die Regierung veranlaßte, eine Volksbefragung zur atomaren Aufrüstung verbieten zu lassen bzw. für „verfassungswidrig" zu erklären, um eine Niederlage zu vermeiden. Diese Bewegung kann für die Atom-Gegner zum einen Vorteil sein, zum anderen ist sie aber auch warnendes Beispiel. Trotz ihrer Breite ist diese Bewegung mit einer vollen Niederlage geendet, Sozialdemokraten und der DGB, die an ihrer Spitze gestanden hatten, sind für diese Niederlage verantwortlich zu machen. Diese Bewegung wird heute von den Herrschenden bewußt totgeschwiegen – während z.B. Konrad-Adenauer-Gedächtnisfeiern ganz hoch im Kurs stehen.

Bereits Mitte der 50-er Jahre rief die Adenauer-Strauß-Regierung im Zuge der Remilitarisierung nach Atomwaffen. Im Dezember verkündete der frischgebackene Kriegsminister Strauß, *„die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen sei beschlossene Sache"* (1) und Adenauer bagatellisierte: *„Die taktischen Waffen* (= u.a. kleinere Atomwaffen – Anm. Red.) *sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie".* (2)

Dieses unverhohlene Streben nach atomaren Waffen für die neue, von weltkriegserprobten Wehrmachtgeneralen aufgebaute Bundeswehr, beantworteten am 12. April 18 Göttinger Atomwissenschaftler, die führend an der Nutzbarmachung der Atomenergie für die BRD beteiligt waren, mit einem Appell: *„Die Pläne der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichnenden Atomforscher mit tiefer Sorge. (...) Unsere Tätigkeit belädt uns mit einer tiefen Verantwortung für die möglichen Folgen unserer Tätigkeit. (...) Wir halten diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle eines Versagens für tödlich"* (3).

Auf diese Erklärung der „Göttinger Achtzehn" reagierte die Adenauer-Strauß-Regierung mit einer Hetz- und Einschüchterungskampagne. Adenauer bestritt den Professoren rundheraus *„die Kompetenz* (!), *sich in dieser Weise politisch zu äußern"* (4) und verwahrte sich dagegen, daß *„auf diese Art Politik betrieben wird"* (5).

Persönlichkeiten des „Öffentlichen Lebens" protestieren

In der Öffentlichkeit fand der Protest der Wissenschaftler ein durchweg positives Echo: *„Während sich Anfang der 50-er Jahre selten mehr als 50% der Befragten allgemein gegen eine Atombewaffnung ausgesprochen hatten, sprachen sich jetzt einmal 64%, ein andermal 72% gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus"* (5a), ermittelten Umfragen.

Bei den 1. Mai-Feiern spielte der Kampf gegen die Atombewaffnung bereits eine große Rolle. Am 28. Juni erschien ein Aufruf „an die Frauen der Welt", unterzeichnet von 18 westdeutschen Frauenverbänden, die sich zwar nicht direkt gegen eine bundesdeutsche Atombewaffnung, wohl aber für eine stufenweise Abrüstung bis zum Verzicht auf alle atomaren Waffen aussprachen (6). Einen Schritt weiter ging die Frauenkonferenz, die am 7. Juli in der Frankfurter Paulskirche stattfand und zu der SPD-Abgeordnete, Gewerkschafterinnen, kirchliche Kreise und intellektuelle Frauen eingeladen hatten. Sie forderten, *„auf atomare Aufrüstung der Bundeswehr radikal zu verzichten und darüber hinaus der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zuzustimmen"* (7).

Am 4. September, elf Tage vor der Bundestagswahl, veröffentlichten 20 Schriftsteller (u.a. Axel Eggebrecht, Hans-Henny Jahnn, Paul Schallück) einen Appell, denjenigen zu wählen, der nicht versucht, *„sich in das Wettrüsten einzuschalten"* (8). Zwei Tage später protestierten etwa 100 Universitätsprofessoren dagegen, *„daß die Politiker über die Erklärung der Göttinger Achtzehn"* einfach hinweggegangen sind und bekundeten *„ihre Nichtbereitschaft, für Krieg und Kriegsvorbereitung wissenschaftliche Arbeit zu leisten"* (9).

Bis zum Ende des Jahres 1957 wurde der Protest nicht durch starke Bürgerinitiativen getragen, sondern war wesentlich geprägt durch Erklärungen von Personen des „Öffentlichen Lebens". Diese Erklärungen waren zum großen Teil sehr „vorsichtig" formuliert (so „bekannten" die Göttinger Achtzehn: „Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kom-

munismus vertritt" und daß es äußerst wichtig sei, *„die friedliche Nutzung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern"*, woran diese auch kräftig mitgearbeitet haben). Dennoch darf man nicht vergessen, daß sie in der damaligen Zeit des Kalten Krieges und des massiven antikommunistischen Terrors, der von den Herrschenden betrieben wurde, ein mutiges Zeichen für eine Bewegung setzten. Letztlich ist dies von den Massen auch so verstanden worden.

Sozialdemokraten setzen sich an die Spitze

Im Januar 1958 kam es im Bundestag zu einer mehrtägigen Debatte über die Atombewaffnung, die von der Bevölkerung außerordentlich gespannt verfolgt wurde und zu einer Flut von Briefen und Telegrammen an die Abgeordneten führte.

Angesichts derartigen öffentlichen Interesses beschlossen die Sozialdemokraten, die seit Beginn der BRD in der Opposition standen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Damit versuchten sie, die sich abzeichnende Bewegung auf ihre Parteimühlen zu lenken und den Einfluß der Kommunisten gering, das Vertrauen an den Parlamentarismus aber hochzuhalten. Ende Januar gründeten führende Sozialdemokraten den Ausschuß „Kampf dem Atomtod" („KdA"). Dem Gründungstreffen wohnten u.a. bei die Professoren Heisenberg, Born und v. Weizsäcker sowie fünf der 20 Schriftsteller, kirchliche Repräsentanten wie Gollwitzer und Niemöller sowie Heinrich Böll, Walter Dirks, Eugen Kogon usw. (10). Ihr Aufruf endete: *„Wir werden keine Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht"* (11).

Der Protest der „Basis" wurde stärker. Schon „beunruhigten" auf der zentralen „KdA"-Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche „Generalstreik-Rufe aus dem Publikum" die bürgerlichen Zeitungen und die anwesende SPD-DGB-Prominenz (12). Der DGB beschloß, die Radikalisierung der Basis vor allem in eine Befragung seiner sieben Millionen Mitglieder zur „Atombewaffnung" münden zu lassen. Der Hauptvorstand der IG-Bau-Steine-Erden beschloß, daß Bauarbeiter, die aus Gewissensgründen die Arbeit beim Bau von *„Raketenabschußbasen und sonstigen Rüstungseinrichtungen verweigerten, vollen gewerkschaftlichen Schutz erhielten"* (!) (13).

Die Rolle der Kommunisten

Die damals bereits illegale KPD verpflichtete alle ihre Mitglieder, *„in der vordersten Reihe der sich entwikkelnden Volksbewegung ‚Kampf dem Atomtod' mitzuarbeiten. Die Partei rief dazu auf, in einer breiten Volks-*

Ein typischer Sozialdemokrat:
Der gestürzte Bundeskriegsminister Leber, eifriger Verfechter der Atommacht BRD, demonstrierte 1958 – damals als Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden – in der vordersten Reihe gegen die Atombewaffnung

Atom-Appell der Hamburger Frauen

33 Verbände der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen wandten sich in einem Aufruf an alle Frauen der atomar gerüsteten Länder in Ost und West: Fordert von euren Regierungen, daß sie sofort alle Wasserstoffbombenexplosionen solange einstellen, als von anderer Seite keine solchen Versuche unternommen werden.

Die Hamburger Frauen bitten die Frauen der Welt, sich bei ihren Regierungen für die Beschränkung aller Rüstungen und für ein endgültiges Verbot aller Atomwaffen einzusetzen. Sie fordern auch die Bundesregierung auf, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen.

Die Frauenverbände der Hansestadt begrüßen alle Bemühungen der Erforschung der Atomenergie für friedliche Zwecke.

bewegung die Atom- und Raketenrüstung abzuwehren, eine atomwaffenfreie Zone zu verwirklichen" (14).

Durch das Verbotsurteil von 1956 war den Kommunisten eine offene Arbeit unmöglich gemacht. Durch die Kommunisten-Verfolgung verfügte die KPD bereits zur Zeit des Verbotsurteils über keinen sehr großen Einfluß unter den Werktätigen mehr.

Darüber hinaus wurde in der Öffentlichkeit eine antikommunistische Verhetzung größten Ausmaßes betrieben und als „Argument" für die atomare Bewaffnung ins Feld geführt. Sie hing sich auf an der Ausschlachtung wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der DDR. Nicht zuletzt mit Hilfe des hochgepeitschten Antikommunismus anläßlich des Aufstandes in Ungarn, 1956, gelang es, großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung einzureden, die UdSSR und die DDR würden sich für den Einmarsch in die BRD rüsten.

Daß diese antikommunistische Hetze ihr Ziel nicht verfehlte und auch in großen Teilen der Atomkriegsgegner verfing, zeigt auch die Erklärung der Göttinger Achtzehn (s.o.).

Neben den reaktionärsten Kreisen von CDU und CSU versuchten auch die SPD- und Gewerkschaftsführer, den Antikommunismus zu schüren. So hieß es in einer zentralen DGB-Entschließung angesichts starker Proteste gegen die Atombewaffnung aus der DDR: *„In den zahlreichen Entschließungen aus der Sowjetzone kann der Bundesvorstand keine freie Willensmeinung der mitteldeutschen Bevölkerung erkennen. Diese Entschließungen stellen die nach einem Schema vorgenommenen Äußerungen eines von Pankow ausgehenden Befehls dar und sind daher für die Meinungsbildung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ohne jeden Wert"* (15).

Und die sozialdemokratisch geführte Geschäftsführung des Bonner „KdA"-Ausschusses warnte unausgesetzt ihre Landes- und Ortsausschüsse vor *„jedweder Zusammenarbeit mit den die Außenpolitik der Bundesregierung bekämpfenden Gruppen, die in der Öffentlichkeit solcher Kontakte* (nämlich zur DDR – Anm. Red.) *überführt zu sein schienen"* (16).

Angesichts dieser Schwierigkeiten blieb der spürbare Einfluß der KPD auf die Bewegung relativ gering, wenn auch ihre Kader die Bewegung an der Basis mit vorangebracht haben.

Der Kampf weitet sich auf die Betriebe aus

Am 25. März marschierten 500 bis 1.000 Beschäftigte der Kasseler Henschel-Werke im Hinblick auf die kommende Bundestagsdebatte in einer spontanen Demonstration unter der Parole: „Kampf dem Atomtod" durch die Stadt. Die Ortsverbandsvorsitzende der IG Metall distanzierte sich von diesem „wilden Streik" scharf (17). Die Demonstranten forderten alle Abgeordneten auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Atombewaffnung zu verhindern, und sie richteten an den DGB die Frage, ob notfalls *„hierfür ein Generalstreik nicht das geeignete Mittel sei"* (18).

In der Bundestagsdebatte vom 26. März bestätigte die Adenauer-Regierung nochmals, daß sie an der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen festhalten werde. *„Fast unmittelbar nach Bekanntwerden des Ausgangs der bis über Mitternacht andauernden Debatte kam es an diesem Mittwoch zu Arbeitsniederlegungen, zu Schweigemärschen und Protestkundgebungen ausgehend von den Industriebetrieben (in Bielefeld und Mölln) und einer technischen Hochschule (Braunschweig). Dasselbe wiederholte sich am folgenden Tag: Arbeitsniederlegungen in einem Teil des Hamburger Hafens, ein Schweigemarsch Hamburger Ingenieurschüler durch die Innenstadt"* (19) (übrigens trotz Semesterferien!).

„Daneben entstanden in den 48 Stunden nach Beendigung der parlamentarischen Auseinandersetzungen Resolutionen in den verschiedenen Bevölkerungsschichten, nicht nur in Betrieben und Hochschulen: Am 27. März wurde ein von 936 Hamburger Ärzten unterzeichneter Aufruf (!) *den beiden Hamburger Bürgermeistern übergeben und veröffentlicht"* (20).

Zwei Tage nach der Bundestagsdebatte veröffentlichte die Münchner Zeitschrift „Die Kultur" eine scharfe Erklärung gegen den Bundestagsbeschluß, die unterzeichnet war von *„einem beträchtlichen Teil der literarischen und künstlerischen Prominenz der Bundesrepublik"* (21). *„Wir protestieren gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, weil sie jede Verständigung zwischen Ost und West unmöglich zu machen droht, die Gefahr einer dritten Katastrophe für das deutsche Volk heraufbeschwört und die Wiedervereinigung verhindern kann"* (22).

„Als am selben Tag in Hamburg der DGB-Vorstand zu seiner außerordentlichen Sitzung zusammenkam, erreichte die Welle der Protestaktionen einen neuen Höhepunkt: Die ca. 3.000 Arbeiter des Braunschweiger Volkswagen-Zweigwerkes traten am Vormittag, ohne daß die örtliche Gewerkschaftsorganisation hierzu aufgerufen hatte, für eine Stunde in den Ausstand, ebenso ein nicht unbeträchtlicher Teil der 25.000 im Wolfsburger Hauptwerk Beschäftigten" (23). Die Kette der Proteste riß nicht ab, immer wieder wurde die DGB-Führung aufgefordert, den Generalstreik auszurufen (24). Eine Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts (CDU-nahe!) ergab im April, daß 52% der gesamten erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik einen Streik zur Verhinderung der Atomausrüstung der Bundeswehr befürworteten (25).

Höhepunkt der „KdA"-Kampagne

Der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" schlug für Anfang Mai, dem Zeitpunkt einer wichtigen Nato-Konferenz, eine fünfminütige Arbeitsruhe in der BRD vor. Der Bundesvorstand des DGB, sprach sich am 26. April mit den bezeichnenden Worten *„Das Volk ist für eine derartige Aktion noch nicht reif"* (26) dagegen aus!

Dennoch kam es unter der Führung der „KdA"-Landesausschüsse, die im wesentlichen in den Händen von SPD- und DGB-Funktionären lagen, zu einer breit getragenen Protestwelle: Veranstaltungen, Verteilung von Aufklärungsmaterial, Sammlung von Unterschriften, Abstimmungen an Hochschulen.

Ostern 1958 kam es zu Massendemonstrationen, die bei niedrigstmöglicher Schätzung 160.000 Teilnehmer hatten. In der Hälfte aller Städte über 200.000 Einwohnern kam es zu Kundgebungen (27). So zogen in Hamburg Demonstranten sternförmig von ihren Betrieben zum Rathausmarkt. Dort versammelten sich 120.000 Atomkriegsgegner unter den Parolen: *„Wir wollen genauso alt werden wie Konrad"* etc. Die „Welt" meldete: *„Der Name Adenauer oder Strauß wirkte wie ein rotes Tuch auf die Massen"* (28). Die städtischen Verkehrsbetriebe hatten eine 45-minütige Arbeitsniederlegung angeordnet! Kundgebungsredner war u.a. Bürgermeister Brauer (SPD) (29).

Sozialdemokraten ziehen sich zurück

Die Maifeiern von 1958 standen noch durchweg im Zeichen der Anti-Atomtod-Parolen, die SPD forderte in ihrem Maiaufruf sogar noch: *„Für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Westeuropa"*. Die Adenauer-Regierung startete drei Tage vor dem 1. Mai für ca. zwei Millionen Mark eine demagogische Anzeigen- und Plakataktion mit dem Ziel, sich selbst als Atomgegner herauszuputzen. Überschrift: *„Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt"*. Recht unverhüllt versuchte sie auf diese Weise, von ihrem Streben nach eigenen Atomwaffen abzulenken.

Die SPD hatte als „Perspektive" auf eine Volksbefragung orientiert. Am 30. Juli erklärte das Bundesverfassungsgericht die Volksbefragung für verfassungswidrig. Damit verhinderte es den für die Atomkriegsgegner wahrscheinlich positiven Ausgang der Befragung. Als die SPD bei der

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nicht den erhofften Stimmenzuwachs erhielt, um die CDU aus der Landesregierung abzulösen, bauten die führenden Sozialdemokraten nach und nach ihr Engagement im Kampf gegen den Atomtod ab.

Bereits auf ihrem Parteitag im Mai 1958 legte die SPD den Grundstein für ihr Godesberger Programm. Der „Kampf gegen den Atomtod" wird zurückgestellt zugunsten einer weitgehenden Bejahung der Landesverteidigung!

Der DGB zog nach: Im Oktober beschloß er, die Mitgliederbefragung auf unbestimmte Zeit zu „verschieben" (30) und der Bonner Ausschuß des „KdA" ersetzte die ursprünglich geplante weitere Kundgebungskampagne durch eine Informationskampagne, auf Druck der Sozialdemokraten. Der Vorschlag des „KdA"-Ausschusses, dann zumindest mit der Informationskampagne in die Landtagswahlkämpfe im Herbst einzugreifen, wurde von SPD- und DGB-Führung abgelehnt (31).

Da die Bewegung im wesentlichen von SPD und DGB geführt wurde und sich ein antiimperialistisches Bewußtsein nicht verankert hatte, brach sie nach dem Rückzug der Sozialdemokraten zusammen. Bitter rächte sich, daß man diesen „Volksvertretern" die Spitze überlassen hatte. Es gab zwar noch mehrere Ostermärsche und kleinere Komitees arbeiteten weiter, aber die Bewegung erreichte nie mehr die vorherige Breite.

Als am 27.11. Chrustschow das Berlin-Ultimatum stellte, gelang es der Bourgeoisie, die antikommunistische Hetze auf einen Höhepunkt zu treiben: *„Seit Hitler war in der deutschen Publizistik der Antikommunismus, die Entschlossenheit zum Kriege, die traditionelle Reaktion in Westdeutschland noch nie so offen und mit so großem Erfolg aufgetreten"* (32). In diesem Klima konnte jeder „Kämpfer gegen den Atomtod" erfolgreich in die Ecke des „Landesverräters" gedrängt werden.

In der Folgezeit ging die Aufrüstung der Bundeswehr rapide voran. Darüber hinaus wurde in der BRD eine Atomindustrie installiert, die die Herstellung einer eigenen Atombombe in kürzester Zeit ermöglicht. Den Sozialdemokraten gebührt die „Ehre", eine Bewegung, die die größte der Nachkriegszeit war, und die diese Entwicklung hätte aufhalten können, abgewürgt zu haben.

Für unseren heutigen Kampf können uns die Erfahrungen von „damals" warnen, falschen „Freunden" die Führung anzuvertrauen. Das Vertrauen auf die Sozialdemokratie erwies sich als tödlich wie der Antikommunismus schädlich.
Die Erfahrungen können uns darüber hinaus aber auch Mut machen, was „alles möglich ist", wenn wir uns auf die eigenen Kräfte stützen.

Ein Genosse des
SSB-PI/Hamburg

Anmerkungen:

1. H.K.Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970 (Dieses Buch ist sehr empfehlenswert, weil es trotz einiger Schwächen außerordentlich materialreich ist) S. 37
2. Pressekonferenz 5.4.57
3. dpa 12.4.1957
4. Rupp, S. 78
5. Tagesspiegel 15.4.57
5a. Rupp S. 89
6. ebenda, S. 90
7. Flugblatt: Gegen die Atomgefahr; Blaubuch, Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, hrsg. Friedenskomitee der BRD, S. 213
8. ebenda, S. 156
9. ebenda, S. 337 ff
10. Rupp S. 130 f
11. Broschüre „Kampf dem Atomtod, Arbeitsausschuß der KdA
12. Rupp 156
13. DGB-Pressedienst 25.3.58
14. KPD 1945-1965, Berlin, DDR, 1966, S. 102
15. Welt der Arbeit, 4.4.1958
16. Rupp, S. 235 f
17. SZ 26.3.58
18. FAZ 26.3.58
19. Rupp, S. 163
20. ebenda
21. ebenda (u.a. G.Andersch, Erich Kästner, H.H.Kirst, Günther Eich, Wolfgang Koeppen, Hans Werner Richter)
22. „Die Kultur", 15.4.
23. FAZ 29.3.
24. Rupp S. 165
25. Jahrbuch der Öffentl. Meinung, 1958 - 1964, S. 375
26. Archiv der KdA
27. Rupp 182
28. Welt, 18.4.
29. Rupp S. 185
30. FR, 13.10.
31. Rupp, S. 223
32. Th. Pirker, die SPD nach Hitler, München, 1965, S. 286

Hamburger gegen Atomtod

40 Unterschriften an der Spitze

Über 40 prominente Hamburger haben den Aufruf des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod" unterz... An ihrer Spitze stehen die Bürgermeister Max ... und Edgar Engelhard sowie Bürgerschaftspräside... Schönfelder und der Rektor der Hamburger U... Prof. Karl Schiller.

In dem Aufruf werden Bundestag und Bun... aufgefordert, den Rüstungswettlauf mit ato... nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zu... alle Bemühungen um eine atomwaffe... Europa zu unterstützen.

Unterschrieben haben in Hamburg: Past... Heinrich Braune, Hans-Georg Brenner, Erns... thea Eckart, Ida Ehre, Dr. h. c. Henry Ev... Fischer, Dr. Alfred Frankenfeld, Prof. D... Prof. Dr. Walter Haevernick, Klaus Ha... von Hollander, Dr. Herbert Jäger, Han... Karl Kluth, Walter Koppel, Prof. D. ... Dr. Fritz Lejeune, H. M. Ledig-Row... Willy Mertens, Dr. Martin Meier-S... Walter Mevius, Dr. R. Johannes M... Godber Nissen, Ernst Rathlov, F... Ritschl, Rudolf Saalfeld, Dr. H... Rudolf Sieverts, Hans Tügel, ... Hans Weißhaar und Prof. D... Unterzeichnerliste sollen and...

Keine Atomrüstung für gesamtes Deutschland

Erich Ollenhauer forderte auf seiner Pressekonferenz wiederum — diesmal mit dem Hinweis auf die sensationellen Ausführungen des NATO-Generalsekretärs Lord Ismay vom Vortage — die Bundesregierung auf, die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen auszurüsten. Beide Teile Deutschlands müßten aus der atomaren Rüstung herausgehalten werden. Außerdem solle die Bundesregierung die Westalliierten darum ersuchen, im Bundesgebiet keine Atomsprengsätze zu lagern. Die Sozialdemokraten erwarteten von der Regierung in der Atomdebatte hierzu eine eindeutige Erklärung.

...demokraten", so sagte ... der An... | ...den. Vorher hatten ... die „Zeugen ... gleichen Sinn gefaßt. Men... | schen, die die Gewaltanwendung aus religiösen Gründen strikt ablehnen.

Sind Sie für Atomwaffen auf deutschem Boden?

Hamburg, 11. April (Eig. Ber., dpa, up)

Einstimmig haben sich gestern die Vorstände der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion für Volksbefragungen in den Ländern über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ausgesprochen. Gleichzeitig besprach Bundeskanzler Dr. Adenauer mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, den „Marschplan" für die bevorstehende Bundestagsdebatte über die Volksbefragungen.

● **In Frankfurt am Main soll als erster Stadt der Bundesrepublik eine Volksbefragung über die Atomwaffen stattfinden.**

Die Volksbefragung wurde vom Stadtparlament in namentlicher Abstimmung mit 18 Stimmen der SPD und FDP gegen 15 der CDU beschlossen. **Keine der weiblichen CDU-Stadtverordneten nahm an der Sitzung teil.**

Die Frage, die den Frankfurtern gestellt wird, soll lauten: „Sind Sie damit einverstanden, daß auf deutschem Boden Streitkräfte mit atomaren Spre... gerüstet ...

...ferenz von vier Landtagspräsidenten über die Frage geplant, ob sich die Länderparlamente mit einer Volksbefragung über die Atomrüstung befassen können.

Der schleswig-... Landtagspräsident ... die Landtagspräside... dersachsen, Nordrh... und Baden-Würt... ...den.

● Die SPD-Frakti... wig-holsteinischen ... am 28. April eine ... über eine V... ...en.

Landesvors... ...nde Bren... ...abend, die l... aufzuruf... ...setzentw... ...agung ... ...en.

Nach Ansicht des Landesvorsitzenden der Partei, Paulmann, sollte dieser Vorstoß aber erst dann erfolgen, wenn der von der Bundestagsfraktion beabsichtigte Schritt im Bundestag scheitern sollte.

● Die FDP im Lande Bremen befürwortete gestern eine Volksbefragung unter den Bremer Wählern.

● Auf dem Bezirksparteitag Nordwest der SPD, an dem am ...

Professor Dr. Bechert

Atombomben-Versuche sofort einstellen!

Frankfurt am Main, 7. Mai (up)

Die SPD wird bei der Atomrüstungsdebatte des Bundestages am 10. Mai in einem Antrag von der Bundesregierung fordern, gemeinsam mit anderen Regierungen darauf hinzuwirken, daß die Atomversuchsexplosionen sofort eingestellt werden. Diesen Schritt hat der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer gestern angekündigt.

Die Haltung der Regierungsparteien und der Bundesregierung gegenüber diesem Antrag werde ein „entscheidender politischer ...fall" sein.

Bei der Atom... am komm... die ...

...gsdebatte ...ag werde ...rigen in ...was die ...er Exi... Volkes ...e und ohne kön...r.

Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

...gang IX — Nummer 19 | KÖLN, den 9. Mai 1958 | Einzelpreis 50 Pfennig

Mit Nazigesetz gegen Atom-Komitee

Bericht über den schweren Fehltritt der Münchener Polizei

Die bayerische Staatsregierung hat sich einen ungewöhnlichen Willkürakt gegen die Gegner der Atomrüstung erlaubt. Gestützt ausgerechnet auf das Spendengesetz des Naziregimes aus dem Jahr 1934 hat die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft München I in den Morgenstunden des 30. April eine Haussuchung bei Mitgliedern des Münchener „Komitees gegen Atomrüstung" veranlaßt. Dabei sind in der Privatwohnung des Schriftstellers Hans-Werner Richter sämtliche vorhandenen Unterlagen beschlagnahmt worden. Gleichzeitig wurde das Büro der Atomgegner im Münchener Gewerkschaftshaus durchsucht. Spendenlisten und freiwillige Spenden der Bevölkerung wurden eingezogen.

Daß die Polizeiaktion — trotz des inzwischen eiligst ergangenen Dementis der bayerischen Regierung, „sie habe damit nichts zu tun" — eindeutig als von oben gesteuerte poli...

Das anläßlich einer Großkundgebung im Münchener Krone-Bau a... 2. April gegründete „Komitee geg... Atomrüstung", dem namhafteste P... sönlichkeiten aus Politik, Ku... und Kulturleben spontan beitr... hatte wenige Tage später beim b... rischen Innenministerium den A... auf Spendengenehmigung ... Sammlungserlaubnis gestellt.

Während nun als Regel g... regierungsamtliche Spendeng... gungen in die Zuständigke... Ministerialbeamten vom Ba... Regierungsrates fallen, w... Antrag des Komitees der ... ner am 29. April durch ...

Im Fettnäpfchen: Kohl

DRUPA-Eröffnung in Düsseldorf, 2. Mai 1958. Zum 198 000. Male nimmt Professor Erhard die Gelegenheit wahr, seine Lieblingstheorie von der freien, nein, von der ganz freien Marktwirtschaft zu entwickeln. Er braucht dazu kein Manuskript, er weiß das alles längst auswendig, und nicht nur er, auch die Zuhörer — ein geladenes, also erlauchtes Publikum — können auswendig mitsingen. Diesmal forderte Erhard nun auch die ganz freie europäische Wirtschaft, befreit von staatlichem Einwirken jeder Art. Der Ruf nach dem Staate musse überhaupt ganz verschwinden.

Dann aber schwang sich Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister, Herr Kohlhase, auf das Podium, der FDP-Mann im Steinhoff-Kabinett. Dieser von Haus und Partei wegen liberale Mann korrigierte Erhard. Die armen Papierindustriellen, die jahrelang den Verlegern Überpreise für Zeitungspapier abgefordert haben, hätten doch nun unter der Einfuhr billigeren, ausländischen Papiers zu leiden. Das drücke so auf die Preise. Und laut ließ der liberale Mann im Angesicht seines Bundeswirtschaftsministers den Ruf nach dem Staat erschallen. Er forderte eine Zollerhöhung.

So ist das also mit der Freiheit, die die Unternehmer meinen. Immer hereinspaziert in Erhards freie Markthalle. Für steigende Preise könnt ihr sie haben, die Freiheit, die ihr meint. Bei sinkenden Preisen jedoch ist die Freiheit ...

Front gegen Atomtod!

Protestwelle von den Alpen bis zur Nordsee

(Fortsetzung von Seite 1)

Das lebensgefährliche Experiment der Atomrüstung in der Bundes... ...nicht Wirklichkeit werden! Eine solche atomare Auf... ...sicherheit bringen, sondern das geteilte Deutsch... ...atommächte machen", heißt es in einer ... Hamburg, Stade und ... in Bremen ein... ...klärte in

Verbot aller atomaren Waffen!

Von Willi Richter, Vor... ...r des Deutschen Gewerkschaftsbunde...

Am Weltfeiertag der Arbeit sollten wir uns erinnern an jenen 1. Mai 1890, als zum erstenm... den 8-Stunden-... Koalitions... ...schu...

Entwick...

...Millionen von ... unsere Brü... ...stern sind, ...nd, im Her... ...r dem bol... ...stem leben ...ie Deutschen im ... und Westen unseres geteilten Deutschland sind dieselben Deutschen!

Während die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone seit über 25 Jahren in Unfreiheit leben müssen, haben wir hier seit Jahren die Freiheit, um unsere Demokratie auszubauen und zu festigen. Mit unseren Freunden in Mitteldeutschland sehnen wir den Tag herbei, wo auch sie die Freiheit wieder erlangen. Dann können wir endlich gemeinsam in Frieden, Freiheit und Sicherheit das Leben unseres Volkes nach den Grundsätzen der von der UNO verkündeten Charta der Menschenrechte gestalten!

...der sowjetisch besetz... Zone werden am 1. Mai ...an den von den politi... Machthabern befohl... ...nd den ...

Im Namen aller Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland und im Namen der 60 Millionen in den Gewerkschaften des IBFG vereinten Arbeiter zum 1. Mai die herzlichsten Grüße.

Solidarität mit den 17 Millionen Menschen der sowjetisch besetzten Zone bedeutet für die unabhängigen deutschen Gewerkschaften, daß wir nicht aufhören werden, die verantwortlichen Großmächte, die Bundesregierung, die Parteien und die Weltöffentlichkeit aufzufordern, endlich die Wiedervereinigung aller Deutschen zu verwirklichen.

Die Wiedervereinigung ist für uns kein Faktor von innen- oder außenpolitischen, militärischen oder wirtschaftlichen Berechnungen, sondern ein unveräußerliches Recht des deutschen Volkes!

Allen unseren Anst... gungen um bes... beding...

Die Differenzen in der Welt ver... verstärkt. Der Rüs... lauf hat seinen ... genommen und di... Waffen immer stärk... Vordergrund gebrach... ser Wettstreit um d... samsten und furch... Vernichtungswaffen ... die Gefahr krieg... Katastrophen.

Die Verantwortlich... sen längst, daß es ... kommenden Krieg ... Sieger noch Bes... kann. Ein Krieg ... nur Länder verwüs... Völker vernichten ... nicht nur die Kul... Völker auslöschen ... auch das Dasein der ... heit bedrohen.

Darum forder... derum am ... Arbeit und d... ein Abkomm... Verb...

Kampf gegen den Atomtod

Überall Empörung gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen

(Fortsetzung von Seite 1)

In Hamburg und Bremen steht das Barometer auf Sturm. Die Woge der Empörung gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen schlägt immer höher. „Das Volk muß sich Gehör verschaffen!" rief gestern der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner aus, der in Lokstedt eine Reihe von Protestkundgebungen gegen den Atomtod eröffnete. In der Hamburger Universität protestierten gestern der Kampfbund gegen Atomschäden und die Internationale der Kriegsdienstgegner gegen den Atomwahn.

Die CDU hat erklärt, sagte ... in Hamburg

...Er-... Frei-... ...n In-... fort-...

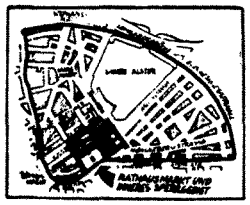
● Deutsche ... ...ität, ... „Hamburg..." ...

200 000 Kinder sind in Gefahr

Heute um 17 Uhr!

Der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" fordert alle Hamburger auf, heute um 17 Uhr auf dem Hamburger Rathausmarkt an der Kundgebung gegen die Atomaufrüstung teilzunehmen. Sechs Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden zu den Kundgebungsteilnehmern sprechen:

- Bürgermeister Max Brauer,
- Theologieprofessor Hans-Joachim Kraus von der Theologischen Fakultät Hamburg,
- Heinz Frehse, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
- Bundestagsabgeordneter Wolfgang Döring, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP,
- Hans Henny Jahnn, Präsident der Freien Akademie der Künste,
- Edward Reimer, 1. Landesverbandsvorsitzender des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen.



So wird der Verkehr geregelt

Zwei Sperrgürtel wird die Polizei für die Zeit der gewaltigen Kundgebung „Kampf dem Atomtod" heute zwischen 16 und 18 Uhr errichten. Sämtliche Verkehrsmittel der HHA werden 45 Minuten lang ruhen.

- Der Rathausmarkt und die unmittelbar angrenzenden Straßen sind ab 16 Uhr für den gesamten Fahrverkehr gesperrt. Die Straßenbahnen und andere öffentliche Verkehrsmittel (ausgenommen U-Bahn) werden von dem Zeitpunkt ab nicht über den Rathausmarkt geführt, sondern über Lombardsbrücke und Stephansplatz umgeleitet.
- Ab 16 Uhr wird darüber hinaus ein Verkehrsverbot für Fahrzeuge aller Art für das durch nachfolgende Straßen begrenzte Gebiet der Innenstadt polizeilich angeordnet:

Gorch-Fock-Wall, Stephansplatz, Esplanade, Lombardsbrücke, Ferdinandstor, Glockengießerwall, Umleitungsfahrbahn, Lange Mühren, Steinstraße, Domstraße, Nikolaistraße, Rödingsmarkt, Grasskeller, Stadthausbrücke, Fuhlentwiete, Caffamacherreihe, Jungiusstraße. (Siehe auch unsere Karte.)

Die Einfahrt in dieses Sperrgebiet wird jedoch für Anlieger gestattet.

Im Hinblick auf die zu erwartenden Verkehrsschwierigkeiten, empfiehlt die Polizeibehörde allen Kraftfahrern, ab 16 Uhr dieses Gebiet der Innenstadt zu meiden

- Ferner wird empfohlen, daß die um diese Zeit sich in der Innenstadt aufhaltenden Autofahrer nicht zwischen 16 und 17 Uhr, sondern möglichst vorher oder nachher die City über Karl-Muck-Platz, Stephansplatz, Georgsplatz, Altmannstraße zu verlassen.
- Alle U-Bahnen, Straßenbahnen, Busse und Alsterdampfer der HHA haben Verkehrsruhe an den jeweiligen Haltestellen. Für die Dampfer der Hadag gilt dasselbe. Nur S-Bahn und Nah- und Fernzüge verkehren weiter.

• 150000 marschierten zum Rathaus •

Hamburgs Nein zum Atomrüsten

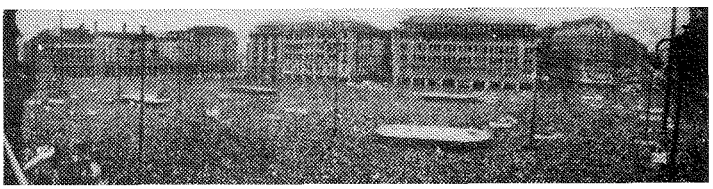
Freitag, den 18. April 1958 – Nummer 90 – 10. Jahrgang – Verlagsort Hamburg

HAMBURGER Morgenpost

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Start in Brüssel

Lesen Sie Seite 6



„Für den Frieden"

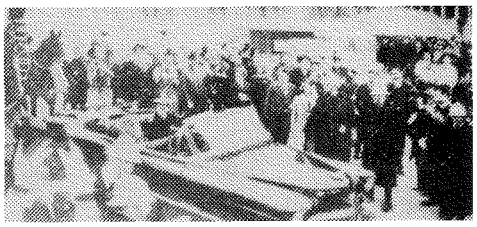
Der Protest gegen den Atomtod war eine der größten Kundgebungen in der Geschichte Hamburgs. Dichtgedrängt standen über 150 000 Menschen auf dem Rathausmarkt und in den Nebenstraßen.

Hamburg, 18. April (Eig. Ber.)

Mit einem hundertfünfzehntausendfachen „Nein" protestierte Hamburgs Bevölkerung gestern gegen die Atomrüstung der Bundeswehr. „Es war alle ist die Frage gestellt, ob wir den Untergang aller Kultur und den Selbstmord, oder ob wir die Rettung des Friedens, die Rettung unserer Frauen, die Rettung unserer Kinder wollen", rief Bürgermeister Brauer den 150 000 Männern und Frauen zu, die dichtgedrängt auf dem Platz und auf den Straßen vor dem Hamburger Rathaus standen. Es war eine der größten Kundgebungen in der Geschichte Hamburgs.

JUBEL UM DEN KÖNIG

König Baudouin und Prinz Albert fahren nach der feierlichen Eröffnung durch die Straßen der Weltausstellung -rumbl.-



Reeder Onassis entläßt Deutsche

„Gegen den Atomtod!"

Volksbewegung gegen die Gefahr eines Atomkrieges

Bonn, 27. Januar (Eig. Ber., dpa, up)

Eine breite Welle des Widerstandes, eine „Volksbewegung gegen den Atomtod" will die Sozialdemokratische Partei mit einem Aufklärungsfeldzug über die Gefahren und Folgen der atomaren Aufrüstung hervorrufen. Dies kündigte der Parteivorsitzende Ollenhauer gestern in Bonn an. Unmittelbar nach der erregten Bundestagssitzung am Freitag, sagte Ollenhauer, habe der Parteivorstand entsprechende Beschlüsse gefaßt, die in den kommenden Wochen verwirklicht werden sollen.

„Wir werden mit immer steigender Kraft die Öffentlichkeit mit den Fakten vertraut machen, die hier auf dem Spiel stehen", rief Ollenhauer aus.

Er wies nachdrücklich auf die Gefahren eines Atomkrieges hin. Eine Katastrophe werde unvermeidlich sein, wenn es nicht noch in diesem Jahr gelinge, zu militärischen Auseinandersetzung auf sich, oder er wolle eben die Einheit Deutschlands nicht.

● Zum Rapacki-Plan sagte Ollenhauer, er entspreche in seinen Kernstücken den Vorstellungen der SPD. Er sei sicher keine Patentlösung, aber wenn man ihn untersuche und zu Ergebnissen komme, die für beide

1. Die unterschiedlichen Auffassungen über den Weg zu einer Ost-West-Entspannung,

2. die Entscheidung über die Atombewaffnung in der Bundesrepublik, und

3. die Auswirkungen der Rüstungspolitik hauptsächlich auf dem sozial- und wirtschaftspolitischen Sektor.

Atom-Protest der HHA: 45 Minuten Betriebsruhe

Die Atomwaffenpolitik des BRD-Imperialismus

In der Massenbewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken nimmt das Bewußtsein zu, daß durch das Atomprogramm gleichzeitig die Gefahren einer atomaren Rüstung zunehmen. Die Demonstration in Almelo ist ein beredter Ausdruck davon. Wir wollen deshalb hier die Almelo-Broschüre gleichzeitig zum Anlaß nehmen, die Atomwaffenpolitik der BRD hier insgesamt vorzustellen. Erinnert sei hier auch an unsere Broschüre „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?", in der in einem Kapitel der Weg der BRD zur Atommacht über den Aufbau einer Kernindustrie dargestellt worden ist. Niemand anderes als „Friedenskanzler" Brandt machte die Ziele des BRD-Imperialismus deutlich: „Die ungehinderte zivile Nutzung des Atoms ist ein vitales Interesse nicht nur ... für die Bundesrepublik. Die Entwicklung einer friedlichen Atomindustrie wird weiter vorangehen ... In den so betriebenen Reaktoren entsteht Plutonium, das sich auch zur Waffenherstellung verwenden läßt. Mit der Ausbreitung der Nuklear-technologie wird nicht nur die Zahl der zivilen Atommächte, sondern unausweichlich auch die Zahl der Staaten zunehmen, die über die objektive Fähigkeit zur Kernwaffenherstellung verfügen". (Brandt: „Friedenspolitik (I) in Europa", Seite 215).

Der folgende Artikel geht im wesentlichen auf die Entwicklung der atomaren Bewaffnung der BRD und auf das Streben nach eigenen Atomwaffen ein. Die Verfügungsgewalt über den Einsatz der atomaren Waffen verfolgte der BRD-Imperialismus immer über drei Wege:

- **einmal den Aufbau einer eigenen Atomindustrie, die die Voraussetzung für die Herstellung von Atombomben ist;**
- **zum zweiten über den Weg innerhalb der Nato, in der die BRD aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Stärke und der geostrategischen Lage schon immer versucht hat, Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen zu erhalten und**
- **über verschiedene Konzeptionen des Aufbaus einer westeuropäischen Atomstreitmacht bei Beteiligung des britischen und vor allem französischen Atomwaffenpotentials.**

Bereits auf der Dezember-Tagung der Nato im Jahre 1954 wurde beschlossen, daß auf dem Gebiet der BRD amerikanische taktische Atomwaffen stationiert werden sollen. Infolge der Niederlage des US-Imperialismus in Korea und der Tatsache, daß die hochgesteckten Ziele einer konventionellen Aufrüstung der westeuropäischen Staaten nicht erfüllt werden konnten. Die von Eisenhower beschlossene geänderte Nato-Strategie hatte *„die Herabsetzung des zahlenmäßigen Standes der bewaffneten Streitkräfte für die Jahre 1955 und 1956 und ein krasses Ansteigen des Umfangs und Niveaus der Modernisierung der mit Kernwaffen ausgerüsteten Luftstreitkräfte auf Kosten der konventionellen Streitkräfte"* zur Folge („New York Times", 18.12. 54). Also noch bevor die BRD offiziell Nato-Mitglied wurde, stand die atomare Bewaffnung schon fest. Die BRD mußte in den „Pariser Verträgen" einige „Zusicherungen" abgeben, daß sie auf i h r e m Gebiet keine ABC-Waffen produzieren würden. Die „friedliche Nutzung" der Atomenergie blieb dabei ebenso ausgenommen wie die Herstellung von Atombomben in anderen Staaten. So konzentrierte sich der BRD-Imperialismus vor allem darauf, die Grundlagenforschung auf dem Atomenergiesektor aufzunehmen.

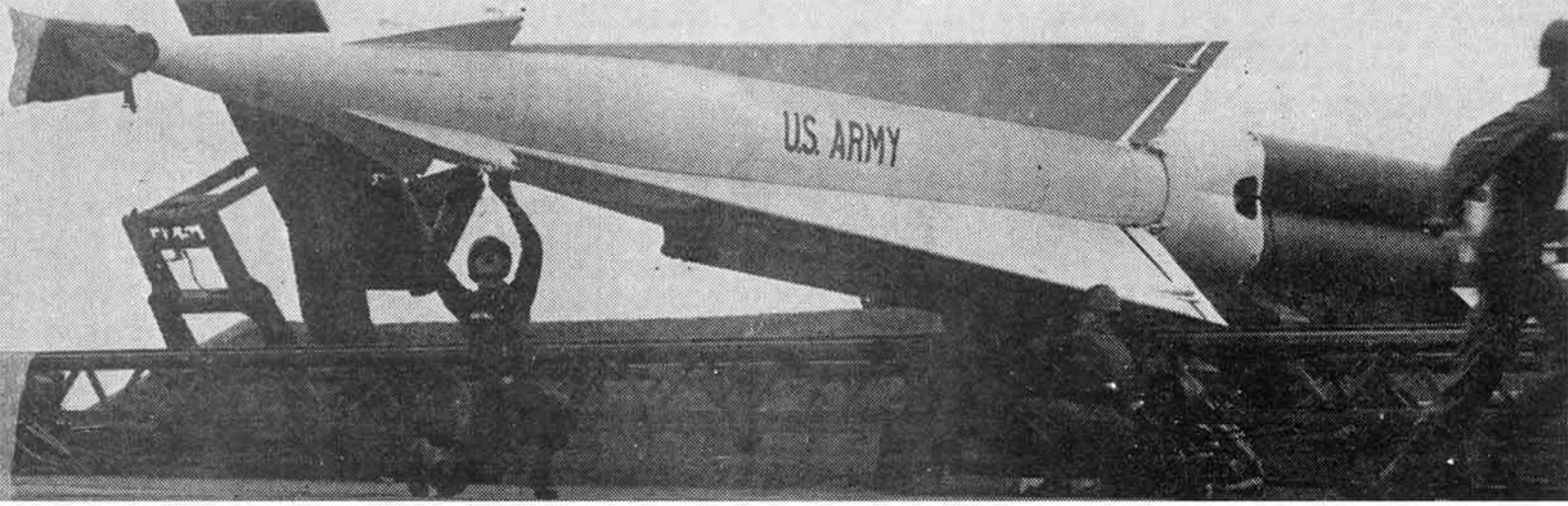
In diesem Zusammenhang wurde 1956 ein Abkommen mit den USA „zur Erleichterung des Austausches von Patenten und technischen Informationen für Verteidigungszwecke" unterzeichnet, das eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomforschung vorsah. Auf der anderen Seite forderte der BRD-Imperialismus, daß *„den westdeutschen Streitkräften ... Atomwaffen aus der Produktion anderer Atlantikpaktstaaten zur Verfügung gestellt werden"*. (Strauß in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18.10.1956).

Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere in den USA geschult, atomare Raketen zu bedienen. In der BRD verfügte die Bundeswehr über *„ein Raketenversuchsregiment, das die modernsten ferngelenkten Waffen zur Flug- und Panzerabwehr erprobt und die Mannschaften für die Waffen der Zukunft ausbildet"* („FAZ", 26.1.56).

Die in der BRD stationierte 7. US-Armee wurde gemäß den Beschlüssen der Nato-Konferenz von 1954 mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet. Es handelte sich um

- 6 Artillerieeinheiten mit 6 Atomgeschützen und einer Reichweite von 35 km,
- Raketen vom Typ „Honest John"- Reichweite 32 km,
- Raketen vom Typ „Corporal" - Reichweite 160 km und
- 150 unbemannte ferngelenkte Bomber vom Typ „Matador" mit einer Reichweite von 800 km

Insgesamt wurden also schon vor dem offiziellen Eintritt der BRD in die Nato und vor der Gründung der Bundeswehr Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die westdeutschen Streitkräfte in der Lage sein werden, auch einen Krieg mit Atomwaffen zu führen – beim damaligen Kräfteverhältnis natürlich unter der Regie des US-Imperialismus. So erklärte General de Maizère in der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau": *„Man kann eine Truppe nicht zweigleisig ausbilden, nämlich für einen Einsatz im Atomkrieg und im konventionellen Krieg. Sicher aber wird es leichter sein, eine für den Atomkrieg vorbereitete Truppe im konventionellen Kampf einzusetzen..."* (1/1958). Und Kriegsminister Strauß erklärte zynisch: *„Wir messen der Ausstattung unserer Streitkräfte mit Mehrzweckwaffen und der Lagerung nuklearer*



US-Soldaten in Ramstein exerzieren an einer Nike-Rakete. Die Standardwaffe der NATO-Luftverteidigung ist meist mit einem atomaren Sprengkopf ausgerüstet.

Sprengkörper für taktische Zwecke auf europäischen Boden... große Bedeutung bei.... Wir sind trotz der dichten Besiedlung der BRD... bereit, die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volk zu vertreten" („Handbuch der Nato", 1957).
Damit waren die Weichen für den Aufbau einer Bundeswehr gestellt, die auf den atomaren Krieg konzipiert wurde!

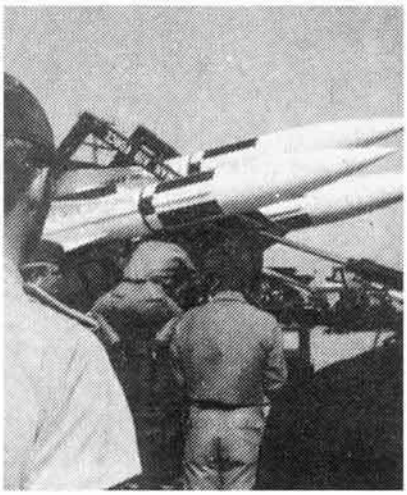
Der Nato-Plan MC-70

Auf den Nato-Tagungen im Jahre 1958 wurde im Rahmen der aggressiven imperialistischen Militärstrategie ein 5-Jahres-Plan zur atomaren Aufrüstung der Nato seitens der USA verabschiedet, das Dokument MC-70. Es sah im wesentlichen ein Netz von atomaren Stützpunkten in den Nato-Ländern vor. Großbritannien, die Türkei, Griechenland, Belgien, Holland, Frankreich und die BRD erhielten Abschußrampen für die Atomwaffenträger („Thor" und „Jupiter", die klar für den Ersteinsatz von Atomwaffen bestimmt waren). Gleichzeitig wurden die amerikanischen Heeresstreitkräfte nach der sogenannten „Pentomic-Studie" für den atomaren Einsatz umstrukturiert. Das westdeutsche Militaristenblatt „Wehr und Heimat" schrieb in der Ausgabe vom Juli 1958 dazu: *„Die US-Division wird damit von taktischen Atomwaffen abhängig. Ohne sie ist ein Einsatz nicht denkbar. Auch ein mit herkömmlichen Mitteln begonnener Krieg würde mit dem Eintritt einer Pentomic-Division zwangsläufig sein Ende finden. Es kommt zum Atomkrieg... Die Amerikaner haben dabei bewußt die Gefahr eines etwaigen Mißbrauchs von Atomwaffen durch unsere Truppenführer in ihre Abschreckungstheorie einkalkuliert".* Die Konsequenzen der Studie MC-70 beinhaltete die Umstrukturierung der Bundeswehr in kleinere Kampftruppen, den Brigaden nach dem amerikanischen „Pentomic"-Modell. Im Laufe des Jahres 1958 erhielten die Bundeswehreinheiten erstmals Atomwaffenträger, und zwar:

- 40 Raketenbataillone für das Heer,
- 28 Luftabwehrraketen für die Luftwaffe mit je 48 Abschußrampen je Bataillon,
- über 100 Abschußrampen für die Raketen des Typs „Matador" und
- 150 Raketen vom Typ „Honest John" („Armee für den Krieg", S. 186).

Gleichzeitig begann die BRD zusammen mit Frankreich und Italien den Bau und die Produktion von Trägerraketen auf amerikanische Lizenz zu forcieren. In einem gemeinsamen Abkommen vom Januar 1958 wurden auf Lizenz produziert:

- die Panzerabwehrraketen SS-10 und SS-11,
- die taktischen Boden-Boden-Raketen „Honest John" und „Corporal",

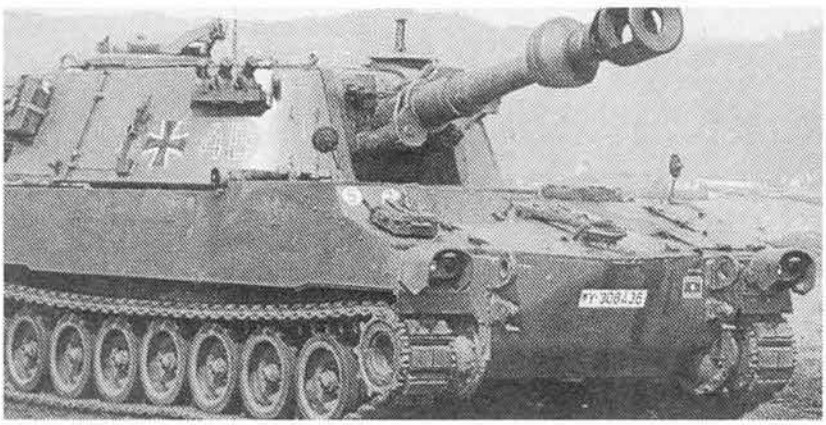


Hawk-Raketen

- die Boden-Luft-Raketen „Nike" und „Hawk" sowie die britische „Blood Hound"-Rakete,
- die lenkbare Rakete „Matador" und die Luft-Luft-Rakete „Sidewinder" („Welt", 5.6.58). Die Kosten für die Lizenzproduktion: 1 Milliarde DM).

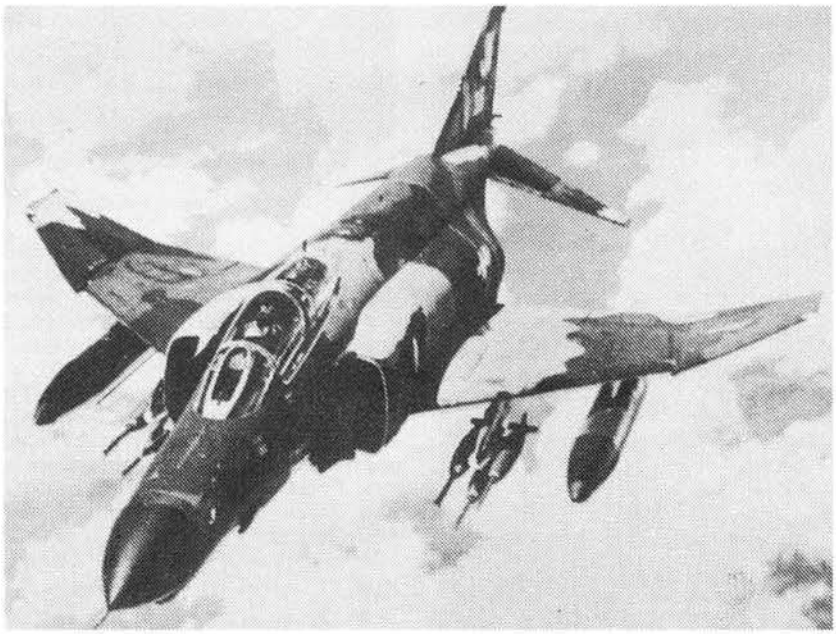
Die Bedeutung der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen legte Nazi-General Heusinger, damals Generalinspekteur der Bundeswehr, wie folgt dar: *„Die USA stellen dem Nato-Oberbefehlshaber in Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung, deren Stationierung im Einvernehmen mit den nationalen Regierungen festgelegt wird. Die USA legen einen Vorrat an Atomsprengköpfen an, über den sie allein verfügen. Die Atommunition wird den Bündnispartnern erst im Ernstfall zur Verfügung stehen. Das bedeutet aber, daß die Nato-Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt über die entsprechenden Einsatzmittel und ausgebildeten Bedienungsmittel verfügen müssen"* (Heusinger, Reden 1956-61, S. 32).

Die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerraketen veranlaßte den BRD-Imperialismus in der folgenden Zeit, nicht nur ein Mitspracherecht über den Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der Nato zu verlangen, sondern ihre aggressiven militärstrategischen Konzeptionen in der Nato durchzusetzen.



Panzerhaubitze: Atomgranaten-Abschuß möglich

Mit Atombomben zu bestückender RF–104 G (Starfighter)



Phantomjäger

Das Konzept der „Vorneverteidigung" ...

Die BRD, die bereits 1959 mit 7 voll aus- und umgerüsteten Divisionen die stärkste konventionelle Streitmacht Westeuropas stellte, ging nun daran, ihre für den atomaren Krieg einsatzbaren Streitkräfte an die Grenzen der DDR und der CSSR vorzuverlegen. Nazi-General Speidel erklärte: *„Mit der Aufnahme der BRD in die Nato... sowie der Einführung taktischer Atomwaffen ist die Stärke unserer Streitkräfte gewachsen. Und zwar hat sie so stark zugenommen, daß wir heute Europa Mitte nicht am Rhein, sondern an der äußersten östlichen Grenze des Bereiches – des Eisernen Vorhangs – verteidigen können"* (Bulletin des Presse- und Informationsamtes Bonn, 1958).

Auf den Stabsübungen „Side Step" und „Shapex 1959" wurde erstmalig der atomare Krieg nach der neuen Konzeption erprobt. Diese Änderungen der imperialistischen Strategie wurden notwendig, weil die Sowjetunion auf dem Gebiet der Langstrekkenraketen aufgeholt hatte und damit auch die USA atomar erreichen konnten. General Taylor, der bereits 1958 die noch heute gültige Nato-Strategie der „flexiblen Antwort" vertrat, schrieb: *„Wir müssen nunmehr die sogenannten Streitkräfte für einen lokalen Krieg von nun an als aktive Keime unserer Militärstrategie betrachten... Es herrschte die Auffassung, daß die Landstreitkräfte in Europa und im Fernen Osten den Schild bilden sollten, unter dessen Schutz die USA den Vernichtungsschlag mit dem Atomwaffen-Schwert führen. Nunmehr müßten die Rollen vertauscht werden. Die Schwerter würden zum Schutzschild werden, der die Gefahr des feindlichen Atomüberfalls abwehrt, während die Streitkräfte des lokalen Krieges das elastische Schwert ... zum Angriff eines Schlages bilden sollten. Deshalb gewinnt... das Schwert eine neue und größere Bedeutung"* (Taylor, „The Uncertain Trumpet", S. 215).

Die Aufwertung der Streitkräfte in Westeuropa führte zur weiteren atomaren Aufrüstung der Bundeswehr.

Der Kampf der westdeutschen Militaristen um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen nahm 1960 immer mehr Formen an. In Gestalt der Denkschrift: *„Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung"* stellte der Führungsstab der Bundeswehr die unmittelbare Forderung nach unbeschränkter atomarer Ausrüstung: *„Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte ... Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind. Die Verantwortung für die anvertrauten Soldaten zwingt die Truppenführer, in der heutigen Situation die für die Schildstreitkräfte unentbehrliche atomare Bewaffnung zu fordern ..."* („Spiegel" vom 10.10.62).

Zusammengefaßt forderte die Denkschrift folgende Voraussetzungen:

1. *„totale Militarisierung Westdeutschlands als entscheidende Voraussetzung;*
2. *Festigung der Militärallianz Westdeutschlands mit den USA, um auf diesem Wege schrittweise die politische, wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus über Westeuropa als entscheidende äussere Voraussetzung zu erringen;*
3. *Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen und Mitbestimmung über alle Arten strategischer Kampfmittel als entscheidende militärtechnische Voraussetzung"* (aus „Volksarmee" Nr. 116/1960).

Die Starfighter-Affäre

Bereits 1955 forderte General Kammhuber, zeitweise Inspekteur der Luftwaffe, daß *„die Bundeswehr eine Waffe haben muß, um bis*

zum Ural wirken zu können. Andernfalls sind wir nur Satelliten" („Spiegel", Nr. 41, 1962).

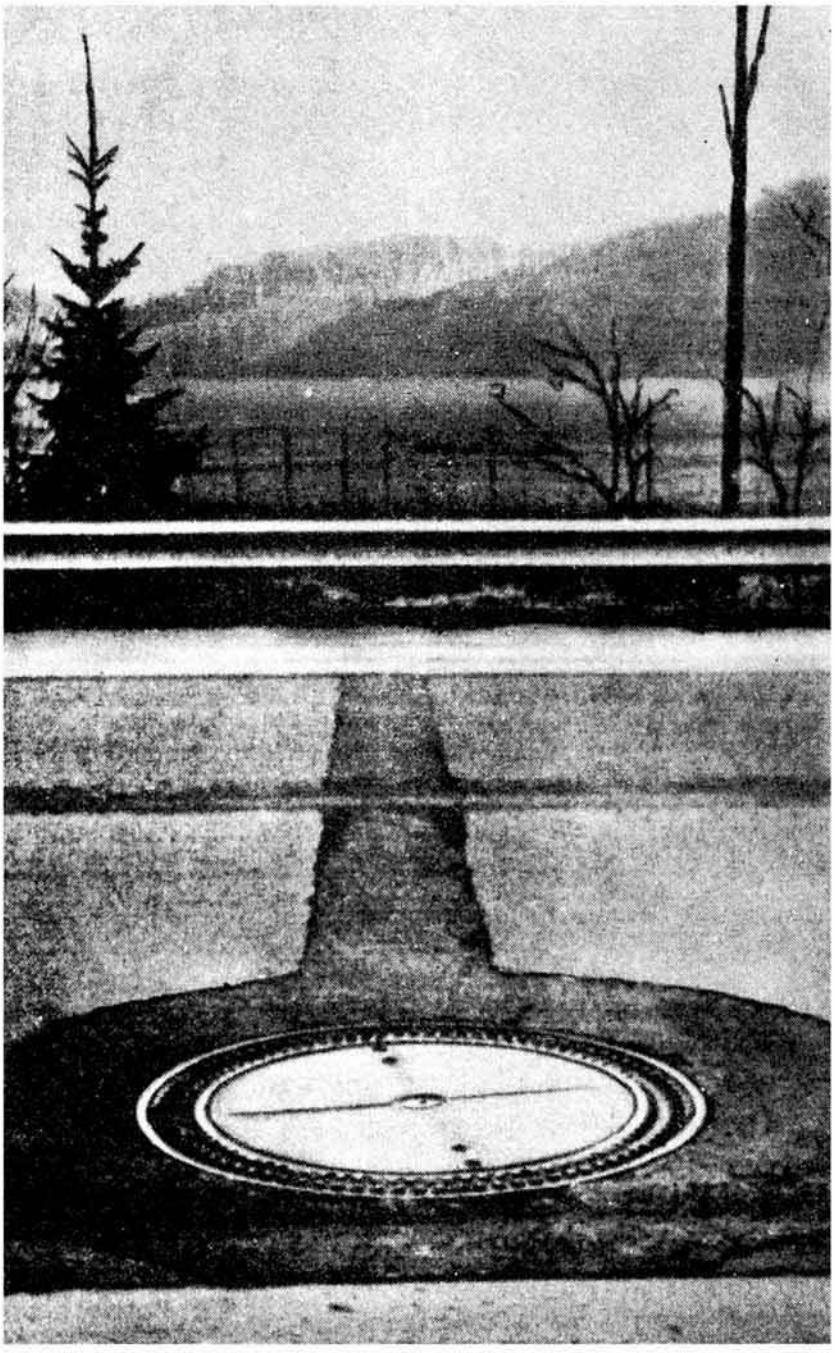
Mit dem Starfighter-Programm legten nunmehr Strauß und Kammhuber die Grundlage für eine solche Waffe: *„Jagdbomber, die Atomköpfe transportieren können und die später durch Raketen ersetzt werden sollen"* („Spiegel", Nr. 41, 1962).

Jagdbomber wie der Starfighter gelten als reine Angriffswaffen, weil sie auf kilometerlange Pisten angewiesen sind, diese Betonpisten jedoch wegen ihres strategischen Wertes erstens Ziel bei einem Krieg sind. *„Die Kampfaufträge für die NATO-Luftwaffen beruhen deshalb auf den sofortigen Gegenzug nach Angriffsbeginn. Sie zielen auf Raketenbasen, auf Flugplätze und vor allem auf die empfindlichsten Stellen .. die langen Nachschublinien. Das Schlachtfeld Europa soll an der Weichsel abgeriegelt werden"* („Spiegel", Nr. 41, 1962).

Hinzu kam noch die Ausrüstung der Luftwaffe mit Boden-Boden-Raketen vom Typ „Pershing" (Reichweite 600 km) im Jahre 1962. Zusätzlich standen der Bundeswehr bereits 1961 schon 6 „Nike"-Bataillone mit insgesamt 276 Abschußrampen zur Verfügung.

Zur Umstellung des Starfighters auf einen Atombomber kam es, als 1959/60 die NATO vorsah, die europäischen Bündnispartner mit einer stärkeren atomaren Schlagkraft auszurüsten. Dementsprechend waren für die Bundeswehr auch Atombomber vorgesehen. Hier sah insbesondere Strauß die Chance, durch die Hintertür die ersehnte atomare Teilhaberschaft zu erreichen. Um eine Rücknahme des NATO-Beschlusses zu verhindern, versuchte Strauß die USA vor vollendete Tatsachen zu stellen: Er ließ ein neues Bombenrechnermodell, den „Dual Timer", einbauen, das zwar für den Atombombenabwurf geeignet war, für konventionelle Bomben jedoch zu ungenau ist.

Zwar erreichte Strauß sein Ziel nicht mehr während seiner Amtszeit als Kriegsminister, doch ab 1964 hingen US-Atombomben unter dem Starfighter. Seit dieser Zeit waren 9 der 11 Starfightergeschwader (560 von 700) für einen Atomwaffeneinsatz umgerüstet. **Zu dieser Zeit standen im Bereich der Bundeswehr stets 30 Starfighter atomar bewaffnet, vollgetankt und mit vorgewärmter Elektronik, startklar für eine Aggression bereit. Jedem alarmbereiten Pilot waren zu diesem Zeitpunkt je 2 Ziele für den Atombombenabwurf bekannt.**



Sprengschachtdeckel in der Bundesstraße 27

Atomminen (ADM) für die BRD zur Verminung der DDR-Grenze im Rahmen der Vorwärtsverteidigung

Im Rahmen der „Vorwärtsverteidigung" (seit 1963) wurde die sogenannte „Hauptverteidigungslinie" vom Rhein an die DDR-Grenze verlegt. *„Die damals vorhandenen Truppen reichten jedoch für die Vorwärtsverteidigung nicht aus"* („Spiegel" Nr. 1, 1965). Über die Grundfrage, wann Atomwaffen eingesetzt werden sollen, bestanden jedoch 3 verschiedene Vorstellungen:

- Frankreich verlangte in jedem Fall, auch bei konventioneller Kriegsführung, eine sofortige „massive Vergeltung" durch Atomwaffen;
- die USA forderten die Durchsetzung der „flexiblen Antwort";
- die BRD arbeitete bereits damals an den Grundzügen, keine Trennung zwischen konventionellen und atomaren Waffen vorzunehmen, und die Atomwaffen sofort einzusetzen.

Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb der NATO ließ der damalige Kriegsminister, von Hassel, eine Studie über die „Vorwärtsverteidigung" vom Führungsstab der NATO ausarbeiten.

Ergebnis dieser Studie war u.a. folgende Feststellung: *„Es ist denkbar, daß ... Verzögerungskräfte auch mit Atomminen ausgestattet werden ..."* („Spiegel" Nr. 1, 1965).

Bei den Vorstellungen über den Einsatz der ADM kamen bereits die Vorstellungen zu Tage, die heute noch u.a. von General Schnell vertreten werden. *„Die deutsche Version sieht keine ‚Pause' zwischen dem konventionellen und atomaren Kampf vor, dafür aber mehrere Intervalle ..."* (ebenda). Die wesentlichen Widersprüche der USA zu dieser Version liegen darin begründet, daß durch einen frühzeitigen Einsatz

der Atomwaffen durch die BRD sie *„zu einem fast unausweichlichen Zugzwang"* genötigt würden.

Bereits 1958 hatten die USA Atomminen auf westeuropäischem Gebiet eingelagert. Im Dezember '65 waren dann auch die „Bedenken" der USA gegenüber der BRD ausgeräumt. So *„deponierten die Amerikaner auf (west-)deutschen Boden mehrere hundert Atomminen"* („Spiegel" Nr. 52, 1965). Obwohl es massenhafte Proteste wegen der Gefahren solcher Atomminen in der BRD gab, wurden die Konsequenzen für die Zivilbevölkerung, im Falle einer Explosion bewußt in Kauf genommen: **„Etwa zehn Millionen Deutsche würden direkt, die ganze Bundesrepublik unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen"** (ebenda).

Auf dem Weg zur Großmacht fordert der BRD-Imperialismus eine „Vierte Atommacht"

Seit dem Erstellen der „Denkschrift" versuchte der BRD-Imperialismus mit allen Mitteln, an die Verfügungsgewalt von Atomwaffen zu kommen. General de Maiziere betonte, daß Kernwaffen *„im Mittelpunkt aller strategischen, operativen und taktischen Überlegungen"* stehen.

Die westdeutsche Presse wies immer wieder auf die Vorzüge von „Polaris"-Raketen hin (die Polaris-Raketen sind Mittelstreckenraketen, die von U-Booten abgeschossen werden) und Strauß sagte es wieder am deutlichsten, welche Erwartungen an Kernwaffen geknüpft wurden: *„Wenn jetzt die in den USA bestätigten Pläne unserer Ausrüstung durchgeführt sein werden, dann wird Moskau wieder in der Reichweite deutscher Waffen liegen. Diesmal werden es Wasserstoffbomben sein"* (nach: „Neues Deutschland", 22.10. 60).

Nach dem von den US-Imperialisten entwickelten Plan zur Schaffung einer „Vierten Atommacht" sollte der Nato-Rat (und damit die USA) alle Kern- und Raketenwaffen in Westeuropa kontrollieren. Das Oberkommando der NATO sollte über alle Atomwaffen (dem Plan nach 300 „Polaris"-Raketen und zunächst 5 Atom-U-Boote mit insgesamt 120 „Polaris"-Raketen bestückt) verfügen. Über den Umweg der Mitbestimmung im NATO-Oberkommando sah der BRD-Imperialismus die Gelegenheit gekommen, schneller A-Waffen zu erlangen und seine eigene Position in der NATO zu stärken. Der Plan einer „Vierten Atommacht" scheiterte schließlich – vor allem an Frankreich, das sein Atompotential nicht den USA unterordnen wollte.

MLF-Force, ein gescheiterter Versuch über den Einsatz von Atomwaffen zu bestimmen

„Nationen ohne Kernwaffen würden künftig kaum in der Lage sein, auch nur die Rolle einer Großmacht ins Auge zu fassen" (NATO-Botschafter W. Grewe, „FAZ", 26.1. 67). Diese Aussage Grewes sollte bereits 1964 durch die MLF-Flotte (eine von den USA vorgeschlagene „multilaterale" Atommacht, wobei alle NATO-Staaten wiederum im von den USA dominierten NATO-Oberbefehl unter Kontrolle wären) durchgesetzt werden.

Lediglich die BRD war hierzu bereit. Frankreich und England wehrten sich gegen eine Verfügungsgewalt der Bundeswehr über Atomwaffen, da dies ihre eigene politische und militärische Position in der NATO geschwächt und die Dominanz der USA anerkannt hätte.

Vorgesehen waren 25 schwimmende Abschußbasen mit je acht „Polaris-A 3"-Raketen – jede mit einer Sprengkraft von 35 Hiroshima-Bomben, Reichweite der Geschosse 4.500 km, eine Entfernung von Island bis nach Moskau. **„Zusammen werden die 25 MLF-Atom-Frachter rund zehnmal soviel Vernichtungskraft unter den Luken lagern wie die gesamte Bombenlast, die während des Zweiten Weltkrieges von Bombenfliegern aller beteiligten Kriegsmächte ausgeklinkt wurde"** („Spiegel", Nr. 45, 1964).

Bundeswehr stärkt ihren Einfluß in der NATO nach dem Austritt Frankreichs

Um ihre aggressiven Pläne durchzusetzen, versuchte der BRD-Imperialismus nach den USA die maßgebliche Rolle in der NATO zu spielen. So konzentrierte sich der BRD-Imperialismus im wesentlichen auf die Beeinflussung der Kernwaffenstrategie der NATO, auf die Mitverfügung über deren Potential in Westeuropa und die Erlangung wichtiger Schlüsselstellungen in der NATO.

So wurde die BRD bei Gründung der „nuklearen Planungsgruppe" (1965/66) und des „internationalen Militärstabs" (1967) Mitglied dieser hohen NATO-Gremien. Besonders der Austritt Frankreichs aus den NATO-Kommandostäben stärkte die BRD. So konnte die BRD durchsetzen, daß ihr der NATO-Bereich Europa-Mitte als dauernd zu besetzende Kommandoposition zugesprochen wurde.

Seit Mitte der sechziger Jahre konnte die Bundeswehr das Oberkommando Europa-Mitte und Europa-Nord sowie das Kommando Ostseezugänge mit eigenen Offizieren besetzen.

Nukleare Waffenausrüstung der Bundeswehr

Wiederholt haben Militaristen und Politiker des BRD-Imperialismus deutlich gemacht, daß sie auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über A-Waffen scharf sind und niemals auf diese Ansprüche verzichten werden. So erklärte Kriegsminister Schröder (Dez. 66) im „Militärischen Planungsausschuß" der NATO,

Die Nato-Streitkräfte in der BRD (Stand: Ende 1974)

Die in der BRD stationierten Landstreitkräfte bestehen aus 655.000 Soldaten, gegliedert in 23 Divisionen und 8 selbständige Brigaden und Regimenter. Im Kriegsfall – bei Mobilisierung der Reservisten – können weitere 1 Million Soldaten – das sind nochmals 16 Divisionen und 15 selbständige Brigaden und Regimenter! – herangezogen werden. Ausgerüstet sind die Landstreitkräfte mit 246 Startrampen für operativ-taktische Raketen, die mit den 7.000 in der BRD stationierten Atomsprengköpfen bestückt werden können. Ferner verfügt die NATO in der BRD über 4.600 Artilleriesysteme und Granatwerfer, 6.000 Panzer, 30.000 Panzerabwehrwaffen und 1.500 Luftabwehrraketen. Vorgesehen sind zusätzliche 90 Startrampen für taktische Raketen, 3.300 Artilleriesysteme und weitere 3.500 Panzer. Von der Anzahl der Divisionen und der Bewaffnung her trägt allein die Bundeswehr einen Anteil von 50 – 72 %! („Militärwesen" 1/2, 1974).

Etwa 60 % der gesamten NATO-Luftstreitkräfte sind in der BRD stationiert. Insgesamt verfügt die NATO in Westeuropa über 1.850 Kampfflugzeuge, davon 1.500 für den Luftangriff. Rund 900 Flugzeuge sind als Atomwaffenträger programmiert. In Westeuropa und vor allem in der BRD befinden sich 27 Flugabwehrraketen-Regimenter mit insgesamt 696 Raketen des Typs „Nike-Herkules" und „Hawk", ferner der britische „Bloodhound". Diese Raketen können ebenfalls atomar bestückt werden („Militärwesen", 2/1974).

daß die westdeutsche Mitarbeit und Zustimmung zu Nukleargremien kein Verzicht auf „praktische und konstruktive " Lösungen bedeute: *„Die Bundesrepublik kann sich mit der Bildung einer Gruppe für nukleare Planung in ihrer jetzigen Form nicht zufriedengeben"* („Süddeutsche Zeitung", 16.12.66).

Die Mitarbeit der BRD ist deshalb stets als ehrgeiziger Versuch zu sehen, Besitz und Befehlsgewalt über Atomwaffen zu erreichen. Dementsprechend ist auch der stetige Versuch des BRD-Imperialismus zu sehen, die NATO auf eine atomare Kriegsführung auszurichten, um so dem Atomwaffenbesitz näher zu kommen. Hierzu gehört auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägermitteln für Kernwaffen, die ständigen Übungen der Übergabe von US-Kernwaffen, ihre Eingliederung in die stomaren „strike"-Kräfte der NATO und die Vorbereitungen für den Einsatz von Atomminen an den Grenzen der RGW-Staaten im Rahmen der Vorwärtsstrategie. Bis 1966 hatte die atomare Rüstung in der Bundeswehr bereits einen bedrohlichen Stand erreicht. Die folgende Übersicht der nuklearen Waffenausrüstung der Bundeswehr zeigt dies deutlich, auch wenn der BRD die formale Verfügungsgewalt über die Atombomben noch nicht übertragen wurde:

– *„Ihre Teilstreitkräfte verfügen über mehr als 700 Kernwaffeneinsatzmittel. Im Heer wuchs deren Zahl zum Beispiel von 48 im Jahre 1960 auf 460 im Jahre 1966 mit Reichweiten von 20 bis 160 km und für die Detonationsstärken von 1 bis 47 Kilotonnen TNT. In der Luftwaffe waren es 1966 mindestens 16 Abschußrampen für Raketen vom Typ ‚Pershing' mit einer Reichweite von 800 km (1,5 Megatonnen TNT) und 144 Abschußrampen ‚Nike-Herkules', die auch für den Boden-Boden-Einsatz von Kernmunition geeignet sind. Die Bundesmarine besaß 40 als Kernwaffenträger geeignete F-104 G.*

– *Mindestens 2 Jagdbombergeschwader der Westdeutschen Luftwaffe (31 Nörvenich und 33 Büchel) standen 1966 im Diensthabenden System der atomaren NATO-Luftangriffskräfte mit Atombomben an Bord startbereit auf westdeutschen Flugplätzen.*

– *Die Zahl der auf westdeutschem Territorium – zum Teil in Bundeswehrdepots – lagernden amerikanischen Atomsprengköpfe hatte sich von 1965 bis Ende 1966 von 5.000 auf 7.000 erhöht. Das Übergabetraining wurde 1966 verdreifacht. Atomminen lagern in der Nähe ihrer geplanten Einsatzräume. Ihre Verlegung wurde intensiv erprobt und pioniermäßig vorbereitet"* („Bundeswehr, Armee für den Krieg", S. 455f).

„Friedliche" Kernforschung sicherte dem BRD-Imperialismus die Eigenproduktion von Kernwaffen

Bis 1966 hatte die BRD einen vollständigen kerntechnischen Produktionszyklus aufgebaut, der jederzeit die Fertigung von Kernwaffen ermöglichte. Dementsprechend drohte Schröder (CDU) zu dieser Zeit damit, daß die BRD „eigene Atomwaffen erwerben werde", wenn keine vernünftige NATO-Lösung zustande komme („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", 9.7.65).

Die Analyse eines britischen Institutes besagte, daß die BRD seit 1965 unter den potentiellen Atommächten an erster Stelle rangierte. „Andere Analysen besagten, daß die westdeutsche Industrie in der Lage sei, militärisch reines Plutonium in solchen Mengen herzustellen, die ausreichen würden, um 1966 30 bis 40 taktische Kernladungen, 1967 75 und ab 1968 etwa 100 zu fertigen" (Bundeswehr, Armee ... S. 460).

„Die Bundesrepublik könnte nach Mitteilung des ‚Instituts für strategische Studien' in London pro Jahr 186 kleine Atombomben des Nagasaki-Typs herstellen, wenn sie alle Leistungs- und Forschungsreaktoren, die gegenwärtig für friedliche Zwecke arbeiten, auf die Produktion von Plutonium umstellen würde" („FR", 19.11.65).

Außerdem wurde die atomare Zusammenarbeit mit faschistischen Staaten wie Spanien und Südafrika, sowie mit dem zionistischen Israel forciert.

Die „flexible Antwort" ...

Die militärische Strategie der NATO änderte sich erneut in der Zeit Ende der sechziger Jahre. Nachdem schon lange klar war, daß die USA die Sowjetunion nicht mit einem atomaren Erstschlag („First Strike") ausschalten könnte, sondern beide „Supermächte" noch über genügend strategische Kernwaffen und -träger für einen Zweitschlag verfügen würden, nahm die Bedeutung lokaler Kriege in den Plan„spielen" der Generalstäbler u.a., auch in Westeuropa, weiter zu.

Im Vordergrund der neuen Strategie der „flexiblen Antwort" stand dabei die Ausrichtung der NATO-Streitkräfte auf alle möglichen militärischen Aggressionen.

Mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition waren es erstmals die Spezialdemokraten, die die „Verantwortung" für die imperialistische Politik trugen. Niemand anders als der jetzige Kanzler (und damalige „Wehrexperte") Helmut Schmidt schrieb ein Buch über die neue imperialistische Strategie. Ziemlich offen schrieb er (und empfahl sich damit als erster sozialdemokratischer „Verteidigungs"minister nach dem Kriege): *„Die Ausrüstung der Bundeswehr ist ... am nuklearen (!) Kriegsbild orientiert ... Nachdem jetzt endlich begriffen wird, daß es nicht gilt, sich auf ein einziges Kriegsbild ... vorzubereiten, werden die Rüstungsfehler ... bewußt"* (Schmidt, „Verteidigung oder Vergeltung", S. 168).

Der NATO-Rat (Military-Commitee) verabschiedete 1967 seine flexible Aggressionsstrategie (Direktive MC 14/3) und probte ihr neues militärstrategisches Konzept bereits im Nahen Osten (Juni-Krieg 67) hautnah aus. W. Meyer-Detring, Chefredakteur der „Wehrkunde" führte unter Berufung auf den „Juni-Krieg" folgendes aus: *„Verwirklichungen solcher ‚Stellvertreterkriege' lokalen Umfangs wären denkbar in Berlin, an der Westgrenze der DDR und in Nordostgriechenland"* (zitiert nach: „Schaltzentrum der Aggression").

Meyer-Detring führte weiter aus, daß der „Präventivschlag" im Rahmen der „Vorwärtsstrategie" immer mehr an Bedeutung gewinne. *„Ein dem unmittelbar bevorstehenden feindlichen Angriff zuvorkommender Schlag"* sei die einzige Möglichkeit, den politischen Zielen gerecht zu werden („Nürnberger Nachrichten", 26.8.65).

Die Erfahrungen aus dem „Juni-Krieg" wurden bereits 1969 in dem Entwurf der NATO-Direktive MC 48/3 voll berücksichtigt. In dieser Direktive geht es um den Ersteinsatz von taktischen Kernwaffen in einem „begrenzten" Aggressionskrieg in Europa. Gemäß dieser flexiblen Aggressionsstrategie wurde die Bundeswehr zur „Vielzweckarmee" ausgebaut. H. Büchs, stellv. Generalinspekteur des Heeres, führte die Ausrüstungskonzeption folgendermaßen aus: Das strategische Konzept erfordere *„eine Bewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr, die auf die besondere, durch den wehrgeographischen Lagewert der Bundesrepublik Deutschland und die militärische Integration in das Bündnis gekennzeichnete Situation zugeschnitten ist. In unserer Lage muß die Ungunst der Faktoren Raum und Zeit durch wirksame Kräfte kompensiert werden können, die auf Grund ihrer Bewaffnung und Ausrüstung zur lageangemessener, schneller Reaktion, großer Beweglichkeit, wirksames Zupacken und gemeinsamer Aktion mit den Bündnispartnern fähig sind und die außerdem auf Grund ihres modernen technischen und wissenschaftlichen Standes den gegnerischen Waffen zumindest gleichwertig, möglichst überlegen sind"* („Blätter für deutsche und internationale Politik", Dez. 1969). In der Forderung, *„den gegnerischen Waffen zumindest gleich-*

wertig, möglichst überlegen sein", wird auch hier wieder implizit die Forderung nach Kernwaffen gestellt.

Das Programm „AD-70" ...

Im Jahre 1970 verabschiedete die NATO ein Fünf-Jahresprogramm unter dem Namen „AD-70". Das „Weißbuch" des westdeutschen „Verteidigungs"ministeriums schreibt dazu ziemlich offen:

„Es ist das wesentliche Merkmal ..., daß der Gegner davon überzeugt sein muß, die Nato werde erforderlichenfalls Kernwaffen einsetzen, jedoch muß er gleichzeitig hinsichtlich des Zeitpunktes und der Umstände dieses Einsatzes im Ungewissen bleiben". In „AD-70" wird ausgesagt, daß *„zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausreichend nukleare Streitkräfte vorhanden sind"*, aber die *„konventionelle Rüstung"* verstärkt werden müsse. All dies solle der *„schnellen Verbesserung der Vorneverteidigung"* dienen („Weißbuch", 1970). Bundeswehr-General Schnez gab als Ziel an, daß *„das Heer ... dem Feind an Beweglichkeit in jedem Gelände und unter allen Bedingungen des Gefechts überlegen sein, eine Feuerkraft mit hohem Zerstörungsgrad gegen harte und weiche Ziele entfalten, atomare Kernwaffenträger besitzen, die weitestmöglich auch für den konventionellen Krieg verwendbar sind, und ... über eine hohe Stoßkraft der mechanisierten Teile verfügen muß"* (Schnez, „Das Heer der siebziger Jahre", S. 664). Diese von Schnez angegebene Stoßrichtung bei der Ausrüstung der Bundeswehr besitzt noch heute volle Gültigkeit.

Dementsprechend wurde die Bundeswehr konventionell verstärkt aufgerüstet. Ende 1970 besaß die Bundeswehr unter anderem:

- über 3.307 Panzer, davon 1.845 „Leopard";
- über 5.000 Spezialpanzer (Kanonenjagdpanzer, Raketenjagdpanzer usw.);
- 1.529 Waffen der schweren Artillerie, darunter über 800 Haubitzen, die auch Atomsprengköpfe abfeuern können;
- 603 verschiedene Panzerabwehrsysteme;
- über 800 „Starfightern", die für den Atomwaffeneinsatz gerüstet sind;
- über 24 Batterien der Flugabwehrraketen „Nike" und „Herkules";
- zwei Flugkörpergeschwader „Pershing", die eine Reichweite von 1.500 km erzielen und ausschließlich mit Atomwaffen bestückt sind („Schaltzentrum der Aggression", DDR, 1971).

Wann werden Atomwaffen eingesetzt ?

Die Strategie der „flexiblen Reaktion" geht nach wie vor davon aus, daß drei Arten von Kriegen möglich sind, wobei die nächsthöhere Form der Kriegführung eine Eskalation bedeutet:

- der „nur"-konventionelle Krieg, wobei die Detonationskraft der Geschosse schon an Atomwaffen heranreichen;
- der konventionelle Krieg, verbunden mit dem Einsatz von taktischen Atomwaffen und
- der Krieg, verbunden mit dem Einsatz der strategischen Atomwaffen, über die zur Zeit vor allem die USA und die Sowjetunion verfügen.

Die Imperialisten sind auf alle diese Möglichkeiten aufs beste vorbereitet, dennoch gibt es unter den Imperialisten Differenzen in der Frage des Zeitpunktes des Einsatzes von Atomwaffen. Vor allem der BRD-Imperialismus hat nie einen Hehl daraus gemacht, s o f o r t und als e r s t e Atomwaffen einzusetzen.

Damit verfolgt die BRD natürlich auch das Ziel, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Befehls- und Verfügungsgewalt über den Einsatz der Atomwaffen zu bekommen. Die US-Imperialisten sind eher für eine „flexiblere Lösung", vor allem deshalb, weil s i e den Verlauf einer Aggression und den Einsatz von Atomwaffen kontrollieren wollen.
(Anmerkung 2)

Schärfere Töne ...

In den letzten Monaten schlagen die BRD-Imperialisten wieder härtere Töne hinsichtlich ihrer Aggressionsabsichten an. So forderte der Militärexperte der „FAZ", Weinstein, daß die Verteidigung der BRD in der DDR und CSSR zu b e g i n n e n habe. Hierin reiht sich eine Studie des NATO-4-Sterne-Generals Schnell – ehemaliger Oberbefehlshaber im NATO-Bereich Europa-Mitte! (seit Januar 77 Staatssekretär für Rüstungsfragen) – ein, der einen f r ü h z e i t i g e n Einsatz „kleinerer" Atomwaffen fordert. *„Die erste Entscheidung zum Einsatz von Atomwaffen müsse bereits gefällt werden, solange eine zusammenhängende Verteidigung ... möglich ist ... und noch intakte Kräfte vorhanden sind, um die Wirkung des nuklearen Einsatzes für einen erfolgreichen Gegenangriff auszunutzen"* („FR", 13.11.76). Das Entscheidende, was Schnell allerdings fordert, ist, *„die Beschleunigung und Vereinfachung des nuklearen Freigabeverfahrens"* („FR", ebenda). Schnell schlägt dabei konkret vor, die sogenannten an der DDR-Grenze stationierten und gelagerten Atomminen und die Boden-Luft-Raketen „Nike-Herkules" aus der Kontrolle der USA herauszunehmen und unter BRD-Verfügungsgewalt zu stellen. Schnell bezeichnete diese taktische Atomwaffen de facot als zu den konventionellen Waffen zugehörig, die *„zu Beginn des Krieges"* dazu beitragen könnten, den Gegner *„frühzeitig und rechtzeitig zu warnen"*. Zynisch erklärte Schnell, die Atomwaffen würden zuerst auf dem Gebiet der BRD und damit rein *„defensiv"* eingesetzt und *„keine Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachen"*.

General Schnell macht mit seinen Vorschlägen nichts anderes als die von Strauß initiierte „Denkschrift" einiger Bundeswehrgenerale 1960 und anderen Vorstößen in dieser Hinsicht:

Es geht dem BRD-Imperialismus darum, schon hier und heute die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen, noch ehe sie dazu in der Lage sein werden, die USA nicht mehr fragen zu müssen; nämlich dann, wenn die BRD e i g e n e Atomwaffen herstellt oder für sich herstellen läßt.

Dies gilt es, im Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken und Anreicherungsanlagen, klar herauszustellen und damit an die antimilitaristische Massenbewegung Ende der fünfziger und sechziger Jahre anzuknüpfen:

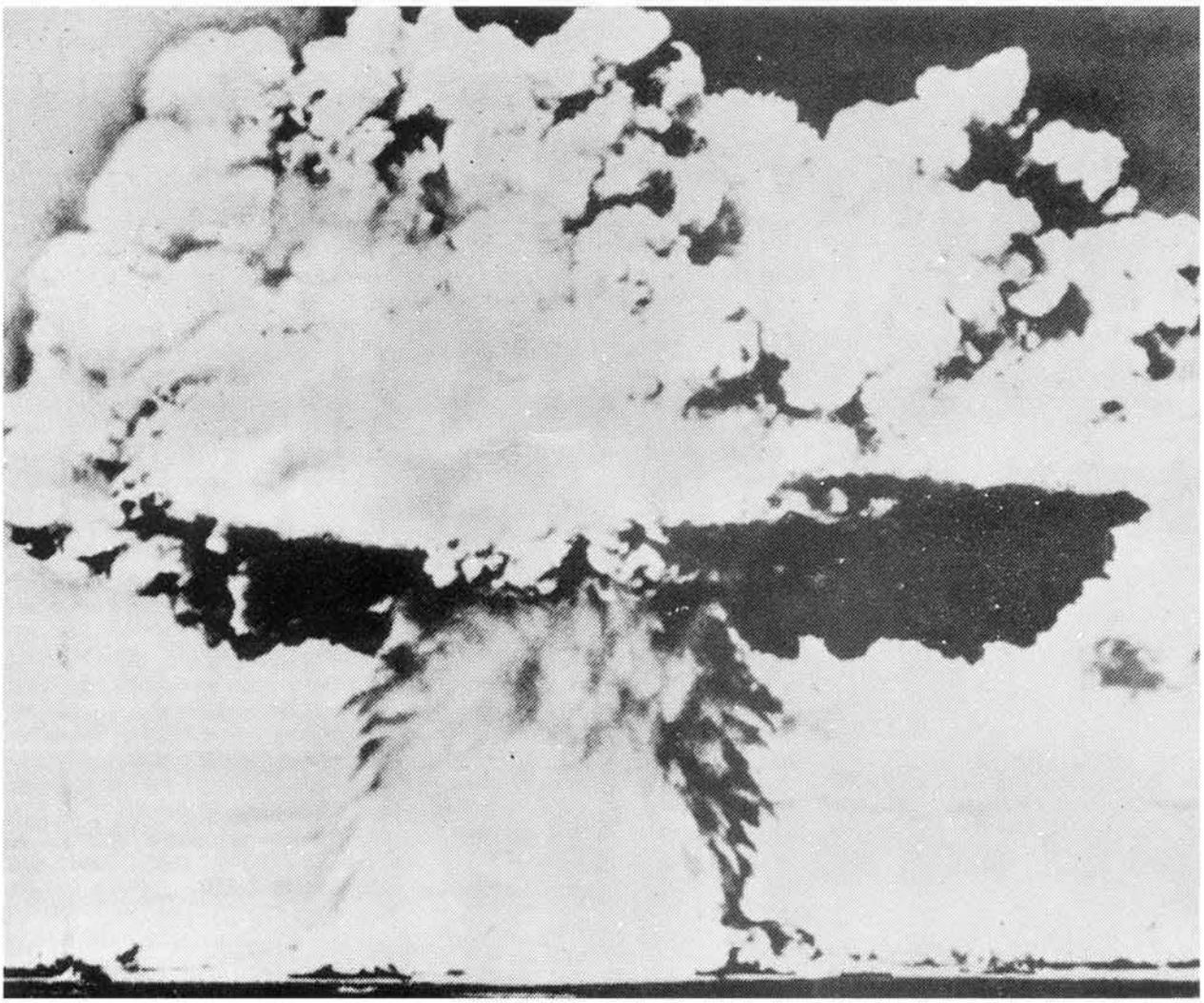
GEGEN DIE ATOMBEWAFFNUNG DES BRD-IMPERIALISMUS!

Antimilitarismus-Kommission

Anzeige

Aus dem Inhalt:

Kein KKW in Brokdorf
Das Kernenergieprogramm der BRD-Ziel „Autarkie"
In Zukunft: Weniger Öl - mehr Kernenergie-Anteil
„Vorsorge für sichere Energie ist teuer – Steuerzahler und Verbraucher werden zur Kasse gebeten"
Uran – Trennungsanlagen
AUF DEM WEGE ZUR ATOMMACHT
Technologie für die Herstellung von Atombomben
Das „Bombengeschäft" – Export von KKW's, atomare Zusammenarbeit und was dahinter steckt
Deutsch-Brasilianisches Atomabkommen,–„Durchbruch auf dem Weltmarkt,– BRD - Südafrika u.a.
48 Seiten Format A 4 DM 2,–



Rüstungswahnsinn — Cruise Missile — jetzt auch für die BRD

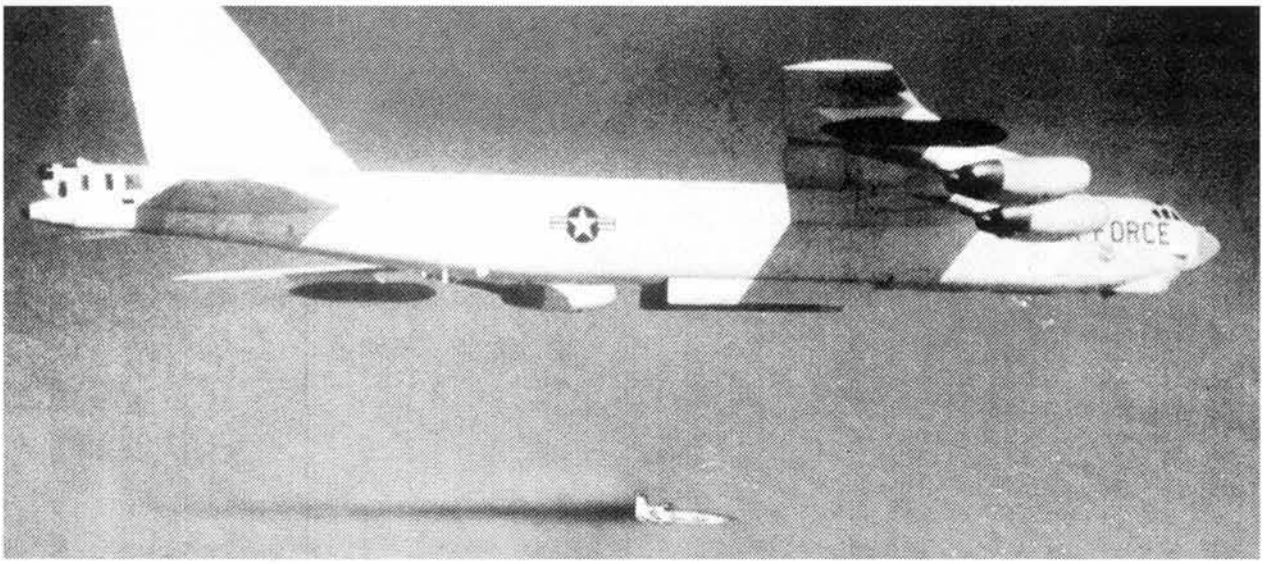
„Ich bin gegen diese Waffe. Sie ist wieder Wasser auf die Mühlen derer, die den Krieg führbar machen wollen. Da sie die Grenzen zwischen konventioneller und atomarer Kriegsführung verwischt, gefährdet sie die atomare Abschreckung. Auf unserem Boden würde ich diese Waffe nicht sehen wollen". –

So äußerte sich (lt. „Welt" v. 3.7.) Bundeswehr-General Steinhoff, von 1971 bis 1974 Vorsitzender des Nato-Militärausschusses und alles andere als ein Pazifist, über die neue „Wunderwaffe", „Amerikas Superwaffe" – die Neutronenbombe. Im Gegensatz zur Atombombe hat die Neutronenbombe den „Vorzug", daß sie zwar mit noch größerer Wirksamkeit alles Leben abtötet, aber alle Gegenstände (Bauwerke, Fabriken, etc.) weitgehend unversehrt läßt. Die radioaktive Strahlung klingt innerhalb sehr kurzer Zeit wieder ab, so daß schon wenige Tage später die Fabriken wieder in Betrieb genommen werden könnten, eine Armee in die angegriffenen Gebiete vorrücken könnte usw.

Die bisherigen Atomwaffen hatten hingegen den militärischen Nachteil, dem Angreifer nur ein weitgehend zerstörtes und langfristig radioaktiv verseuchtes Gebiet zu hinterlassen. Unter diesen Bedingungen wäre ein Einsatz im Grunde militärisch nicht sinnvoll, zumal mit atomaren ‚Gegenschlägen' zu rechnen wäre.

Von der Neutronenbombe hingegen versprechen sich die imperialistischen Militär-Strategen, sie tatsächlich einsetzen zu können. Dabei wird noch kalkuliert, daß die Sowjetunion und der Warschauer Pakt, die nicht mit dem Einsatz von Atomwaffen „antworten" würden.

Das heißt in den Begriffen der Militärs: Die „Schwelle" zum Einsatz dieser Todeswaffe ist geringer als bei der Atombombe, ihr Einsatz also wahrscheinlicher. Das Patt der „atomaren Abschreckung" (USA und Sowjetunion verfügen beide über das atomare Potential zur weitgehenden



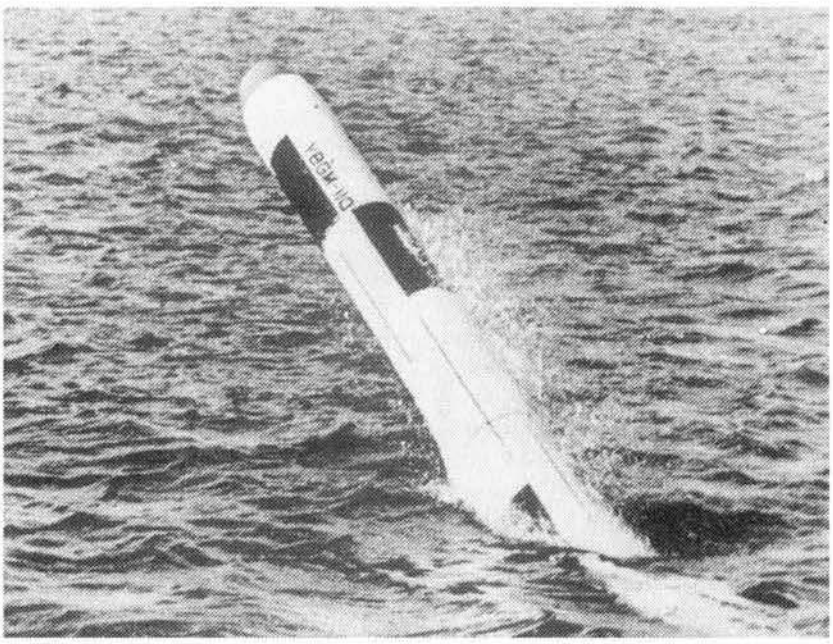
B-52 Bomber mit ausgeklinkter Cruise Missile

Vernichtung des Gegners, können es aber nicht „effektiv" einsetzen) wäre damit durchbrochen.

Dies heißt, in nüchternen Worten: Die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges, ausgetragen auch auf dem Boden der beiden deutschen Staaten und Mitteleuropas, verschärft sich weiter. Wer solche Todeswaffe erdenken und bauen läßt, der will sie eines Tages auch einsetzen.

Seit gut einem halben Jahr wird nun schon über die Frage dishutiert, ob die Neutronenbombe nun auch wirklich gebaut und in Europa stationiert werden soll. Dabei hat sich gezeigt, daß so manche Stimme der Politiker, die sich am Anfang recht kritisch zu dieser neuen Waffe geäußert hat, recht schnell verstummt ist. Diese Kritik war wohl mehr taktischer Natur. Am schnellsten vollzog sich dieser Prozeß in den USA und der BRD. Im amerikanischen Kongreß gibt es kaum noch Einwände gegen die Neutronenbombe, so daß Carter freie Hand in der Einführung hat und für ihn nach seinen neuesten Äußerungen ja schon feststeht, daß sie eingeführt wird. Er will ja damit nicht einmal warten, bis sich seine Verbündeten dazu eindeutig entschieden haben. In einigen Ländern der NATO ist die Frage der Einführung der Neutronenbombe ja recht umstritten, so trat in Holland aus Protest gegen die Neutronenbombe der Kriegsminister kürzlich zurück.

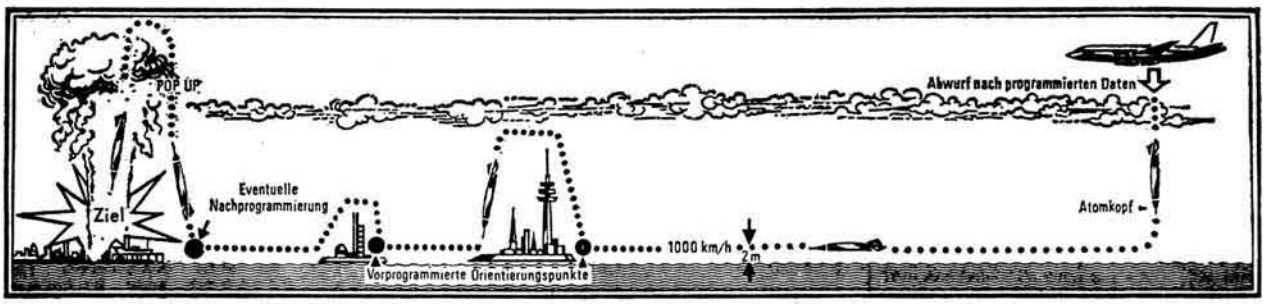
Die militärische Planung der USA hat sich jedoch schon längst darauf eingestellt, daß die Neutronenbombe in zwei Jahren kommt. Die Militärs betrachten die Bombe auch nicht als eine Waffe, die hauptsächlich für Europa oder für den Einsatz gegen die Sowjetunion gedacht ist. Sie betrachten die Neutronenbombe vor allem auch als eine Waffe, die für den Einsatz in Ländern der Dritten Welt geeignet ist. Der NATO-Oberbefehlshaber General Haig hat dies auch wörtlich gesagt.



Eine Cruise Missile wird vom U-Boot aus abgeschossen

BRD-Imperialisten greifen gierig nach der Neutronenbombe!

In der BRD haben sich mittlerweile sowohl die FDP als auch die CDU eindeutig für die Einführung der neuen Waffe entschieden. Aber auch die Haltung der SPD und der Regierung lassen nach ihren bisherigen Erklärungen keine Zweifel darüber zu, daß sie ebenfalls entschlossen sind, diese Waffe in der BRD zu stationieren. Als Schmierenkomödie bezeichnet werden muß der Versuch der BRD,



die Verantwortung für eine Stationierung der Neutronenbombe in der BRD auf die USA abzuschieben. Die Gier, mit der die Militaristen nach dieser Waffe streben, ist unbeschreiblich. Sie drückt sich aus in zynischer Verharmlosung dieser Waffe als „saubere Bombe", in der Freude darüber, endlich einen „Panzerkiller" gefunden zu haben. Es versteht sich schon von selbst, daß gerade jetzt die angebliche Bedrohung durch mächtige sowjetische Panzerdivisionen besonders intensiv beschworen wird. Wenn hier nun die Neutronenbombe als einziges Mittel gegen diese Panzer hingestellt wird, so zeigt dies natürlich, wie groß die Bereitschaft ist, recht schnell diese Atomwaffe einzusetzen. Sämtliche Bedenken, daß die Einführung dieser Neutronenbombe die Atomschwelle rapide senkt, werden hierdurch voll bestätigt.

Diese erhöhten Gefahren eines atomaren Krieges müssen wir sehen und unseren Kampf dagegen verstärken. Unser Kampf richtet sich gegen das atomare Wettrüsten und gegen alle Atomwaffen. Wir fordern: Vernichtung aller Atomwaffen!

Cruise Missile: BRD baut Atomwaffenträger

Auf dem OTRAG-Gelände im Südosten Zaires werden Mittelstrekkenrakten und vor allem Cruise-Missile-Raketen aus BRD-eigener Produktion getestet. Dieses Geheim-Projekt ist vom Bonner Verteidigungsministerium bislang mit mindestens 300 Millionen US-Dollar finanziert worden. An der Durchführung des Unternehmens sind sowohl der Bundesnachrichtendienst als auch die CIA aktiv beteiligt. Bislang haben bereits vier oder fünf mit atomaren Sprengköpfen bestückbare Cruise-Missiles aus der BRD das OTRAG-Gelände überflogen.

Dies sind in kurzen Stichpunkten die Behauptungen, die der ehemalige Korrespondent der „New York Times", Tad Szulc, in einem Artikel für die März-Ausgabe des US-Magazins „Penthouse" aufstellt.

Der Sprecher des State-Departments erklärte, es lägen keine Hinweise auf Tests von Cruise-Missiles in Zaire vor und meinte: *„Auf der Grundlage der uns vorliegenden Informationen haben wir keinen Grund zur Sorge".*

Die OTRAG dementiert besonders die von Tad Szulc behaupteten Zahlungen des Verteidigungsministeriums und unternahm erneut den obligatorischen Versuch, den militärischen Charakter ihrer Raketen abzustreiten:

„Wir entwickeln und testen ausschließlich Trägerraketen für den Transport kommerzieller Satelliten" (Zitate nach „NZZ", 16.12.77).

Diese neuerlichen Enthüllungen über die Machenschaften der OTRAG-Kolonialisten in Zaire könnten die schlimmsten Befürchtungen bestätigen, die seit Monaten weltweit von antiimperialistischen Kräften über die wahre Zielsetzung dieses Projekts geäußert wurden. Mitte August 1977 war der OTRAG-Skandal durch die Veröffentlichung des Vertragstextes der bundesdeutschen Raketenfirma mit dem Mobutu-Regime durch die französische „Afrique-Asie" an die Öffentlichkeit gedrungen.

Hiernach hat OTRAG Ende 1975 im Südosten Zaires ein Gebiet von der Größe der DDR zur uneingeschränkten Nutzung, besonders zum Start von Raketen egal welchen Typs, vorerst bis zum Jahr 2000 erworben. Die Vertragsbestimmungen sehen weiterhin vor, daß OTRAG, bzw. der BRD-Imperialismus, die zwangsweise Vertreibung der etwa 300.000 Bewohner des Gebiets anordnen kann. Für alle dort begangenen Verbrechen genießen die OTRAG-Vertreter absolute diplomatische Immunität und Straffreiheit.

Der Präsident der VR Angola A. Neto bezeichnete das OTRAG-Projekt unmittelbar nach dessen Bekanntwerden als direkte Bedrohung der angolanischen Revolution und teilte mit, daß die OTRAG-Raketen atomare Sprengköpfe transportieren können.

Es war auch Genosse Neto, der bereits vor der Veröffentlichung des „Penthouse"-Artikels auf die Tests von Cruise-Missile-Raketen im OTRAG-Territorium hinwies, was den Szulc-Recherchen zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht. In seiner Eröffnungsrede zum 1. Kongreß der MPLA bezeichnete er den zuverlässigen Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Angolas angesichts der anhaltenden Aggressionsakte Südafrikas und der Errichtung von Abschußrampen für Flügelraketen (= Cruise-Missiles) in Zaire als dringendes Erfordernis (nach „UZ", 7.12.77).

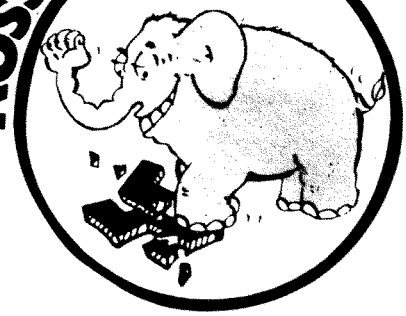
Die Neutronenbombe ist eine weiterentwickelte Wasserstoffbombe. Die Wasserstoffbombe beruht auf dem Prinzip der Kernfusion, wobei Wasserstoffkerne zu Heliumkernen verschmolzen werden und dabei riesige Energie frei wird, mehr als bei der Kernspaltung (Atombombe). Um diesen Prozeß in Gang zu setzen, sind enorm hohe Temperaturen erforderlich (zig Millionen Grad). Diese werden nur durch eine Atombombe erzeugt (die auf dem Prinzip der Kernspaltung beruht), sie dient sozusagen als Zündholz für die Wasserstoffbombe. Die besondere Wirkung der Wasserstoffbombe beruht auf der bei der Kernfusion erzeugten Energie, die in Form von Hitze frei wird. Diese Hitzewelle (und die damit entstehende Druckwelle) führt zu ungeheuren Zerstörungen in einem weiten Umkreis.

Seit 1957 sind die USA bereits dabei, eine Neutronenbombe herzustellen. Ursprünglich war sie gedacht als eine Massenvernichtungswaffe im Megatonnenbereich, um eine Stadt in der Größenordnung von London mit einem Schlag auslöschen zu können. Die weitere Entwicklung hat jedoch ergeben, daß sie ganz andere Eigenschaften bekommen kann. Sie produziert in ihrer neuen Form „nur" 10% der Druck-, Hitze- und Strahlenwirkung der „normalen" Wasserstoffbombe, dafür jedoch 14mal so viel Neutronenstrahlen, die praktisch alles durchdringen. Diese Neutronenstrahlung ist besonders gefährlich und absolut tödlich.

Da freie Neutronen eine Halbwertzeit von 10,8 Minuten haben, beträgt die Neutronenstrahlung nach gut einer Stunde nur noch 1% des Ausgangswertes! In der Zwischenzeit hat sie aber sehr viele Menschen entweder getötet oder so stark geschädigt, daß sie nach einem qualvollen Kampf nach ca. zehn Wochen sterben (oder auch länger). In der „Welt" (3.7.) wird die Wirkung dieser Bombe folgendermaßen beschrieben, daß die Neutronenstrahlen „das zentrale Nervensystem so schwer und dauerhaft schädigen, daß keine Heilung oder Rettung mehr möglich ist. Ein von einer massiven Neutronenstrahlung getroffener Mensch ist sofort tot. Bei einer geringen Strahlung kannn der Todeskampf zehn Wochen dauern. Die Symptome bleierne Müdigkeit wie bei einem Grippeanfall. Kein Fieber, später Durchfall und Erbrechen . Schließlich völlige Apathie. Manchmal gekoppelt mit Lähmungserscheinungen" **(„WamS", 3.7.).**

Anzeige

Anti-faschistische **RUSSELL-REIHE**



Die Reihe stellt anhand einzelner Komplexe die fortschreitende Faschisierung des BRD-Staates und der westdeutschen Gesellschaft dar. Mit Übersichten, Statistiken und zahlreichen Originaldokumenten wird das Zusammenspiel staatlicher Instanzen mit alten und neuen Faschisten belegt, wird das heute erreichte Ausmaß der Unterdrückung Verfolgung antifaschistisch-demokratischer Kräfte einerseits, der Begünstigung und Förderung polizeistaatlicher und faschistischer Entwicklung andererseits sichtbar. Die in der „Russell-Reihe" vorgelegten Dokumentationen sind deshalb Anklagematerial gegen den BRD-Staat und seine gesellschaftlichen Träger. Sie sind identisch mit Untersuchungsmaterial, das dem dritten „Russell-Tribunal" (über Repression und Verletzung von Menschenrechten in der BRD) vorgelegt wurde bzw. werden soll.

Anti-faschistische
RUSSELL-REIHE **1**

DOKUMENTATION
von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verbreitung, Mißachtung seitens der BRD - Staatsorgane von 1945 - 1977

In dieser, mit reichhaltigen Originalmaterialien ausgestatteten Dokumentation werden u.a. folgende im Gegensatz zu den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens stehende Maßnahmen aufgezeigt: der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung" von Nazi-Verbrechern.
184 Seiten **DM 10,-**

3 **Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande und ihrer Deckung seitens staatlicher Organe**
Seit Jahren betreibt dieser Kreis am provokativsten offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich"; dabei sind sie keine isolierten „Spinner", sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.
200 Seiten

5 **Nach Schleyer: „Sonderkommando" in der BRD — Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo**
Seit Jahren ist in der BRD ein Polizeiapparat aufgebaut worden, der — unter Umgehung und Aufhebung von Länderkompetenzen und „Polizeisparten" (wie Bundeskriminalamt, „Verfassungsschutz", „Grenzschutz" usw.) — immer stärker zentralisiert worden ist: Seine Kommandozentrale beim Bundeskanzleramt ist weder parlamentarisch noch gerichtlich, geschweige denn durch die Öffentlichkeit, also praktisch nicht mehr „kontrollierbar".
240 Seiten **DM 14,-**

j.reents - verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Wahlen in Hamburg und anderswo S.4

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 122 6.2.78 *Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes* 2,- DM

Im Auftrag des Staatsapparats:

DGB kontra Russell-Tribunal

„Da es sich bei den Initiatoren und Mitwirkenden dieses Tribunals z.T. zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen handelt, die das Ziel verfolgen, die Bundesrepublik Deutschland als einen faschistischen oder zumindest profaschistischen Staat darzustellen, Ziele also, die sich auch gegen den DGB wenden, fordert der Bundesvorstand die Mitgliedschaft auf, sich in keiner Weise an der Vorbereitung oder Durchführung dieses Tribunals zu beteiligen." Dies ist der Kernsatz eines Schreibens, mit dem sich DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter am 18.1.78 höchstpersönlich „an alle DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise" wandte. Weiter heißt es in dem Schreiben: *„Einer Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelner Gewerkschaftsmitglieder würde sich strikt (!) gegen die Interessen des DGB auswirken. Die DGB-Landesbezirke und die DGB-Kreise werden um Beachtung und entsprechende Bekanntgabe dieses Beschlusses gebeten".* Dies ist nichts anderes als ein förmlicher Unvereinbarkeitsbeschluß gegen alle Unterstützer und Befürworter des Tribunals und damit eine enorme Ausweitung der bisherigen Unvereinbarkeits- und Ausschlußpraxis der DGB-Führung, bedenkt man die breiteste Unterstützung durch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder, Sozialdemokraten, Liberale, Unabhängige usw., die das Tribunal inzwischen erfahren hat!

Bezeichnenderweise geht der DGB-Vorsitzende mit seiner Silbe auf die in der Russell-Unterstützerbewegung umstrittene, mögliche Behandlung der DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse von dem Tribunal ein. Sondern es ist die befürchtete Verurteilung des „Modell Deutschland", die die DGB-Führung auf den Plan bringt. Derselbe DGB, der 1968 noch gegen die Notstandsgesetze protestierte, bedroht heute jeden, der seine Stimme gegen die repressive Entwicklung in der BRD erhebt, mit innergewerkschaftlichen Disziplinarmaßnahmen bis hin zum Ausschluß.

Auch das ist Ausdruck der Faschisierung von Staat und Gesellschaft, wobei man nicht vergessen sollte, daß diese Leute in vollständiger Übereinstimmung mit ihren imperialistischen Auftraggebern den DGB als „Modell" für die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung verstehen. Für die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte hat diese Formierung zur Regierungsgewerkschaft eine ungeheure Bedeutung. Deshalb muß diese Problematik selbst vom Tribunal untersucht werden!

Schon bei bei Behandlung des Treibens westdeutscher Geheimdienste wird das Tribunal unausweichlich auf den DGB stoßen. Denn es ist natürlich kein Zufall, daß die DGB-Führung ihre ganze Autorität gegen das Russell-Tribunal in die Bresche wirft.

Heißt es doch in dem Geheimpapier des Innenministeriums, es solle eingewirkt werden *„auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen"*. Dazu solle man sich von höchster Ebene aus an *„in Frage kommende Spitzenverbände"* wenden *„mit der Bitte"*, *„ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen"* (s. AK 120)

Die DGB-Führer haben ihre Lektion gelernt und in einzelnen Passagen ihres Rundschreibens im Wortlaut die Argumentation der Verfassungsschützer gegen das Tribunal übernommen!

Dies wird noch angereichert mit Demagogien gegen die Jury des Russell-Tribunals, wie sie bei den bürgerlichen Tribunalen von Gewerkschaftsseite aus undenkbar gewesen wäre. Durch die Bank werden die Mitglieder der Jury als „kommunistisch beeinflußt", „prokommunistisch" oder „kommunistische Sympathisanten" angegriffen.

Dies sollte in- und ausländische Demokraten und besonders Gewerkschafter alarmieren, der Rolle des DGB im „Modell Deutschland" die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Jetzt erst recht: Unvereinbarkeitsbeschlüsse und DGB-Führung vor'n Russell-Tribunal!

Atom-Satellit abgestürzt! 'Schleichender Tod aus der Erdumlaufbahn'

Am 24.1.78 um 12.54 Uhr (mitteleuropäischer Zeit) traf der sowjetische Atomsatellit „Kosmos 954" über der kanadischen Queen-Carlotte-Insel auf dichtere Atmosphärenschichten. Minuten später war er irgendwo zwischen dem Großen Sklavensee und einem Nest mit dem beziehungsreichen Namen Uranium City verglüht.

Zunächst wurde versucht, diesen unglaublichen Skandal und die damit liegende Gefahr herunterzuspielen: Die amerikanische und die kanadische Regierung ließen verlautbaren, daß keine beunruhigenden Spuren von Radioaktivität festzustellen seien.

Nach und nach sickerte dann das wirkliche Ausmaß der Atom-Katastrophe an die Öffentlichkeit:

„Einer amtlichen Mitteilung zufolge wurde die Bevölkerung gewarnt, sich keinen verdächtigen Gegenständen zu nähern oder sie gar anzufassen. Das Gebiet um die Weiterstation Wordens Grove und mehrere andere Zonen wurden von kanadischen Sicherheitskräften gesperrt. Vom Luftwaffenstützpunkt Edmonton aus wurde die Suche nach Überresten des abgestürzten sowjetischen Satelliten intensiv fortgesetzt.

Die mutmaßlichen Trümmerstücke wurden in einem fast drei Meter breiten Krater auf dem verrosten Fluß Thelon nahe Wordens Grove am Dubawot-See entdeckt. Auf einer Pressekonferenz in Edmonton berichtete am Montag Oberstleutnant Donald Davidson, aus dem Schnee im Krater ragten Röhren und ein durchlöcherter Metallkanister". Entdeckt worden war der Krater von einem amerikanisch/kanadischen Suchtrupp.

„Zwei Mitglieder dieser Gruppe hatten sich, wie am Montag mitgeteilt wurde, dem Krater genähert, und einer faßte das herausragende Metall auch an. Er trug dabei allerdings Handschuhe. Die sechs Männer wurden am Sonntag vorsorglich evakuiert, die beiden möglicherweise am meisten Gefährdeten wurden zur Beobachtung in ein Krankenhaus von Edmonton geflogen.

Am Ostzipfel des Großen Sklavensees sind zwischen weiteren zwei anscheinend nicht natürliche Strahlungsquellen von Experten untersucht worden, eine auf dem Eis des Sees in der Nähe von Fort Reliance, die andere, etwa weiter östlich an Land" (alle Zitate „SZ", 31.1.78).

Noch kurz vorher war von der kanadischen Regierung behauptet worden, die Messungen erhöhter Radioaktivität durch Suchflugzeuge, würden auf einem Meßfehler beruhen.

Sicherheitsbehörden der BRD in „heller Aufruhr"

Die Atombefürworter der BRD sind bekannt dafür, alle atomaren Gefahren herunterzuspielen. Dennoch hatte in Bonn, weil der Satelit auch die BRD überflog, ein Krisenstab getagt. Hubschrauber standen bereit, die BRD überflog, ein Krisenstab getagt. Hubschrauber standen bereit, die betroffene Gebiet abzusuchen. Strahlentrupps standen bereit. Im Falle eines Absturzes sollten die 82.500 Sirenen der BRD in Gang gesetzt werden (Angaben laut „Stern" 6/78). Per Telex waren die Katastrophenschutzstäbe — ohne konkrete Informationen über die tatsächliche Gefahrenlage zu erhalten - angewiesen worden, Wache zu halten (»Stader Tageblatt«, 28.1.78).

Kein Wunder, denn der Atomreaktor des Satelliten enthielt 45 kg angereichertes Uran und trug eine Radioaktivität mit sich, die der entspricht, wie sie durch die Hiroshima-Bombe freigesetzt wurde („Ruhr-Nachrichten". 28.1.78). So wurde alles geheimgehalten, obwohl die US- und BRD-Regierung schon Wochen vorher informiert waren, nachdem die US-Regierung sich bei der SU „besorgt erkundigt" hatte, ob auch die Gefahr einer direkten Atomexplosion im Weltenraum bestünde. Wenn der Satellit, wie vorhersehbar, in die Atmosphäre eindringen würde. Selbst ohne die Explosion war lediglich die Frage, ob die Radioaktivität direkt an einer Stelle herunterging wurde, oder ob sie sich nach Verglühen erst einmal weit in der Atmosphäre verteilen würde.

Die weit verbreitete Version, der Atomsatellit sei bereits zum größten Teil in der Atmosphäre verglüht, kann kaum beruhigen. Der Leiter der Bochumer Sternwarte, Heinz Kaminski, hat ausgerechnet: *„Der Kosmos-Satellit ist in 50 bis 70 Kilometer Höhe verglüht; er hat einen radioaktiven Schweif von 300 bis 400 Kilometern Länge hinter sich gelassen; allmählich wird das strahlende Gift Troposphäre und Biosphäre erreichen und mit dem Regen auf die Erdoberfläche kommen. Jetzt ist es auch mit den feinsten Meßgeräten nicht nachzuweisen — es ist einfach noch nicht unten angekommen"* („FR", 26.1.78).

Professor Kaminski nennt diese Katastrophe einen *„technologischen Skandal"* und sieht darin *„einen Beweis für den schleichenden Tod aus der Erdumlaufbahn."* Kaum war klar, daß keine unmittelbare Katastrophe infolge des Absturzes aufgetreten war, da meldeten sich bereits die Berufs-

Fortsetzung nächste Seite

Hafenarbeiter durchbrechen Lohnleitlinien

Der fünftägige Hafenarbeiterstreik ist mit einem Kompromiß von sieben Prozent ab 1. Februar 1978 (Laufzeit elf Monate) und einer einheitlichen Pauschale von 115 DM für den Monat Januar zu Ende gegangen. Das Ergebnis wird nicht einmal sieben Prozent liegt unter der gewerkschaftlichen Forderung von neun Prozent, aber es ist mehr, als die Kapitalisten „freiwillig" zuzugestehen bereit waren. Der von den Hafenarbeitern erkämpfte Abschluß liegt um etliches über dem, was die Bundesregierung gezogenen Lohnleitlinie (5,5%). Die ÖTV-„Tarifexperten" hatten schon frühzeitig ihren Sozialpartnern signalisiert, daß ein „Verhandlungsspielraum" von zwei bis drei Prozent drin läge, d.h. eine „Sache vor dem Kanzler" von ihnen akzeptiert werden würde. Ohne den Druck und die geschlossene Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter wäre selbst dieses Ergebnis nicht erreicht worden. Hafenkapitalisten und ÖTV-Führer beeilten sich sogleich zu erklären, daß ihr Abschluß ein ganz besonderer sei, die Hafenarbeiterlöhne an die gestiegenen technologischen Entwicklungen angepaßt werden müßten, der Abschluß somit einmalig und kein Vorbild für andere Bereiche sei.
Wir sehen demgegenüber den Hafenarbeiterstreik als frischen Auftakt der diesjährigen Tarifrunde insgesamt und hoffen, daß der Hafenabschluß Signalwirkung auch auf andere Bereiche hat. Aus den Erfahrungen der Hafenarbeiter zu lernen, heißt, in einheitlicher und geschlossener Aktion das von Staat und Unternehmern festgelegte Lohndiktat zu durchbrechen.

Anfang November 1977 hatten die ÖTV-Führer den Lohntarif fristgemäß zum 31. Dezember gekündigt. Sie forderten 8,5%, und dann aber später unter dem Druck der Kollegenschaft neun Prozent hochgegangen. Die Kapitalisten fuhren von Anfang an einen harten Kurs. Sie wollten höchstens die regierungsoffizielle Preissteigerungsrate von vier Prozent zahlen und ließen so die Verhandlungen scheitern.

Auch die Einschaltung eines Schlichters, der nach vier Runden einen Vorschlag von 5,2% formulierte, führte zu keinem Abschluß. Zwar stimmten die Kapitalisten *„trotz großer Bedenken"* („Hamburger Abendblatt", 1.2.78) zu, aber die Gewerkschaftsführer lehnten unter dem Druck ihrer Mitglieder den Schlichtungsvorschlag ab und riefen für den 19./20. Januar zur Urabstimmung. Das Ergebnis zeigte die Kampfentschlossenheit der Kollegen: Über 97% der Hafenarbeiter, die sich an der Urabstimmung beteiligt haben (das waren rund 92%) stimmten für Streik. Obwohl mit kurzem Auftrag versehen, brigen die ÖTV-Führer einen Tag später (21.1.) ein Flugblatt heraus, in dem es ganz im Stile der Kapitalistenpropaganda heißt: *„Die zentrale Arbeitskampfleitung der Gewerkschaft ÖTV hat den Zentralvorstand der deutschen Seehafenbetriebe aufgefordert, bis Montag, den 23.1.1978, 17 Uhr, freie Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, durch ein neues, für die ÖTV-Mitglieder annehmbares Angebot, den Arbeitskampf abzuwenden und große Unannehmlichkeiten für die Bevölkerung abzuwenden".*

Fortsetzung Seite 3

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes

○ Jahresabonnement (erscheint 14-tägig) DM 47,50
○ Förderabo DM 60,00
○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar
○ Ich bestelle ältere Nummern zum Thema .....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes

○ Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) DM 6,40
○ Förderabo DM 8,00
○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar
○ Ich bestelle ältere Nummern zum Thema .....

DIE INTERNATIONALE, Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

○ Jahresabonnement (mindestens 6 Ausgaben und alle Sondernummern) DM 14,40
○ Förderabo DM 20,00
○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar
○ Ich bestelle ältere Nummern zum Thema .....

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:

○ **PSchA Hamburg**
BLZ 200 100 20
Kto. 24 05 95

○ **J. Reents, Dresdner Bank AG Hamburg**
BLZ 200 800 00
Kto. 45 18 37 8

EEN ATOOMBOM VOOR DE BRAZILIAANSE DICTATUUR?

de nederlandse regering wil daaraan meewerken, door Almelo uit te breiden en verrijkt uranium te leveren

BRAZILIË COMITÉ · POSTBUS 11420 AMSTERDAM · POSTGIRO 36 47 [illegible]

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019

DEMONSTREER MEE OP 4 MAART TE ALMELO